11

Geſchicht- und Rechts-begründete Prüfung

desjenigen

PROMEMORIA

ſo jüngſthin

von der Hochanſehnlichen

Chur-Braunſchweigiſchen Comitial-Geſandſchaft

die zwiſchen

Sr. Königl. Majeſt. von Großbritannien

und Churfürſtl. Durchl. von Braunſchweig-Lüneburg

und

dem Hochwürdigen Dom-Capitul

zu Osnabrück

entſtandene Streitigkeiten betreffend

in Comitiis

und ſonſten

ausgetheilt worden.

1765.

Wer das in vorausgeſetztem Rubro bemerkte Promemoria mit einer nur etwas aufmerkſamen Einſicht zu prüfen ſich die Mühe gibt, wird leichtlich erſehen, daß mit zierlichen Worten, feinen Wendungen, ſinnreichen Einlenkungen, und künſtlich übertriebenen Auslegungen dasjenige bewürket werden wollen, was mit ſtandhaften Gründen nicht ausgeführt werden zu können, jenſeits von ſelbſt erkennet worden ſeyn muß.

Gleich im Eingang weiß man dasjenige, was das Dom-Capitul zu Osnabruck, zu Rettung ſeiner ihme durch ſolenne und offentliche Reichs-Verträge und Satzungen zugeſicherten Gerechtſamen mit allem Glimpf, und in denen Rechts-behörigen Schranken nothgedrungen thun müſſen, als eine große Unthat auszulegen, weilen dadurch in der Folge die gegenſeitige bisherige Unternehmungen, als Reichs-Geſätz-widrige Abſichten, und Eingriffe in die immerwährende Osnabruckiſche Stifts-Capitulation angeſehen werden können; denen gleichwohl durch eine für billig angegebene, aus denen Königl. Großbritanniſchen Grundſätzen, und denen hiernach eingerichteten Handlungen ſich leitende Vermuthung aller widriger Verdacht ſchon hinlänglich benommen werde, dergeſtalten, daß zur Rechtfertigung deſſen, was während der Sedis-Vacanz, ſowohl vor- als nach geſchloſſenem letzten Frieden, von des Königs Majeſtät über das Dom-Capitul, und das Hochſtift Osnabruck verhänget worden, dem Verfaſſer des Promemoria ſchon genug zu ſeyn ſcheinet, daß es von Sr. Königl. Maj. alſo verhänget worden ſeye.

Das währendem Krieg, noch bey Lebzeiten Weil. Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Cölln, und damahligen Biſchofs zu Osnabruck vorgegangene konnte endlich als eine Würkung des Kriegs angeſehen werden.

Dahingegen dasjenige, was nach dem Ableben höchſterſagten Churfürſtens, und alſo zu jener Zeit, als die Ordnung der Wahl eines Osnabruckiſchen Biſchofs das Durchlauchtigſte Haus Braunſchweig-Lüneburg betroffen, und das Dom-Capitul nach der dürren Vorſchrift der immerwährenden Stifts-Capitulation innerhalb der darinn angeſetzten Zeit zur Wahl eines Biſchofs aus Höchſterſagtem Hauß zu ſchreiten ſich bereitwilligſt zu wiederholtenmahlen bezeiget, und erkläret hatte, Königl. Großbritanniſcher Seits ſowohl noch im währenden, als auch nach geendigtem Krieg, unternommen worden, will allerdings von größerer Beträchtlichkeit ſeyn, als daß ſich daſſelbe mit dem lediglichen Deck-Mantel der Folge eines Kriegs vor dem ohnpartheyiſchen Publico umhülen, und ſo kurtzum rechtfertigen laſſe.

Um unter ſo vielen in der Dom-Capitliſchen ſogenannten *in jure & facto* beſtbegründeten Vorlegung weitläuffig angeführten Bedrängnußen nur eine einzige dahier zu berühren; wie kan mit der Folge des Kriegs jene Art je entſchuldiget werden, mit welcher man Königl. Großbritanniſcher Seits nach bereits geſchloſſenem Frieden, vermög deſſen doch die vorige Verfaſſung des Reichs, mithin auch die allenthalbige Gült- und Verbindlichkeit des Weſtphäliſchen Friedenſchlußes beybehalten worden, zu Werk gegangen, um das Dom-Capitul zur præciſen Wahl des zweyten, damals kaum vor einigen Monathen gebohrnen Königl. Prinzens anzuhalten, und ſomit die freye Wahl-Gerechtigkeit, einen Prinzen aus dem Hauſe Braunſchweig nach Willkuhr auszuerſehen, gegen die klare Verordnung des Weſtphäliſchen Friedens-Inſtruments zu beſchränken?

Bey dieſem Artickel ſcheinet aber mit gefliſſentlichem Bedacht ganz kurz abgebrochen worden zu ſeyn, weilen man ſelbſt wohl eingeſehen haben mag, daß die zu vorerwähnter Zeit Königl. Großbritanniſcher Seits vorgekehrte Unternehmungen der immerwährenden Stifts-Capitulation, und der darinn Art. 23. enthaltenen gar zu
N. I. deutlichen, und hier zur geſchwinden Einſicht ſub Num. I. angefügten Verordnung, und dem Friedens-Inſtrument ſelbſten allzunahe getretten ſeyen, als daß mit denenſelben der im Eingang des Promemoria von ungegründeten Dom-Capitulariſchen Beſchuldigungen, von Entfernung aller in erſagte Stifts-Capitulation beſchehenen Eingriffen, von denen Königl. Großbritanniſchen eine billige Vermuthung mit ſich führenden Grundſätzen, und darnach abgemeſſenen Handlungen angebrachter General-Satz ſich zuſammen reimen laſſe.

Ob jedoch durch dieſes weißliche Stillſchweigen, mit welchem das Königl. Großbritanniſche in vorbemerkter Zeit gegen den klaren

Inn-

Innhalt der immerwährenden Stifts-Capitulation verhängte Verfahren zu umgehen für räthlich befunden worden, die im vorbemerkten von Seiten des Dom-Capituls bereits zum Vorſchein gekommenen Impreſſo mit ächten und lebendigen Farben vorgelegte Abſchilderung in ſich ſelbſten (wie es der Verfaſſer des Chur-Braunſchweigiſchen Promemoria ſich einbildet) zerfalle, kan ohnbedenklich der ganzen ohnpartheyiſchen Welt zu beurtheilen anheim gegeben werden.

Durch den nach vollzogener Poſtulation von des Königs Majeſtät auf des Dom-Capituls Verlangen ausgeſtellten, und eigenhändig unterzeichneten Revers, wie auch durch jenes offentliche Patent, wodurch höchſtersagter König die bishero in Dero Nahmen geführte Adminiſtration aufgehoben, und das Dom-Capitul zur Regierung verordnet hat, ſoll zwar, nach jenſeitiger Meynung, allen vorerwähnten dem Dom-Capitul zugegangenen Zudringlichkeiten die Abhelffung gegeben worden ſeyn.

Allein deſſen nicht zu gedenken, wie ſchwer es gehalten habe, Se. Königl. Majeſtät zu Ausſtellung des in jenſeitigem Promemoria ſub Lit. A. beygelegten Revers zu bewegen, und daß ſolcher nicht ertheilet worden ſeye, ehe und bevor das Dom-Capitul wegen der præſciſen Wahl des zweyten Königlichen Printzen ſich erkläret, und deſſen Poſtulation würklich vollzogen hatte, als wovon die in dem vorbemerkten Dom-Capitliſchen Impreſſo hierüber angeführte Beylagen genugſames Zeugnuß geben können, ſo ware doch derſelbe keineswegs vermögend, das vergangene, und was bey der dortmaligen Sedis-Vacanz gegen die offenbare Verordnung der immerwährenden Capitulation, und deren Art. 23. unternommen worden, zu rechtfertigen; ſondern das Dom-Capitul ſahe ſich in die nothdringende Umſtände geſetzet, um nur das in Zukunft widrig beſorgende abzuwenden, und ſomit dieſen Königlichen Revers, als ein noch übriges Mittel zu künftiger Aufrechthaltung vorerwehnter Verordnung anzunehmen.

So viel aber das jenſeits ſub Lit. B. angefügte offentliche Patent belanget, iſt es ſo weit davon entfernet, daß durch daſſelbe denen Dom-Capitliſchen durch die Stifts-Capitulation bewährten Gerechtſamen geſteuert worden, daß vielmehr eben dardurch, weilen darinn Se. Königl. Majeſtät ſich, als Vattern des minderjährigen poſtulirten Herrn Biſchofs Königl. Hoheit, den Beſitz, und die Beherrſchung des Hochſtifts Osnabruck, in währender deſſen Minderjährigkeit, beylegen wollen, das Dom-Capitul ſich bemüßiget geſehen, zu Aufrechthaltung der unter Kaiſerl. und des Reichs Authorität errichteter immerwährender Stifts-Capitulation, und Rettung ſeiner aus derſelben Art. 33. offenbar zuſtehenden Befugnuſſen, mit der feyerlichſten Proteſtation ſich dagegen zu bewehren, und die gerechteſte Beſchwerden an der allerhöchſten Behörde zu führen.

Man iſt diſſeits mit dem jenſeitigen Vertheidiger hierinn einig, daß, wann die Regierung dem Dom-Capitul ſolchergeſtalt, als es dieſelbe forderet, nicht gebühret, Se. Königl. Majeſtät ihrer Seits erfüllet haben, was Ihnen von Rechts wegen zugemuthet werden konte. Er irret aber ſehr, wann Er behaupten will, daß das Dom-Capitul ſeinen Grund-Satz vorhero auſſer Streit ſetzen ſollen; da ſolcher auf offenkündigen und ſolennen, durch den Weſtphäliſchen Frieden-Schluß ſelbſten verfügten Verträgen beruhet, und dem jenſeitigen Verfaſſer ſo viele Kunſt und Ausklüglung gekoſtet, um ſolchen einen nur in etwas ſcheinbaren Mißverſtand beyzubringen. Noch mehr irret ſich aber derſelbe, wann er glaubet, das Dom-Capitul ſeye nicht im Stand, ſeinen Grund-Satz zu behaupten, oder die von dem Verfaſſer angeführte Schein-Gründe zu entkräften.

Das Gegentheil wird ſich offenbar darlegen, wann hernach diſſeits dargethan werden wird, daß Se. Königl. Majeſtät in Großbritannien, als Vatter und natürlicher Vormund Dero Herrn Sohns Königl. Hoheit weder (a) vermög des Weſtphäliſchen Friedens-Schluſſes, weder (b) vermög der Osnabruckiſchen immerwährenden Stifts-Capitulation, noch auch (c) ipſo jure die Beſtell- und Anordnung der in währender Minderjährigkeit des jetzigen daſigen Herrn Biſchofs, im Hochſtift Osnabruck führenden Regierung zu verfügen berechtiget ſeyen.

Vorhero aber ſcheinet es allerdings nicht ohndienlich zu ſeyn, diejenige Nachrichten von der immerwährenden Stifts-Capitulation, welche dem Verfaſſer vorauszuſetzen gefallen hat, nach der von ihme beliebten Ordnung, mit einigen Anmerkungen ſo, wie hernach auch ſeine weitere Einlenkungen durchaus, Schritt vor Schritt zu begleiten, um die Unrichtigkeit deſſen allenthalbigen Angebens deſto klärer zu entdecken, und zu zeigen, daß man Dom-Capitliſcher Seits hierinnen das Liecht nirgendswo ſcheue.

Daß durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß die wechſelweiſe Wahl oder Poſtulation in dem Hochſtift Osnabruck unter Catholiſchen und A. C. verwandten Biſchofen feſtgeſetzt worden, auch dieſe letzte nirgends anderſt woher, als aus dem Durchlauchtigſten Haus Braunſchweig-Lüneburg poſtuliret werden ſollen, hat ſeine gute Richtigkeit. Daß aber die von hocherſagtem Hauß für das gemeine Beſte gethane Aufopferungen eben nicht ſo gar ausnehmend groß geweſen ſeyen, als ſolche in dem Promemoria angerühmet werden wollen, laſſet ſich aus des bewährten

Adami Relatione hiſtorica de pacificat. Weſtphal. cap. 24. §. 13. 14. & 15.

genugſam entnehmen, in verbis:

Poſt Brandeburgicum Brunſuico-Lüneburgenſes erant: inter quos Auguſtus Dux, durante cum Suecis & Brandeburgicis tractatu, admodum ſecreto, & nemine tale quid ſuſpicante, cum

cum Capitulis Cathedralibus Magdeburgenſi & Halberſtadienſi egerat, obtinueratque, ut cognatus ſuus Erneſtus Auguſtus, Georgii Ducis filius, ab utroque Coadjutor poſtularetur, idque hoc prætextu, quaſi ea ratione impediri poſſet, quo minus per tractatus Weſtphalicos ad eccleſiarum iſtarum regimen ac dominium Princeps Elector Calviniſtarum dogmatis addictus admitti deberet, de quo Monaſterii tum agi, erat fama: *revera autem, ut major appareret rationis ſpecies, ob quam ex aliis Epiſcopatibus poſtulare compenſationem poſſent*, quandoquidem ſcirent, eousque jam cum Suecis & Brandeburgicis proceſſum eſſe, ut promiſſio partim, partim ſpes utriusque Epiſcopatus obtinendi facta ſit. Nec mora: quemadmodum Brunſuicenſes, ſtante adhucdum tractatu cum Brandeburgicis, præveniendo conteſtati fuerant, quod nulla juſti ſpecie privari coadjutorii jure poſſent, aut ſiquidem deberent, æquam ipſis tribuere & omnino condignam compenſationem neceſſarium eſſet, ita, quamprimum accepiſſent, fuiſſe deſiderio Electoris factum ſatis, nulla Cæſareanos, Gallos, Suecos, Ordinumque Legatos quiete donarunt, donec & ſibi ſatisfactio æquipollens decreta eſſet .... Et nemo quidem ex ipſiſmet etiam Proteſtantibus ferme erat, qui ejusmodi poſtulationem ad Coadjutorias plurimis laborare vitiis, atque in fraudem tractatuum pacis adinventam non conjiceret.

Deme ſeye nun aber wie ihm wolle, ſo kommen doch bey dieſem dem Hauß Braunſchweig durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß zugelegten, und von dem Verfaſſer alſo genannten Wechſel-Beſitz des Hochſtifts Oſnabruck drey wichtige und ohnverneinliche Sätze aus nurerſagtem Friedens-Inſtrument dahier voraus zu bemerken.

Erſtlich, daß für die beſchehene Abtrettung der vom hocherſagten Hauß auf andere Hochſtifter erhaltenen Coadjutorien kein Erb-Recht auf das Hochſtift Oſnabruck, ſondern ein lediglich jus eligendi aut poſtulandi paſſivum auf den Fall, da die Ordnung der Paſſiv-Wahl an einen A. C. verwandten Biſchof kommet, demſelben ertheilet werden wollen.

Andertens, daß auch dieſes Recht dem hohen Haus Braunſchweig nicht ſimpliciter, ſondern

ſub certis modis & conditionibus

Art. XIII. §. 1. I. P. O.

juxta conditiones in Capitulatione perpetua cum Capitulo ineundas

Ibid. §. 5.

conditionibus in recepta Capitulatione uniformi initis perpetuo obſervandis

Ibid. §. 6.

zugeſtanden worden ſeye.

Drittens aber, daß ein regierender Hertzog von Braunſchweig nicht anderſt, als in dem äußerſten Fall, wann gar kein Cadet aus dieſem Hauß vorhanden, zu einem Biſchof zu Osnabruck poſtuliret werden ſolle, und dieſes aus keiner andern zu erdenkenden Urſach, als damit ein regierender Hertzog mit ſeiner vom Hauß aus in Handen habenden Ubermacht denen Gerechtſamen und Freyheiten des Hochſtifts Osnabruck nicht zu nahe tretten könne. Die Anwendung dieſer voraus bemerkten an ſich gantz richtigen Sätzen wird unten an der gehörigen Stelle Raum finden.

In denen Friedens-Tractaten iſt zwar von dem Fall eines aus dem Hauß Braunſchweig poſtulirenden minderjährigen Biſchofs eben ſo wenig etwas gehandlet, als in dem Friedens-Schluß ſelbſten dieſerthalben beſtimmet worden. Es ware aber ſolches auch unnöthig, theils weilen der in dem Frieden zum Biſchof aus dem Hauß Braunſchweig auserſehene Hertzog Ernſt Auguſt ſchon neunzehen Jahr alt, und der damals regierende Biſchof Franz Wilhelm, nach der eigenen von dem Verfaſſer gemachten deſſen Beſchreibung, noch von ſolchen Leibs- und Gemüths-Kräften ware, daß man wohl vorſehen können, es werde zu jener Zeit dieſer Fall ſich nicht ereignen. Wie dann auch deſſen Ableben erſt dreyzehen Jahr nach dem geſchloſſenen Frieden, nemlich A. 1661. erfolget iſt; Theils auch, und hauptſächlichſt, weilen die Art und Weiß, wie von denen Biſchoffen beyderley Religion die Regierung zu führen ſeye, der künftig errichtenden immerwährenden Stifts-Capitulation vorbehalten worden, welche, nach dem ſelbſtigen Schwediſchen Antrag, von der nemlichen Kraft ſeyn ſolte, als wann dieſelbe dem Friedens-Inſtrument von Wort zu Wort einverleibt wäre.

Conf. Mejern Acta Pac. Weſtph. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XIII. N. 1. pag. 419.

Es ware aber auch nichts weniger, als daß bey den Weſtphäliſchen Friedens-Tractaten daran gedacht worden, die weltliche Adminiſtration dieſes Hochſtifts, zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs nach dem Fuß der weltlichen Fürſtenthumen abzumeſſen, und ſomit die weltliche Regierung zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs denenjenigen zu geſtatten, welchen dieſelbe in einem weltlichen Fürſtenthum ſolchenfalls zukommen würde. Dann, nachdeme von denen höchſten und hohen Herren Paciſcenten, nach Zeugnuß

I. P. Art. V. §. 21.

ohne Schwürigkeit überhaupt ſchon feſtgeſetzt ware, daß bey geiſtlichen Hochſtiftern, Sede vacante, denen Dom-Capitlen die Landes-Adminiſtration verbleiben ſolle; ſo kan man von denenſelben ohnmöglich vermuthen, daß Sie bey dem Hochſtift Osnabruck, quoad caſum Sedi vacanti ſimilem, dergleichen, nach denen Canoniſchen Rech-

ten, jener Sedis impeditæ iſt, von dem voraus richtig geſtellten General-Satz, ohne die mindeſte dißfalls gemachte Bemerkung, kurtzum wieder abzugehen, und denenjenigen, denen weder pro caſu Sedis vacantis, weder Sedis impeditæ eine Adminiſtration bey geiſtlichen Stifteren de jure zuſtehet, ſolche zuzudenken, ſich haben ſollen zu Sinn kommen laſſen. Wenigſtens iſt in dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß nichts ausdrückliches wegen der weltlichen Adminiſtration des Hochſtifts Osnabruck zur Zeit eines minderjährigen, wie von der geiſtlichen zur Zeit eines regierenden A. C. verwandten Biſchofs vorgeſehen worden, und iſt auch nicht zu vermuthen, daß der Vatter eines minderjährigen Biſchofs hierinn mit dem Ertz-Biſchof zu Cölln in eine Paralelle geſetzt werden wollen, da das gantze dem Durchlauchtigſten Hauß Braunſchweig-Lüneburg auf erſagtes Hochſtift zugeſtandene Recht nicht ſimpliciter, wie jene Befügnuß dem Ertz-Biſchof zu Cölln, ſondern ſub conditionibus in recepta capitulatione uniformi initis perpetuo obſervandis, übertragen, und ein regierender Hertzog von Braunſchweig an und vor ſich ſelbſten nicht anderſt, als im Abgang aller Cadets des Braunſchweigiſchen Hauſes, für wahlfähig erkläret worden, folglich gar nicht zu glauben iſt, daß eben demſelben, als Vattern eines minderjährigen Biſchofs, per indirectum dasjenige verſtattet werden wollen, was ihme directe, wenigſtens in regula, abgeſprochen worden.

Es iſt alſo dem hohen Hauß Braunſchweig durch den Friedens-Schluß ein wechſelweiſes Paſſiv-Wahl-Recht ertheilet; wie aber und auf was Art die Regierung von einem jeweiligen Biſchof geführt werden ſolle, nichts beſtimmet, ſondern der mit gemeinſamer Einwilligung der intereſſirten Theilen zu errichtenden immerwährenden Stifts-Capitulation vorbehalten worden.

Es folget dahero von ſich ſelbſten, daß die hohe Herren Compaciſcenten beym Weſtphäliſchen Frieden dieſe Capitulation nicht bloß als eine Grund-Regel der einheimiſchen Religions- und politiſchen Freyheit angeſehen, ſondern derſelben zugleich zu beſtimmen überlaſſen haben, unter was Bedingnußen die Regierung von einem jeden Biſchof geführt werden ſolle.

Den klaren Beweis hievon leget das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument ſelbſt dar. Dann obſchon, vermög deſſelben, dem damahls ſchon ernannten künftigen Biſchof aus dem Hauß Braunſchweig, Hertzogen Ernſt Auguſt die Eventual-Huldigung innerhalb drey Monath zu leiſten verordnet worden, ſo ſeynd doch die Bedingnußen, unter welchen ihme der Huldigungs-Eyd abgeleget werden ſollte, und deren Beſtimmung der immerwährenden mit dem Dom-Capitul einzugehenden Capitulation ausdrücklich vorbehalten worden, in verbis:

Juxta conditiones in Capitulatione perpetua *cum Capitulo* ineundas.

I. P. O. Art. XIII. §. 5.

Und obſchon weiter verordnet worden, daß, wann erſagter Hertzog Ernſt Auguſt vor dem damahligen Catholiſchen Biſchof mit Tod abgehen würde, das Dom-Capitul ſchuldig ſeyn ſolle, einen anderen Printzen aus denen Nachkommen Hertzogs Georgs zum Biſchof zu poſtuliren, ſo iſt doch abermahlen, der Bedingnuſſen halber, auf die immerwährende Capitulation die Ruckſicht genommen worden;

Conditionibus tamen in recepta capitulatione uniformi initis perpetuo obſervandis.

Ibid. §. 6.

Ja die durch den ſelbſtigen Friedens-Schluß beſchehene Reſtitution des damahligen Catholiſchen Biſchofs Franz Wilhelm iſt nicht anderſt, als mit Beziehung auf mehrgedachte immerwährende Capitulation, verwilliget worden, in verbis:

Prout uniformis perpetuæque Capitulationis leges, communi Principis Franciſci Wilhelmi, Domusque Brunſuico-Luneburgicæ, & Capitularium Epiſcopatus Osnabrugenſis conſenſu jam ineundæ ſancierint.

Ibid. §. 3.

Das Friedens-Inſtrument überlaſſet demnach überall denen intereſſirten Theilen, wie ſie wegen der Regierungs-Form und Art in der hernach zu errichtenden Capitulation übereinkommen würden, mithin hat erſagtes Inſtrument allerdings auch zu billigen Einſchränkungen von ſogenannter **auswärtiger Art** freye Hand gelaſſen.

Niemand konte annebſt die Intention der hohen Herren Compaciſcenten beym Weſtphäliſchen Friedens-Schluß beſſer wiſſen, als die von Kaiſerl. Majeſtät zu denen Münſter- und Osnabruckiſchen Friedens-Handlungen, wie auch hernach zu denen Nürnbergiſchen Executions-Tractaten verordnete Plenipotentiarien, auch aus dem Collegio Deputatorum ad punctum amneſtiæ & gravaminum von beyden Religionen dazu auserſehene Geſandte, **durch deren Zuthuung und Unterhandlung** (wie die Formalia prooemii Capitulationis perpetuæ lauten) eben dieſer immerwährende Vertrag abgehandlet, **verglichen** und beſchloſſen worden.

Dieſe melden nun in erſagtem Prooemio ausdrücklich, daß

in dem aufgerichteten Frieden-Schluß, und deſſen XIII. Artickel dem Fürſtl. Hauß Braunſchweig-Lüneburg, loco æquipollentis bedingte alternativam ſucceſſionem bey dem hohen Thumb-Stifft und Biſtum Oßnabrugk betreffend, unter anderen verſehen worden, daß wegen deren nach dem Jahr Chriſti 1624. mit den Kirchen-Dienern und dem Gottes-Dienſte fürgangene Enderun-

rungen eine gewiſſe Vergleichung getroffen, **auch umb deſto mehrerer Richtigkeit Willen des künfftigen Biſchöfflichen und Landesfürſtlichen Regiments** eine beſtändige immerwährende Capitulations-Forma mit Vorwiſſen ꝛc. ꝛc. aufgerichtet werden ſolle ꝛc.

Vermög dieſer Zeugnuß ſollte alſo, nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens, nicht allein die innerliche Religions- und politiſche Freyheit, ſondern auch die vollkommene Richtigſtellung des künftigen gantzen Landsfürſtlichen Regiments den Gegenſtand der errichtenden Stifts-Capitulation abgeben; mithin nicht allein den Gewalt eines regierenden Lands-Herrns, ſondern auch die Befügnußen des Dom-Capituls bey allen ſich ergebenden Fällen feſtſetzen; daß demnach das Dom-Capitul mit Fug nicht beſchuldiget werden kan, in der immerwährenden Capitulation etwas eingeſchoben zu haben, ſo dem Sinn und der Meinung des Frieden-Schluſſes entgegen ſeye.

Es hat ja auch das Dom-Capitul bey denen Friedens-Tractaten offentlich geſagt, und nicht (wie der jenſeitige Verfaſſer es angibt) nur heimlich gedacht, daß

weilen dem Thum-Capitel das jus capitulandi vorbehalten worden, demſelben billig die offene Hand verbleibe, juxta morem patriæ, & exempla anteceſſorum, die Capitulation einzurichten, und vermittels Dero, ihren und des Landes Statum beſtermaſſen zu ſtabiliren ꝛc.

Vid. de Mejern Act. Pac. Weſtphal. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XXXV. Num. I. pag. 508. & 509.

ohne daß irgends zu finden, daß Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits dieſertwegen etwas eingewendet oder widerſprochen worden.

Vergebens wird aber dem vorſichtigen Biſchof und hernachmahligen Cardinalen Frantz Wilhelm zur Laſt geleget, und als eine Liſt ausgedeutet, daß er ſeinem Dom-Capitul dieſes Vorhaben, und um nicht vor der Zeit, und wo es vielmehr zum Schaden, als Nutzen hätte gerathen können, einen offentlichen Gebrauch von einer dergleichen aus dem Friedens-Schluß übrig gelaſſenen Befügnuß zu machen, mißrathen habe. Der gantze Innhalt des aus dem Kreſſio allegirten Schreibens zeiget, daß erſagter Biſchof gegen die Haupt-Intention des Friedens-Schlußes zu handlen, ja nicht gemeynet geweſen ſeye, ſondern ſeinem Dom-Capitul nur habe eine Weiſung geben wollen, wie mit behöriger Klugheit in einer ſo wichtigen Sach zu Werk zu gehen ſeye, wozu er auch wohl gute Urſach gehabt, da er mit gutem Grund beſorgen können, daß, nachdeme nicht einmahl die ſchon vorhin feſtgeſetzte Grund-Regel des im Jahr 1624. gehabten Beſitzes, die alternativam von dem Hochſtift Oſnabruck abzuwenden

vermögend geweſen, durch derley vor der Zeit angebrachte Aeuſſerungen zu neuen und nachtheiligeren Poſtulatis Gelegenheit gegeben werden mögte.

Daß hiernächſt ſowohl belobter Biſchof, als das Dom-Capitul in das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument den Ausdruck: *non ſine communi præſcitu*, ſtatt jenes *communi conſenſu*, einverleibt zu werden gewünſcht hätten, iſt nicht zu laugnen. Es iſt aber ſolches hauptſächlich aus der Urſach geſchehen, um ſich bey dem Päbſtlichen Hof auſſer aller Verantwortung zu halten. Daß aber hernach die Capitulation nicht ohnmittelbar durch die intereſſirte Theile allein, ſondern **mit Zuthuung und Unterhandlung** der Kaiſerl. und Reichs-Bevollmächtigten, errichtet worden, iſt nicht durch die Einleitung des Biſchofs Frantz Wilhelm, wie dieſem ohne Grund gezielen werden will, ſondern von daher geſchehen, weilen man Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits beſorgte, es mögte die immediat-Handlung mit erſagtem Biſchof, welcher wegen ſeiner gegen die alternativam bey denen Friedens-Tractaten bezeigten Standhaftigkeit, dem Hauß Lüneburg ſchon vorhin auf das äußerſte verhaßt ware, fruchtlos abgehen, und dahero denen Kaiſerl. anheim ſtellte, was etwann für ein modus tractandi ſonſt mögte beliebet werden.

Vid. de Mejern Act. Pac. Weſtphal. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XIX. & XX. pag. 436.

Es haben auch ſofort die anderweite dem ohnvergleichlichen Biſchof Frantz Wilhelm aufgebürdete Beſchuldigungen, bey der Sachen näheren Einſicht, ganz keinen Grund: Dann es iſt

Ad 1. nichts weniger, als daß die Capitulation in Form eines ſchiedrichterlichen Ausſpruchs abgefaßt worden ſeye. Das Gegentheil bewähren nicht allein die von beeden Theilen hierüber gepflogene, und bey erwähnten

Mejern in Act. Pac. Weſtphal. & executionis Pacis

hin und wieder befindliche, und zum Theil die auch unten vorkommende Handlungen, und gegen einander ausgewechſelte Vollmachten

Vid. de Mejern Act. execut. Pac. Tom. II. Lib. XI. §. VIII. N. VI. pag. 533.

ſondern auch und hauptſächlichſt

Ad 2. die in proœmio Capitulationis enthaltene, keinen ſchiedsrichterlichen Ausſpruch, ſondern einen wahren, unter der Mediation der Kaiſerl. und Reichs-Bevollmächtigten, errichteten Vertrag oder Vergleich anzeigende deutliche Worte:

nach-

nachfolgende Artikul fürgebracht, abgehandelt, **verglichen** und beſchloſſen worden,

alſo daß auch die daſelbſt ebenfalls mit eingefloſſene Wort: **mit Vorwiſſen**, wie es der klare Context gibt, nicht einmal auf die Capitulation ſelbſt, ſondern auf die in dem Friedens-Schluß dieſerthalben gemachte Verfügung gerichtet ſeynd; wie dann auch im Schluß eben dieſe Handlung abermal ein **Vergleich** genennet, und bey vorbemerkten

de Mejern Act. execut. l. c. N. II. pag. 530.

die eigentliche Urſach gegeben wird, warum die Oſnabruckiſche Geſandte dieſen Vertrag zu unterſchreiben ein Bedenken getragen, jedoch ſich erbotten haben, in denen Reverſalien, ſo ſie der Landſchaft geben würden, ſich darauf zu beziehen, und zu reverſiren, und alſo deſſen, als eines wahren Vergleichs Gültigkeit in effectu zu erkennen. Welches durch die hernach ad 5. angeführte Beylag ſub Num. III. noch mehr beſtättiget wird. So viel aber

Ad 3. die von dem Biſchof Frantz Wilhelm eingelegte Proteſtation belanget, ſo iſt ſolche hauptſächlich auf die Art, womit man deſſen Conſens wegen der dem Grafen von Waſaburg zugedachten Geld-Summe, und der darüber ausgeſtellten Aſſecuration, wie auch wegen der von der Stadt Oſnabruck geſchleiften Fürſtl. Feſtung und Reſidenz St. Petersburg erzwungen hat, gerichtet geweſen, und vornemlich, um alle Verantwortung bey dem Päbſtlichen Stuhl von ſich abzuwenden, eingeleget worden, da ſogar die dem jenſeitigen Promemoria angefügte Anlag ſub Lit. C. bewähret, daß ermeldter Biſchof declariret habe,

daß zu Verhütung mehreren Uebels, und Abkehrung ihres gantzen Stifts vor Augen ſtehenden gänzlichen Deſolation und Untergangs, dasjenige, was zu Münſter und Nürnberg beſchloſſen worden, Hochdieſelbe annehmen und ausfertigen müſſen, noch ſich denen Proceduren widerſetzen könten, aber ſolches ad evitandum majus malum **thäten**.

Alſo in effectu die perpetuirliche Capitulation angenommen, auch Zeit Lebens ſich genau darnach gerichtet, und deren Innhalt befolget habe. Hätte aber auch mehrgedachter Biſchof (wie doch nicht geſchehen iſt) wider die Annehmung der Capitulation ſimpliciter proteſtiret, ſo wäre doch keineswegs dadurch deren wahre und einmal feſtgeſeßte Verbindlichkeit, und zwar eben ſo wenig, als der Beſtand der alternativæ, oder auch die Gültigkeit des Frieden-Schluſſes ſelbſten, nach deſſen klarer Maßgab

Art. XVII. §. 3.

aufgehoben worden.

Eben dieſes, und daß das Dom-Capitul alle Verantwortung bey dem Päbſtlichen Stuhl von ſich habe abwenden wollen, iſt zu merken in Anſehung der noch vor der Zeit, ehe die alternativa durch den Weſtphäliſchen Frieden iſt feſtgeſetzt worden, wider ſothane damals abgezielte alternativam und die zu errichtende Capitulation von dem Dom-Capitul eingelegten Proteſtation. Von dieſer Proteſtation
N. II. iſt jedoch daſſelbe, wie der ſub Num. II. anliegende Extractus Protocolli bewähret, unterm 19ten April 1648., mithin vor geſchloſſenem Frieden bereits, in Anſehen der Capitulation, abgegangen; da erſagtes Dom-Capitul, als es die Unmöglichkeit der Hintertreibung der alternativæ eingeſehen, in die damals Nahmens deſſelben bereits entworfene Capitulation, der dagegen von Theologis gemachten Einwendungen ohngeachtet, eingewilliget, und ſich lediglich mit der vorhin wider die alternativam eingelegten Proteſtation begnüget hat. Wobey noch ferner zu bemerken, daß die von dem Dom-Capitul unterm 27ſten May 1647. ſeinen Deputirten ertheilte geheime Inſtruction keinesweegs auf die immerwährende Capitulation, als an welche, wie der Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria pag. 9. verſ. So waren die geheimen *Inſtructiones* ꝛc. ſelbſt bemerket, damals noch nicht gedacht worden, ſondern auf die alternativam, welche zu jenen Zeiten bey denen Friedens-Tractaten im gröſten Trieb ware, nach wortdeutlichen Beſag dieſer Inſtruction, gerichtet geweſen, mithin zur jenſeitigen hier erprobet werden wollenden Intention nichts beytraget. Wo im übrigen auch das bloße Angeben mit nichts beſcheiniget worden, daß das Dom-Capitul die Ertheilung der in der Capitulation bedungenen Beſtättigung des geſamten Reichs unter der Hand verhinderet habe. Und obſchon

Ad 4. der Dom-Capitliſche Abgeordnete Anfangs mit keiner hinlänglichen Vollmacht zu Nürnberg erſchienen, ſo fallet doch das jenſeitige Angeben aus demjenigen, was vorhin ad 1. aus des

v. Mejern Act. execut.

wegen hernach ausgewechſelten Vollmachten angeführt worden, von ſich ſelbſt, nebſt der daſebſt dem Dom-Capitul zur Ungebühr zugelegten Verunglimpfung gänzlich hinweg. Abſonderlich leget aber

Ad 5. der Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria eine feine Prob der von ihme gemachten ſeltſamen Wendungen, und wie wenig ſeinem Angeben zu trauen, dar, wann er dem Publico weiß zu machen kein Bedenken getragen, daß dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg, mittels des allda ſub Lit. E. angeführten Neben-Receſſes die einſeitige Verbindlichkeit der Capitulation, unter einem verſteckten Vorwand, eingebunden worden ſeye; da gleichwohl zu des Verfaſſers Beſchämung das Gegentheil durch die hochgedachtem Hauß, iisdem terminis,

wie

wie dem Dom-Capitul, ausgeſtellte, und ſub Num. III. anliegende Declaration, welche N. III.

in Lünigs Reichs-Archiv Contin. III. Spicileg. Eccleſ. Tom. XXI. pag. 1160. n. 128.

zu finden iſt, offenbar bewähret, und dadurch beſtättiget wird, daß, gleichwie die immerwährende Capitulation mit gemeinſamer Einwilligung der intereſſirten Theilen zu Stand gekommen, alſo auch dieſelbe eine gemeinſame Verbindlichkeit auf beeden Seiten, in vim Inſtrumenti Pacis, und aller darinn verſehenen Clauſulen haben ſollen, mithin die von dem jenſeitigen Verfaſſer hier angebrachte Beſchuldigung, als ob von dem Dom-Capitul ſowohl, als auch denen Kaiſerlichen, und Reichs-Bevollmächtigten gegen offentliche Treu und Glauben gehandlet worden (welches von ſo anſehnlichen Bevollmächtigten gleichwohl mit allzuſehr übertriebener Dreuſtigkeit daher geſagt wird) ein gantz ohngegründet- und Wahrheits-widriges Angeben ſeye. Hiernächſt ſeynd zwar

Ad 6. die Stifts-Capitulations-Handlungen einige Zeit zu Münſter, ſo lang nemlich die zu denen Friedens-Tractaten bevollmächtigte Geſandte daſelbſt waren, gepflogen worden; hingegen ware es eine gantz natürliche Folg, daß, nachdem von dar in A. 1649. faſt alle Geſandſchaften ſich hinweg, und nach Nürnberg, auf anfängliche Veranlaſſung des Königl. Schwediſchen Generaliſſimi, begeben, und dahin hernachmahlen mit Einwilligung der geſammten Reichs-Ständen, die Berichtigung all derjenigen Tractaten, welche zu Münſter ihren Ausſchlag nicht erreichet, verwieſen worden, auch dieſe Capitulations-Sach, welche ſich, weilen von denen Lüneburgiſchen Bevollmächtigten wegen des Conſiſtorii kein Æquivalent gegeben werden wollen, zu Münſter zerſchlagen hatte, nach gedachtem Nürnberg gediehen ſeye. Es waren dahero die Urſachen, warum oftbelobter Biſchof Frantz Wilhelm mit denen Lüneburgiſchen zu Münſter nicht weiters handlen wollen, und welche auch dieſen durch Dom-Capitliſche Deputatos, beſag der Beylag ſub Num. IV. eröffnet worden, an ſich gantz gegründet, ohne daß jenes vom jenſeits allegirten Kreſſio eigends erſonnene Imputatum, als ob durch hochbeſagten Biſchofs Intriquen dieſe Sach plötzlich nach Nürnberg gezogen worden, mit dem mindeſten Beweiß beſtärket werden können; ſondern es bewähret vielmehr das vom erſagten Kreſſio ſelbſt ſub Lit. MM. angeführte Protocollum, daß von denen Nürnbergiſchen Deputatis für billig gehalten worden, daß die Oſnabruckiſche Capitulations-Sach zu gedachten Nürnberg vorgenommen werde. Und wann auch N. IV.

Ad 7. durch die von dem Biſchof Frantz Wilhelm gegen den Braunſchweigiſchen Geſandten Langenbeck, als einen Mann durioris conſilii, geführte Klagen deſſen Amovirung würklich erwürket worden wäre, welches doch noch allzeit eine ohnerwieſene Sach bleibet; was

würde es dann zur Sach thun; da zumahlen niemand glauben wird, daß das Hochfürſtl. Hauß Braunſchweig einen anderen Mann, gleichſam mit leeren Händen, zur Behandlung eines ſo wichtigen Geſchäfts weiter abgeordnet haben werde. Es entdecket ſich endlich auch

Ad 8. der anderweite Ungrund einer von denen Reichs-Deputatis bey denen Capitulations-Handlungen angeblich bezeigten, und aus dem jenſeitigen Adjuncto ſub Lit. E. erwieſen werden wollenden Partheylichkeit aus der von erſagten Deputatis dem Hochfürſtl. Haus Braunſchweig mit denen nemlichen Terminis, wie dem Dom-Capitul, ausgeſtellten, und ad 5. ſub Num. III. bemerkten Declaration eben ſo offenbar, als es im übrigen ein ſehr übertriebenes Weeſen iſt, da der jenſeitige Verfaſſer der Klugheit des Biſchofs Frantz Wilhelm, nach welcher dieſer in einem ſo wichtigen Geſchäft, nicht ohne gute Berathung, zu Werk gehen wollen, ſo viel zumuthen will, daß alle Wort mit ſo groſſer, und die menſchliche Kräften überſteigenden Vorſichtig- und Deutlichkeit abgefaſſet werden ſollen, daß ſolche durch keines Menſchen Witz und Geſchicklichkeit, zu ewigen Zeiten, keiner, auch erzwungenen Wortdeuteley ausgeſetzt ſeyn können.

Aus allem dieſem verrathet ſich demnach die Unrichtigkeit der jenſeitigen vorausgeſetzten Nachrichts-Erzehlung von der immerwährenden Stifts-Capitulation, und ſomit auch der Unwerth der daraus geleitet werden wollenden Schlüſſen ganz deutlich. Dergleichen übel gerathene, theils auf unrichtigen Gründen, theils auf leeren Muthmaſſungen beruhende Bemühungen ziehen von ſich ſelbſt den falſchen Schmink ab, mit welchem eine ungegründete Sach bey denen Leichtglaubigen eine Parade machen ſolle. Anſtatt, daß der jenſeitige Verfaſſer durch dieſe ſeine für wahr angegebene Nachrichts-Erzehlung ſeinen nachfolgenden Sätzen zum voraus eine Wahrſcheinlichkeit geben, den klar vorliegenden Verſtand oftbeſagter Capitulation, und abſonderlich des in derſelben enthaltenen Art. 33. verdunklen, das Dom-Capitul einer heimlich intendirten einſeitigen Verbindlichkeit überführen, und dadurch das Publicum in einen Irrweeg verleiten wollen, als ob die Auslegung der für zweifelhaftig angegebenen Capitulation auf alle Art gegen das Dom-Capitul zu machen ſeye, hat derſelbe, nach genauerer Prüfung oberwähnter ſeiner ſo plauſible erzehlten Nachricht, und dargeſtellter deren vollkommener Unrichtigkeit, nichts anders, als den widrigen Verdacht, auch in Anſehen ſeiner nachfolgenden Sätzen, ſich zuziehen können.

Es kan übrigens das Dom-Capitul für bekannt annehmen, daß, gleichwie ſowohl von Seiten des nun Churfürſtl. Hauſes Braunſchweig-Lüneburg, als auch ſeiner Seits, bey Regierung des erſten Biſchofs aus hocherſagtem Hauß, Ernſt Auguſts, und nachhero und ſucceſſive von jedem Biſchof beederley Religion die Capitulatio perpetua, als ein pactum publicum & reciprocum jederzeit gehalten, angeführet

führet und angenommen worden, alſo auch dermalen Se. Königl. Majeſtät von Großbritannien ſich feyerlich erkläret haben, dieſe Capitulation, als ein offentliches Reichs-Geſätz in allen Stücken zu erfüllen; ſo daß es alſo darauf anzukommen hat, ob Königl. Großbritanniſcher Seits dargethan worden, oder werden könne, daß der Sinn und Meynung der hohen Herren Compäciſcenten der von dem Dom-Capitul in dem dermal vorliegenden Fall behaupteten Regierungs-Führung entgegen ſeye.

Dieſes bemühet ſich nun der Verfaſſer des gegenſeitigen Promemoria theils aus der geheimen vom Dom-Capitul ſeinen zu dieſem Geſchäft Abgeordneten ertheilten Inſtruction, theils aus der mit dem Biſchof Philipp Sigismund errichteten Capitulation, theils aus denen Worten: **beſtellte Regierung**, theils durch andere verkehrte Wort-Auslegungen, zu erweißen. Mit was für Beſtand, wird ſich aus folgendem ergeben.

Die eigene jenſeitige Anlagen ſub Lit. D. & F. zeigen deutlich, daß dieſe Inſtructiones von dem Dom-Capitul deſſen Abgeordneten im Monath Majo A. 1647., mithin zu ſolcher Zeit ertheilet worden ſeyen, als noch an keine immerwährende Capitulation gedacht worden, ſondern die alternativa in gröſter Bewegung, mithin von Dom-Capitliſcher Seiten man darauf lediglich bedacht ware, daß, wann die alternativam gänzlich abzuwenden, nicht möglich ſeyn ſollte, wenigſtens ein künftiger regierender Biſchof aus dem Hauß Braunſchweig zu Haltung der **hergebrachten** Capitulation, und zwar auf die nemliche Art, wie der vormalige aus dem nemlichen Hauß poſtulirt geweſene Biſchof Philipp Sigismund verbindlich gemacht, und von der Capitulation nurbeſagten Biſchofs wider die Widrige, welche nemlich auf der alternativa beſtünden, der Gebrauch gemacht werden mögte.

In der erſten Verlegenheit, in welche das Dom-Capitul durch den Vorſchlag der alternativæ geſetzt ware, konte daſſelbe ohnmöglich ſogleich auf alle, zumalen vorhin noch nie exiſtirte Fälle denken; da es beſonders noch nicht alle Hofnung für verlohren, ſondern ſich vielmehr noch alle Mühe gegeben, um die alternativam abzuwenden. Und daß es in ſeinen damaligen Inſtructionen ſein Augenmerk lediglich auf einen **großjährigen** aus dem Hauß Braunſchweig poſtulirenden Biſchof gerichtet habe, bewähret der Innhalt ſothaner Inſtructionen gantz klar, als vermög weſſen auf die Haltung der **hergebrachten** Capitulation von denen Dom-Capitliſchen Abgeordneten angetragen werden ſolte: es ware aber an ſich gantz gewis, daß die vorhergehende Capitulationes nie in Anſehen eines minderjährigen, ſondern jederzeit mit großjährigen Biſchofen errichtet geweſen ſeyen, mithin konte auch die Abſicht der Dom-Capitliſchen Inſtruction nicht auf einen auſſerordentlichen Fall, oder auf einen minderjährigen, ſondern großjähri-

 gen,

gen, und würklich regierenden Biſchof, folglich auf ordinari Fälle gerichtet ſeyn.

Und in dieſem Suppoſito eines großjährigen und würklich regierenden Biſchofs, iſt dem Dom-Capitliſchen Syndico Schorlemmer aufgegeben worden, **in gute Acht zu nehmen**, daß Capitulum, **als der erſte Stand des Stifts Osnabruck**, aus der NB. **Fürſtlichen** Regierung, *uti Conſiliarii Principis*, **wie** NB. **für dieſem** (nemlich unter der Regierung großjähriger Biſchoffen) **gebräuchlich**, **auch zu des Landes Beſten gereichet, nicht gantz ausgeſchloſſen werden.** Und in dem nemlichen Verſtand iſt es auch zu nehmen, was das Dom-Capitul ferner ſeinem Syndico befohlen, *par diſcours* **nur** *pro Capitulo* **zu urgiren.**

Man ware demnach in denen erſten Zeiten von Seiten des Dom-Capituls allerdings damit zufrieden, daß die mit dem Biſchof Philipp Sigismund errichtete Capitulation mit denen **großjährigen** Biſchoffen aus dem Hauß Braunſchweig zum ewigen Grund bleiben ſolte.

Im Verfolg der Zeit aber, und als mit der alternativa keine Abänderung mehr zu treffen ſtunde, hat das Dom-Capitul in ſeinem denen Kaiſerl. Geſandten im Monath April A. 1648. übergebenen Entwurf Capitulationis perpetuæ für die Biſchöffe A. C. **den Fall der Minderjährigkeit** eines Biſchofs, **von denen Fällen der An- oder Abweſenheit eines Großjährigen** gar deutlich unterſchieden, da es den 14ten Articel alſo gefaßt hatte:

14. Wollen Wir auch verpflichtet ſeyn, dieſem Stift kein Stadthalteriſch Regiment von Fürſten, Herren, und Grafen, oder durch unſere Herren Verwandte, und ſonſten einigen Ausländiſchen zu ordnen, ſondern die Perſonen, ſo ein Ehrwürdig Thum-Capitul aus ihrem Mittel nominiren und vorſtellen wird, neben den ſechs ordinari Land-Räthen aus dem Mittel der Stände dieſes Stifts beeder Religion, bevorab in anſehentlichen Land-Sachen, gnädig annehmen, und weilen keiner, der nicht zum wenigſten 25. Jahr erreichet hat, eligendo vel poſtulando angenommen werden ſoll, oder da je einer unter 25. Jahren angenommen würde, oder werden müſte, ſo ſoll bis zu Erlangung des 25ſten Jahrs das Thum-Capitul die Regierung führen, und kein anderer Stadthalter oder Adminiſtrator angeordnet werden.

15. Da

15. Da je die Nothdurft erforderte, daß Wir eine Zeit von dannen auſſer Land und dieſes Stift uns begeben müſten, wollen Wir mit Rath, Zuthun und Vorwiſſen des Thum-Capituls, die Regierung mit zwey aus dem Thum-Capitul, und dann von Landſaſſen und des Stifts Einwohneren beſtellen und beſetzen, wie ein Ehrwürdig Thum-Capitul ſich mit Uns auf Mittel, die dem Stift zu gedeylichen Wohlſtand gereichen, bedenken werden.

Vid. de Mejern Act. Pac. Weſtph. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XXXI. N. 1. pag. 470. ſeq.

Hieraus ergibt ſich nun, daß zwar der Eingang des 14ten, und der gantze 15te Artickel des Dom-Capitliſchen Projects, die An- und Abweſenheit eines großjährigen würklich regierenden Biſchofs betreffend, aus der Capitulation Philipp Sigismunds genommen, hingegen das Ende des 14ten Artickels, welches von der Minderjährigkeit eines poſtulirten Biſchofs, und der zu ſolcher Zeit führenden Regierung handelt, gantz neu verfaßt worden ſeye.

Und obzwar in dem hernach verglichenen Aufſatz der immerwährenden Capitulation die Ordnung der in dem Dom-Capitliſchen Entwurf enthaltenen Worten nicht, ſondern vielmehr jene des Lüneburgiſchen Aufſatzes beybehalten worden; ſo iſt es doch gantz ohne, daß wie jenſeits anzugeben beliebet, diejenige in der Capitulation Biſchofs Philipp Sigismund enthaltene " Anordnung, wie es mit der „Regierung bey Anweſenheit des Biſchofs im Lande, zu halten, gerade eben diejenige Verordnung wieder geworden ſeye, welche während einer Minderjährigkeit Statt haben ſolle." Jnmaſſen in erſagter Philippiniſchen Capitulation Art. 8. wo von der Anweſenheit des Biſchofs im Lande die Verordnung enthalten, dem Dom-Capitul keine Regierungsführung verſtattet, ſondern der großjährige Biſchof nur verbunden wird, diejenige Perſonen, ſo das Dom-Capitul vor Annehmung der Fürſtlichen Adminiſtration, nominiren und vorſtellen wird, nebſt denen ſechs Land-Räthen aus den Mittlen der Stände des Stifts, anzunehmen: dahingegen in der immerwährenden Stifts-Capitulation zur Zeit der Minderjährigkeit des Biſchofs dem Dom-Capitul die Regierungs-Führung ſimpliciter, und mit gantz offenbaren Worten zuerkannt wird, ohne dem Minderjährigen, oder ſonſt jemanden im mindeſten vorzubehalten, daß dieſer, oder in deſſen Nahmen ein anderer die Perſonen aus dem Capitul zu ſothaner Regierungs-Führung zu nominiren, vorzuſtellen, oder anzuordnen befugt ſeyn ſolle.

Welchemnach das jenſeitige weitere Angeben, " daß die in beyden Fällen eingeſchränkte **Anordnung**, bey dem **Anweſenden**, „wie bey dem **Minderjährigen**, einerley jus in actu primo vor-

„ausſetze, und deſſen **Ausübung**, oder den actum ſecundum **auf** „**einerley Art** beſchränke,“ eine gantz ohnerfindliche Sach, ſondern vielmehr, bey nur obenhin beſchehender Einſicht der Philippiniſch- und immerwährenden Capitulation gewiß iſt, daß in dieſer dem Dom-Capitul ein weit mehreres pro caſu minorennitatis, als in jener pro caſu Epiſcopi majorennis præſentis, zugeſtanden worden ſeye; dazumahlen bey Gegeneinanderhaltung des in dem Dom-Capitliſchen in A. 1648. übergebenen Project enthaltenen 14ten, und des in der verglichenen immerwährenden Capitulation enthaltenen 33ſten Artickels, ſich deutlich ergibt, daß in dieſer, auf dem Fall der Minderjährigkeit eines Biſchofs, dem Dom-Capitul quoad ſubſtantiam, mit nur in etwas veränderten Worten, eben dasjenige verwilliget worden, was daſſelbe in jenem anverlangt hatte.

Selbſt die darüber gepflogene Handlungen, welche doch ohnſtrittig in Sachen einen triftigeren Ausſchlag, als je einige ſinnreich ausgekünſtelte Wortdeuteleyen, zu geben haben, beſtättigen ſolches, und daß dem Dom-Capitul von dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg die in dem Dom-Capitliſchen Entwurf in caſum minorennitatis begehrte Regierungs-Führung, ohne einige Widerrede, eingegangen worden ſeye. Dann nachdeme das Dom-Capitul in ſeiner auf die Lüneburgiſche, nur in generalibus abgefaßte Præſuppoſita de 26ſten May 1648. denen Kaiſerl. untern 6ten Julii e. a. übergebenen Erklärung verlangte,

> Daß man auf das Factum ſelbſt komme, und einander bey jedem Articulo recht vernehme;

> Vid. de Mejern Act. Pac. Weſtphal. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XXXV. N. I. pag. 509.

und dahero nachmalen Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits die Notæ über das Dom-Capitliſche Project Capitulationis ebenfalls übergeben worden, hat man ſolcher Seits in Monito ad Art. 14. dicti Projecti, worinn das Dom-Capitul verlangt hatte, zu Zeiten eines minderjährigen Biſchofs

> **bis zu Erlangung des 25ſten Jahrs die Regierung zu führen / und daß kein anderer Stadthalter oder** Adminiſtrator **angeordnet werden ſolle.**

dieſem Begehren nicht mit einem jota widerſprochen, ſondern beſag
N. V. Adjuncti ſub Num. V. lediglich darauf erkläret,

> Dieſen Artickel verſtehe man von **der Stifts-Regierung allein** *in caſum minorennitatis Epiſcopi*, laſſe auch hoc caſu deſſen Eingang in ſo weit paſſiren,

und

und diesertwegen, laut der nemlichen Beylag ſich nur vorbehalten,

daß gleichwohl dem Epiſcopo minorenni frey ſtehe, zwey ſeiner Leuthe und Bedienten der Regierung, ſumptibus Epiſcopatus, beyzuordnen; und

daß die Majorennität auf das 18te Jahr geſetzt, auch biß dahin dem Epiſcopo minorenni ad minimum 10000. Rthlr jährlich aus den Intraden abgefolget werden ſollen ꝛc. ꝛc.

Und da hiernächſt, vermög der nemlichen Beylag, Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits der anderweite Antrag nur dahin gemacht worden, daß zu ſolcher Regierung auch die übrige Stiffts-Stände zugezogen werden ſollen, ohne ſich in hunc caſum den mindeſten Schein einer Regierungs-Concurrenz vorzubehalten; ſo ergibt ſich hierab zu hellem Tag, daß dem Dom-Capitul pro caſu minorennitatis etwas anderes und mehreres, als pro caſu majorennis Epiſcopi præſentis vel abſentis zuerkannt, und von dem Fürſtl. Hauß Braunſchweig-Lüneburg bey denen Capitulations-Handlungen an dergleichen Prætenſionen, die ſolcher Seits anjetzo gantz neuerlich gemacht werden wollen, nicht gedacht worden ſeye.

In Gefolg dieſes Lüneburgiſchen Moniti haben demnach die Lüneburgiſche Bevollmächtigte, und zwar mit Auslaſſung der beyzuziehenden Stifts-Ständen, den Aufſatz dieſes Artickels, welcher nach der in ihrem Entwurf gehaltenen Ordnung der 15te worden, nach Ausweiß der Anlag ſub Num. VI. verfertiget. N. VI.

Geſtalten aber in eben dieſem Aufſatz wegen der ein oder zwey von dem Epiſcopo minorenni beyzuſetzenden Perſonen, die Worte: *æquali poteſtate*, enthalten geweſen; ſo hat das Dom-Capitul, vermög der Beylag ſub Num. VII. dagegen ſogleich eingewendet, N. VII.

daß es wohl bey einem gelaſſen werden könne, und daß dieſer *æqualis poteſtatis cum Capitulo* ſeyn ſolle/ etwas ungewöhnliches ſeye/ ſondern ſolle *poteſtatem* eines Raths haben.

Weilen nun auf alſo beſchehenen Antrag des Dom-Capituls in der hernach verglichenen Capitulation die Worte, *æquali poteſtate*, ausgelaſſen, und ſtatt derſelben: als Räthe, geſetzet worden; ſo iſt abermahl gantz klar und ohnverneinlich, daß dem Dom-Capitul, durch die immerwährende Capitulation eine größere Gewalt, als denen

nen von dem minderjährigen Biſchof beyzuſetzenden Perſonen, mithin keine Untergeordnete, von dem Dom=Capitul in der Form, als lediglicher Räthen führende, ſondern eine von dem minderjährigen Biſchof eben ſowohl, als deſſen ſamtlicher Anverwandſchaft, gantz und zumahlen independente ordentliche Regierung zugeſtanden worden ſeye.

Aus dieſen Capitulations=Handlungen, welche aus denen in den Reichs= und Braunſchweig=Lüneburgiſchen Archiven eben ſo gut, als in jenem des Dom=Capituls, ohne Zweifel aufbewahrten Urkunden, ihre richtige Bewährung erhalten werden, laſſet ſich nun ferner entnehmen, daß, nachdeme die dißfallſige Dom=Capitliſche Forderung in der immerwährenden Capitulation mit denen Worten, und der Ordnung, welche die Lüneburgiſche Bevollmächtigte, beſag oben angeführter Beylag ſub Num. VI., in ihrem Aufſatz dieſes Artickels gebraucht haben, ausgedruckt worden, dasjenige, was der jenſeitige Verfaſſer von ſchlauen Dom=Capitliſchen Wendungen, von günſtigen und verdächtigen Schieds=Richtern gantz erdreiſtet angegeben, an ſich vollkommen Grund= und Bodenloß ſeye.

Und eben daher laſſet ſich auf die jenſeits aufgeworfene, ohnehin nur lediglich auf eine Logomachiam hinauslauffende Fragen die Antwort und Erklärung mit leichter Mühe, und zwar auf die fünf erſte, ſo zu ſagen, mit einem Wort geben, weilen nemlich, wie die vorerwähnte Beylag ſub Num. VI. bewähret, die verglichene Capitulation, ſoviel den 33ſten Artickel betrift, **nicht aus dem Dom-Capitliſchen, ſondern aus dem Braunſchweig=Lüneburgiſchen Aufſatz** (in welchem alle nun ad criſin gezogene Wort vorgekommen) **entnommen worden**, und man Oſnabrukiſcher Seits bona fide zu Werk gegangen, ohne zu glauben, daß in künftigen Zeiten alle Worte, und deren Auslegung auf die höchſte Spitz ſolten oder könten getrieben werden.

Jedoch um dem Herrn Verfaſſer auf eine jede ins beſondere zu willfahren, wird es wohl

Auf die **Erſte** in effectu eines ſeyn, ob geſagt werde: **Es mag**, oder **es ſoll** das Dom=Capitul die Regierung führen. Dann wann das Dom=Capitul die Regierung führen mag, ſo iſt niemand anders befugt, daſſelbe je daran zu hinderen. Und weme iſt nicht bekannt, daß das Wort: **mögen** eben ſo viel, als **vermögen**, **befugt**, oder **berechtiget ſeyn**, gemeiniglich bedeute. Solle aber unter dieſem Wort: **Es mag**, eine Zweydeutigkeit verdeckt liegen, ſo fallet jene Aufbürdung, die der Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria überall dem Biſchof Frantz Wilhelm, und dem Dom=Capitul

von

von einer gebrauchten Argliſt machen will, auf die Braunſchweig-Lüneburgiſche Seite, welche der Urheber dieſer nun für zweydeutig angeſehen werden wollenden Worten geweſen, ohne allen Anſtand zurück.

Bey der **zweyten** und **dritten Frag** tritt die vorhin angegebene generale Urſach wiederum ein. Das Dom-Capitul hatte ſich ausdrücklich in caſum minorennitatis ſui Epiſcopi die Regierungs-Führung, und daß kein anderer Stadthalter oder Adminiſtrator angeordnet werden ſolle, in ſeinem übergebenen Entwurf ausbedungen, und dieſes wurde auch von denen Lüneburgiſchen Bevollmächtigten demſelben, beſag obiger Beylag ſub Num. V. accordiret, und quoad ſubſtantiam alſo in das Lüneburgiſche Project ſub Num. VI. ſowohl, als auch in die daraus entnommene immerwährende Capitulation ſelbſten geſetzet. Es iſt alſo die dem Dom-Capitul durch die voraus gehende Worte geſtattete Regierung von denen nachfolgenden gar nicht eingeſchräncket, ſondern vielmehr dadurch angedeutet worden, daß, gleichwie der minderjährige Biſchof durch ſich ſelbſten nichts in der Regierung verfügen darf, alſo auch er eben ſo wenig, als NB. ſeine Anverwandte befugt ſeyn ſollen, durch einen Stadthalter oder Adminiſtratorem ſolches zu thun.

Auf die **vierte Frag** ſcheinet, nebſt der vorhin bemerkten generalen, auch die Urſach geweſen zu ſeyn, weilen die damahlige Lüneburgiſche Bevollmächtigte nicht ſo einſichtig geweſen, daß ſie unter **regieren** und **Regierung führen** ein Unterſchied zu ſeyn geglaubt haben: dann was ſie in ihrem Monito oben ſub Num. V. **Regierung** geheiſſen, haben ſie in ihrem Aufſatz ſub Num VI. aus welchem, vorbemerkter maſſen, die verglichene Capitulation entnommen worden, **Regierungs Führung** genennet. Iſt nun aber ein Unterſchied darunter? So iſt das Dom-Capitul argliſtig behandlet worden.

Auf die **fünfte Frag** iſt die Antwort gantz kurtz und natürlich, weilen das Dom-Capitul ſchon damahls durch die immerwährende Capitulation, als einen authoritate ipſius pacis Weſtphalicæ beſeelten offentlichen Vertrag die Regierung zu führen beſtellt worden, und alſo keiner anderweiten Beſtellung mehr bedarf.

Die **ſechſte Frag** iſt in ihrer Art die artigſte. Dann wann die Regierung in caſum minorennitatis ſchon beſtellet, wie ſie auch würcklich durch die immerwährende Capitulation beſtellet iſt, und in dem jenſeitigen Promemoria ſelbſten eine **alſo beſtellte Regierung** genennet wird; ſo braucht ſie ja keiner weiteren Beſtellung mehr, und iſt dahero eine unnöthige Bekümmernuß, von weme ſie beſtellt werden ſolle? Endlich wird auch

Auf die **ſiebende Frag** die Erläuterung aus der oben angeführten Beylag ſub Num. VII. dahin gegeben, daß diejenige Halbſcheid der überbleibenden Revenuen, welche der Dom-Kirchen zufallen ſolle, als die Belohnung für die Dom-Capitliſche Mühwaltung der Regierung anzuſehen ſeye.

Es muß demnach das von dem jenſeitigen Verfaſſer ſo oft vorgebrachte Angeben, daß von dem Dom-Capitul nichts ohne Abſicht, nichts ohne Noth, nichts ohne feſten Vorſatz, dem Hauß Braunſchweig Abbruch zu thun, der Capitulation eingeruckt worden, und daß ſomit bey dem argliſtigen Verfahren des Cardinals, jedes auf Schrauben geſetzte Wort ſo zu nehmen ſey, wie es dem Hauß Braunſchweig und Lüneburg zum Vortheil gereichen könne, in ſich ſelbſten zerfallen, nachdeme, vorbemerkter maſſen, an ſich ganz richtig iſt, daß der 33ſte Artickel der verglichenen immerwährenden Capitulation nicht aus dem Dom-Capitliſchen Entwurf, ſondern aus dem Lüneburgiſchen Aufſatz genommen worden iſt. Wannenhero vielmehr umgekehret, und gegen das Hauß Braunſchweig-Lüneburg dergleichen von dem jenſeitigen Verfaſſer hier und dar angebrachte Sätze angewendet werden können, daß nemlich in zweifelhaften Fällen die Auslegung nicht zum Vortheil desjenigen, der einen Aufſatz eingerichtet, und ſtyliſiret hat, gemacht werden müſſe.

Man kan es übrigens bey dem vorhin ſchon ausgeführten bewenden laſſen, in welchem Verſtand das Wort: **Regierung führen** bey dem 33ſten Artickel der verglichenen Capitulation zu nehmen ſeye. Dann da in denen Lüneburgiſchen Aufſätzen dasjenige, was einmahl: **regieren**, das anderemahl **Regierung führen**, genennet worden, und da die von dem minderjährigen Biſchof beyzuordnende Perſonen nicht *æqualis cum Capitulo poteſtatis*, und doch **Räthe** ſeyn ſollen; ſo muß das Dom-Capitul gewiß zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs von denen Contrahenten für etwas mehreres, als eine lediglich nachgeordnete, in puren Räthen beſtehen ſollende, gemeine Regierung gehalten worden, und der minderjährige Biſchof von der Anordnung einer Regierung eben ſo wohl, als ein anderer Stadthalter von der Theilnehmung ausgeſchloſſen ſeyn.

Wann es die Meynung gehabt hätte, daß zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs das Dom-Capitul die Regierung nicht anderſt, als unter des Minderjährigen Anordnung, wie in dem Fall eines abweſenden großjährigen Biſchofs führen könne, mithin das Dom-Capitliſche Regierungsführen zur Zeit eines minderjährigen, und bey Abweſenheit eines großjährigen Biſchofs in einerley Verſtand hätte genommen werden wollen; ſo wäre es nicht vonnöthen geweſen, in zwey beſonderen und unterſchiedenen Articklen von dieſen beeden Fällen zu handlen, ſondern es hätten beede Fälle, wenigſtens der Dom-Capitliſchen Regierungs-Führung halber, gar füglich in einem Artickel ge-

faßt

faßt werden können. Nachdeme es aber denen Contrahenten für nothwendig geſchienen, von der in beeden Fällen führenden Regierung in abgeſönderten Articklen zu handlen und zu ſchlieſſen; ſo muß gewiß die Regierungsführung in caſu minorennitatis einen gantz anderen Sinn und Verſtand, als jene in caſu abſentiæ Epiſcopi majorennis, haben.

Die Lüneburgiſche Bevollmächtigte haben auch ſolches bey denen Capitulations-Tractaten gar deutlich zu erkennen gegeben. Dann, als das Dom-Capitul in ſeinem Entwurf Art. 14. bis zu Erlangung der Großjährigkeit, die Regierung zu führen verlanget, haben jene in ihren über dieſen Artickel gemachten Anmerkungen, beſag obigem Num. V. geäuſſeret:

Dieſen Artickel verſtehe man von der Stifts-Regierung allein *in caſum minorennitatis Epiſcopi.*

und dannoch haben ſie in dem folgenden Artickel dem Dom-Capitul auch *in caſum abſentiæ Epiſcopi majorennis* die Regierungsführung eingeraumt. Haben ſie alſo diejenige Regierungsführung, welche von dem Dom-Capitul in dem Entwurf Art. 14. verlangt worden, **allein** und **nur** *in caſum minorennitatis Epiſcopi*, demſelben geſtatten wollen; ſo muß nothfolglich diejenige, welche dem Dom-Capitul *in caſum abſentiæ* **auch** accordiret worden, **von einer anderen Beſchaffenheit** ſeyn, als jene, welche **nur** und **allein** *in caſum minorennitatis* beliebet worden; mithin auch in einem gantz anderen Sinn und Verſtand, als jene, genommen werden.

Es zeiget ſich auch der Unterſchied aus der Natür der Sach ſelbſten. Dann ein abweſender großjähriger Biſchof, wann er ſchon ſeinem Hochſtift **in Perſon** nicht vorſtehet, kan doch ſolches durch ſeine **Anordnung** thun, dahingegen ein minderjähriger, wie zumahlen der dermahlige, weder in Perſon, weder durch Anordnung dergleichen Vorſtehung verrichten kan; mithin muß freylich inzwiſchen, und bis der Minderjährige zu ſeiner Geſätz- oder Vertrags-mäßigen Großjährigkeit gelanget, eine andere beſtellet werden, welche dann auch durch die immerwährende Stifts-Capitulation in dem Dom-Capitul beſtellet worden; daß ſonach allerdings eine per pactum publicum & authoritate Imperii beſtellte Regierung dermahlen würklich vorhanden iſt.

Es fallet demnach von ſich ſelbſt hinweg, und iſt bereits ſchon oben gezeigt worden, daß nicht in dem von dem jenſeitigen Verfaſſer drunter und drüber geworffenen Begrif das Dom-Capitul ſeinen Syndicum Schorlemmer, ſondern in dem ſuppoſito eines großjähri-

gen und würklich regierenden Biſchofs bevollmächtiget habe, gute Acht zu haben, daß Capitulum, als der erſte Stand des Stifts, aus der NB. **Fürſtlichen** Regierung, uti Conſiliarii Principis, **wie für dieſem** (nemlich unter der Regierung großjähriger Biſchoffen, dann von minderjährigen ware vorhin nichts bekannt, noch im Brauch) **gebräuchlich**/ auch zu des Landes Beſten gereichet, nicht gantz ausgeſchloſſen, ſondern die ſämtliche Stände bey dem alten Herkommen unbetrübet zu laſſen.

Warum aber dieſe übrige Stände hernach bey Abfaſſung des §. 34. übergangen worden, iſt die Urſach (welche auch der Biſchof
N.VIII. Frantz Wilhelm in der ſub Num. VIII. angefügten Exegeſi ad Art. 14. Projecti Capitulationis gegeben hat) gantz natürlich, weilen es überflüßig geweſen, für jene zu capituliren, die ſich dem Dom-Capitul wegen der Regierungsführung nicht an die Seite ſtellen können, und denen ohnehin durch ausgeſtellte Reverſales wegen ihren nach dem alten Herkommen gebührenden Gerechtſamen genugſam vorgeſehen worden. Selbſt das Friedens-Inſtrument hat die Vorzüglichkeit des Dom-Capituls vor denen anderen Land-Ständen bewähret, indeme daſſelbe überall, wo von Errichtung der immerwährenden Capitulation geredet wird, dem Dom-Capitul eine Theilnehmung an Errichtung ſothaner Capitulation zuerkennet,

Prout uniformis perpetuæque Capitulationis leges communi Principis Franciſci Wilhelmi, Domusque Brunſuico-Lüneburgicæ, & *Capitularium Epiſcopatus Oſnabrugenſis* conſenſu jam ineundæ &c.

Art. XIII. §. 3.

in Capitulatione perpetua *cum Capitulo* ineunda &c.

Ibid. §. 5.

von denen übrigen Land-Ständen aber kein Wort meldet.

Zudeme gehet die jenſeits ſub Lit. G. angefügte Beylag das Dom-Capitul eigentlich nicht an; immaſſen das, was in dieſer Beylag enthalten, nicht von dem Dom-Capitul herrühret, ſondern eine gleichmäßige kurtze Exegeſis iſt, welche der damahlige Biſchof Frantz Wilhelm über die von der Oſnabruckiſchen Ritterſchaft auf das erſte Project der Capitulation ad Art. 14. & 15. übergebene und

in Mejern Act. Pac. Weſtphal. Tom. VI. Lib. XLVI. §. XXXII. N. II. pag. 499. & 500.

befindliche Anmerkungen gemacht, und behauptet hat, daß es ein caſus facultatis ſeye, ob ein zeitlicher großjähriger Lands-Fürſt, auſſer

denen

denen vom Dom-Capitul, auch zwey aus der Ritterſchaft zur Regierung nehmen wolle, und, ſoviel dieſe Art belange, dem Lands-Regenten kein Ziel zu ſetzen ſeye. Dem Dom-Capitul mag alſo der Urſprung dieſes Satzes, wodurch der vormahlige Biſchof Frantz Wilhelm die Ritterſchaftliche Zumuthungen ablehnen wollen, nicht aus dem lediglichen Umſtand beygemeſſen werden, weilen deſſen ehemaliger Syndicus dieſe Exegeſin in einer Archidiaconal-Sach einſtens zum Druck gegeben hat, woraus die vorermeldte Beylag hergeholet worden. Da es übrigens in facto richtig iſt, daß zu Zeiten Weyl. beeder Churfürſtl. Durchl. zu Trier und Cölln, Caroli, und Clementis Auguſti, die Dom-Capitular-Herren vornemlich und beſtändig das geheimde Raths-Collegium ausgemacht haben, welches Dom-Capitliſcher Seits, anſtatt deſſen, was demſelben ex Art. 34. Capitulationis zu ſtatten kommen muſte, iſt angenommen worden.

Anſonſten wird der jenſeitige Verfaſſer ſchwerlich von jemand, der beſonders das vorhin aus denen Friedens- und Capitulations-Handlungen angeführte mit ohnbefangenen Augen einſiehet, den Beyfall erhalten, daß die dem Dom-Capitul durch die immerwährende Capitulation verſtattete, und alſo freylich von höherer Hand, nemlich unter Authorität Kaiſerl. Majeſtät und des gantzen Reichs angeordnete Regierung eine weitere Anordnung und Beſtellung bedörfe. Er iſt auch gantz irrig daran, da er glauben will, daß die einem minderjährigen Biſchof, und ſeinen Anverwandten verbottene Anordnung eines Stadthalters und Adminiſtratoris nichts mehrers, als die einem großjährigen und anweſenden Biſchof ehedem aufgelegte Bedingung, wegen der in beeden Fällen gebrauchten einerley Worten bedeute, und lediglich dahin führe, daß das Dom-Capitul von der Regierung nicht gantz ausgeſchloſſen ſeyn ſolle; indeme es gewiß iſt, daß einerley Worte in verſchiedenen Fällen nicht allzeit einerley Sinn und einerley Verſtand haben, und der gantz unterſchiedene Verſtand dieſer Worten in beeden vorberührten Fällen aus denen Capitulations-Handlungen ſich offenbar darleget: Eben derſelbe bedarf endlich zu der Ausforſchung des wahren Sinns und Verſtands der in der Capitulation wegen der Dom-Capitliſchen Regierungsführung enthaltenen Worten keine weitere Dom-Capitulariſche geheime Inſtructiones, ſondern er darf nur die oben ſub Num. V. & VI. angeführte Lüneburgiſche Erklärung und Aufſätze einſehen, ſo kan er gleich finden, wohin die in der Capitulation befindliche Wort: **Es mag das Dom-Capitul** ꝛc. eigentlich abzielen.

Diſſeits glaubt man dahero, und behauptet mit mehrerem Grund, daß, nachdeme die Regierung für die Zeit eines minderjährigen Oſnabruckiſchen Biſchofs aus dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg authoritate totius Imperii, durch die immerwährende Capitulation, ſchon beſtellet und angeordnet iſt, es eine gantz ohnnöthige und vergebliche Sach ſeye, zu unterſuchen, wer dieſe ſchon beſtellte Regierung

rung dermahlen noch weiter anordnen und beſtellen ſolle? oder da es ja einer noch weiteren Anordnung und Beſtellung nöthig wäre, ſolche gewiß Sr. Königl. Majeſt. in Großbritannien, als Vattern des poſtulirten minderjährigen Herrn Biſchofs Königl. Hoheit nicht zukommen würde; indeme Allerhöchſt-Dieſelbe

(a) weder ex Inſtrumento P. W.

(b) weder ex Capitulatione perpetua,

(c) weder ipſo jure

dergleichen Befügnuß prætendiren können.

Soviel den erſten Satz belanget, iſt ſchon oben berühret worden, daß dem Fürſtl. Hauß Braunſchweig-Lüneburg in dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß für ſein verlangtes Æquivalent nichts weniger, als einiges Erb-Recht auf das Hochſtift Osnabruck, ſondern ein ledigliches wechſelweiſes jus eligendi ſive poſtulandi paſſivum zugeſtanden worden ſeye. Dieſes weitläuffig zu beweiſen, wird wohl eine ohnnöthige Sach ſeyn, indeme die dürre Worte des Friedens-Schluß hierinn gantz klare Ziel und Maß geben, als welche überall dem Dom-Capitul, bey einer ſich ergebenden Sedis-vacanz, das jus eligendi ex gremio, vel aliunde poſtulandi beylegen, ſolchergeſtalt, daß, wann auch die Ordnung an einen A. C. verwandten Biſchof, mithin an das Hauß Braunſchweig-Lüneburg kommet, dannoch einem Printzen dieſes Hauſes erſagtes Hochſtift nicht anderſt, als per viam vel electionis, vel poſtulationis, mithin in der Geſtalt eines wahren geiſtlichen Fürſtenthums angedeyen ſolle.

Und wie iſt es wohl auch nur zu vermuthen, daß dieſem Fürſtlichen Hauß etwas mehreres, in Anſehen erſagten Hochſtifts, habe zugeleget werden wollen? Die von demſelben für die Abtrettung der auf einige Stifter vorhin erlangten Coadjutorien geforderte Vergeltung iſt von denen mehriſten für nicht gegründet angeſehen worden.

Conf. Adami Relat. hiſtor. de pacif. Weſtph. ſupr. cit. cap. 24. §. 15.

Die Kaiſerl. Plenipotentiarii waren dahero auch Anfangs des feſten Dafürhaltens, daß die von dem Hauß Braunſchweig auf einige andere Stifter gemachte Prætenſiones mit Ueberlaſſung der Reichs-Abtey Walckenried, Wiedererhaltung des Cloſters Groningen, und des Ritter-Guts Schawen, dann Nachlaſſung der Tillyſchen Schuldforderung überflüßig könten compenſiret werden. Das Hochſtift Osnabruck ware demnechſt in dem Entſcheidungs-Jahr 1624. ohnſtrittig in Catholiſchen Händen, und der regierende Biſchof im Leben, alſo daß die Kaiſerliche an der Erhaltung dieſes Stifts für die Catholiſche gar nicht zweifelten.

Adami l. c. §. 16. pag. 466.

Selbſt

Selbſt der Frantzöſiſche Geſandte, als er dem dißfallſigen Schwediſchen Begehren nicht weiter widerſtehen konte, hat endlich dahin ſich verwendet, daß die wechſelweiſe Folge der Catholiſchen, und aus dem Haus Braunſchweig-Lüneburg zu poſtulirenden A. C. verwandten Biſchoffen, *ſalvo tamen per omnia Statu Eccleſiaſtico*, Platz haben ſolle.

Adami ibid. §. 17. pag. 468.

Dem Hochſtift Osnabruck iſt demnach durch den Weſtphäliſchen Frieden an ſeiner vorhin gehabten Eigenſchaft eines wahren geiſtlichen Hochſtifts nichts benommen, ſondern alles auf die Art und Weiſe, wie und was demſelben vorhin von Rechts- und Gewohnheits wegen, gleich anderen teutſchen Biſtumen, zugeſtanden, ohnverändert belaſſen worden; wohlfolglich kan auch die Meynung der hohen Herren Paciſcenten bey dem Weſtphäliſchen Frieden keineswegs dahingegangen ſeyn, daß in Anſehen mehrerſagten Hochſtifts dem Fürſtlichen Hauß Braunſchweig-Lüneburg jene Befugnußen zugewendet werden wollen, die ſonſt in weltlichen und mit dem Erbfolgs-Recht zuſtändigen Fürſtenthumen Statt haben; indeme es an ſich ohnſtrittig iſt, daß in geiſtlichen Fürſtenthumen das Recht, ſo der erwählte oder poſtulirte Biſchof durch Wahl oder Poſtulation erlanget, ſich lediglich in ſeiner Perſon beziele, und alſo auf deſſen Anverwandte oder deſſen Vatter nicht die mindeſte Würkung einer ſolchen Wahl oder Poſtulation ſich erbreite; mithin auch dem Vatter auf ein von ſeinem Sohn durch Wahl erlangtes Biſtum in je ſich ergebenden Fällen nicht die nemliche Befugnuß, wie auf andere von dieſem ſonſt erworbene weltliche Güter, zuſtehen könne.

Es iſt auch nicht zu begreiffen, wie denen hohen Herren Compaciſcenten bey dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß könne zu Sinn gekommen ſeyn, daß der regierende Herr Vatter eines aus dem Hauß Braunſchweig poſtulirten minderjährigen Biſchofs, in Vormundſchafts Nahmen, die Hände in des Stifts Adminiſtration einzuſchlagen befugt ſeyn ſolle, oder könne. Dann da, obbemerkter maſſen, ein regierender Fürſt ermeldten Hauſes in dem Fall, wann und ſolang Cadets aus dem nemlichen Hauß vorhanden ſeynd, die Excluſivam durch das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument bekommen; ſo muß derſelbe, wann ein Cadet würklich erwählet oder poſtuliret iſt, um ſo mehr von aller Regierung oder Regierungs-Anordnung für ausgeſchloſſen gehalten werden, als demſelben anſonſten per obliquum dasjenige zugehen würde, was ihme directe abgeſprochen worden.

Es iſt demnechſt ebenfalls ſchon oben bemerket worden, daß dasjenige Recht, ſo dem Hochfürſtl. Hauß Braunſchweig-Lüneburg auf das Hochſtift Osnabruck, ſtatt eines Æquivalents für die Abtrettung des auf einige andere Stifter prætendirten Rechts, verwilliget worden, demſelben nicht ſimpliciter, ſondern nur unter gewiſſen

Bedingnuſſen, über welche mittels der hernach errichtenden immerwährenden Stifts-Capitulation würde übereingekommen werden, verſtattet worden ſeye.

Seynd nun dieſe Bedingnußen, ohnerachtet zur Zeit der über die Osnabruckiſche alternativam gepflogenen Friedens-Tractaten, der erſte aus dem Hauß Braunſchweig zu erſagtem Hochſtift als Biſchof benannte Prinz (wie der jenſeitige Verfaſſer ſelbſt bemerket hat) noch nicht volljährig, mithin dergleichen caſus würklich vorhanden ware, dannoch durch das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument nicht ausgemacht, ſondern derenſelben, und ſogar auch derenjenigen Beſtimmung, unter welchen dieſem durch das Friedens-Inſtrument ernennten Prinzen die eventual-Huldigung geleiſtet werden ſolte, der künftigen immerwährenden Capitulation, und wie ſich die intereſſirte Theile darüber vergleichen würden, anheim geſtellet worden; ſo ergibt ſich der ganz natürliche Schluß, daß für den Fall eines minderjährigen aus oftermeldtem Hauß poſtulirten Prinzen ſich nichts aus dem Frieden-Schluß ſelbſten zum Behuf der jenſeitigen Intention entnehmen laſſe, ſondern hierinn die errichtete immerwährende Stifts-Capitulation, und was darinn von dieſem Fall verglichen worden, den lediglichen Ausſchlag zu geben habe.

Siehet man nun die immerwährende Capitulation ſelbſten ein, ſo zeiget ſich darinn mit ganz klaren und unverdrehlichen Worten, daß, wo die eigentliche Verordnung wegen der zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs führenden Regierung enthalten iſt, kein Wort von dem minderjährigen Biſchof gemeldet, ſondern ſothane Regierung lediglich dem Dom-Capitul zugeſtanden werde.

Die ganze Befügnuß, ſo einem dergleichen Biſchof, bis er das zwanzigſte Jahr erreichet, in Anſehung der Regierungs-Beſtellung durch die Capitulation beygeleget worden, beſtehet einzig darinn, daß ihme vor ſich ein oder zwey Perſonen, als Räthe, beyzuſetzen frey gelaſſen worden. Es iſt alſo im Eingang des 33ſten Artickels als eine Regel feſtgeſetzt worden, daß, wann und ſo oft aus dem Fürſtlichen Hauß Braunſchweig-Lüneburg einer unter 20. Jahren ſeines Alters zum Biſchof eligiret oder poſtuliret wird, bis zu Erlangung des 20ſten Jahrs das Dom-Capitul die Regierung zu führen habe, dergeſtalten, daß kein anderer Stadthalter oder Adminiſtrator, weder von Fürſten, Herrn, Grafen, oder durch Dero Herrn Anverwandte, noch ſonſt einigen Ausländiſchen, angeordnet werden ſolle, mithin iſt dem Dom-Capitul wegen der Regierungsführung freye Hand gelaſſen, und dem minderjährigen Herrn Biſchof ſowohl, als auch ſeinen Herren Anverwandten alle Stadthalterey oder Adminiſtrations-Anordnung verbotten, jedoch als eine Ausnahm hinzugefügt worden, daß dem Poſtulato minorenni frey und bevorſtehen ſolle, ſolcher Regierung vor ſich ein oder zwo Perſonen, als Räthe beyzuſetzen. Iſt nun, wie es der dürre Buchſtab der Capitulation ergibt,

dem

dem Minderjährigen bey der Beſtellung der Regierung nichts, als die lediglichе Beyſetzung einer oder zwo Perſonen, als Räthen, frey und bevorbehalten worden, ſo iſt der gantz richtige Schluß zu machen, daß weder Ihme, noch auch ſeinem nechſten Anverwandten, als Vormund, in Anordnung der Regierung nicht die mindeſte weitere Befügnuß zuſtehe, ſondern dem Dom-Capitul frey zu belaſſen ſeye, nach jenem bekannten Rechts-Satz,

quod exceptio firmet regulam in non exceptis.

Wann es die Meynung gehabt hätte, daß das Dom-Capitul zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs nicht anderſt, als unter deſſen oder ſeines natürlichen Vormunds Anordnung, die Regierung führen ſolle, ſo hätte die Verordnung des 33ſten Artickels entweder alſo gefaſſet:

So mag das Dom-Capitul, jedoch nicht anderſt, als unter der Anordnung des minderjährigen Biſchofs, oder deſſen nächſten Anverwandten, als Vormunds, die Regierung führen ꝛc.

oder doch wenigſtens alldorten, wo ihme die Beyſetzung einer oder zwo Perſonen, als Räthen, bevorgelaſſen worden, auch jene viel beträchtlichere Befügnuß wegen der übrigen Regierungs-Anordnung und Beſtellung vorbehalten werden müßen. Da nun aber, nach klarer Maaßgab der immerwährenden Stifts-Capitulation, die Regierung dem Dom-Capitul ſimpliciter, hingegen dem Poſtulato minorenni vor ſich in Anſehen der Regierungs-Beſtellung nichts weiter, dann lediglich eine oder zwo Perſonen, als Räthe, beyzuſetzen, geſtattet worden: ſo laſſet ſich abermahlen der gantz zuverläßige Schluß machen, daß dem Poſtulato minorenni vor ſich im übrigen wegen der Regierung etwas weiter anzuordnen, nicht zu-ſondern dem Dom-Capitul die Regierungsführung, ohne von anderwerts her erwartende Anordnung, durch erſagte Capitulation überlaſſen worden ſeye.

Es laſſet ſich auch die weiters angefügte Verordnung, daß

kein anderer Stadthalter oder Adminiſtrator, weder von Fürſten, Herren, Grafen, oder durch Dero Herrn Anverwandte, noch ſonſt einigen Ausländiſchen angeordnet werden ſolle,

keineswegs dahin verdrehen, als ob dadurch dem Minderjährigen, oder deſſen Herrn Vatter nicht alle Anordnung der Regierung verbotten, ſondern dieſe Anordnung nur dahin eingeſchränkt worden ſeye, daß die Regierung nicht aus Ausländiſchen, ſondern aus dem Dom-Capitul beſtellet werden ſolle. Dann, nachdeme Art. 23. pro caſu Sedis vacantis mit gantz trockenen Worten verordnet worden, daß

hinführo kein Electus oder Poſtulatus aus dem Fürſtlichen Hauß Braunſchweig-Lüneburg, weder für ſich ſelbſt, noch durch ſeine Herrn Anverwandte und Freunde ſich keiner Regierung, oder was davon dependiret, vor Ablauf ſechs Monath a die mortis Epiſcopi proxime defuncti anzurechnen, regulariter unterfangen, noch gebrauchen ſolle ꝛc.

So laſſet ſich leicht beurtheilen, was die in Art. 33., allwo pro caſu Sedis impeditæ diſponiret wird, enthaltene Wort für einen eigentlichen Sinn und Verſtand haben ſollen; da Sedes vacans & Sedes impedita in denen Rechten æquipariret werden, und pro caſu Sedis impeditæ, in Anſehung der Regierungsführung dem Minorenni oder deſſen nechſten Anverwandten nicht das mindeſte, als lediglich die Beyſetzung ein- oder zwey Perſonen, als Räthen, ausbedungen und vorbehalten worden.

Zu bewunderen iſt es, daß doch bey denen Capitulations-Tractaten keinem Menſchen Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits, da gleichwohlen von dieſes Fürſtlichen Hauſes Bevollmächtigten der letzte, und in der Capitulation ſelbſt denen Worten und der Ordnung nach zum Grund genommene Aufſatz des 33ſten Artickels verfaſſet worden, eingefallen ſeye, einem minderjährigen aus erſagtem Hauß poſtulirten Biſchof, oder deſſen natürlichen Vormund, die Befügnuß, das Dom-Capitul zur Regierungsführung anzuordnen, und daſſelbe zu einer dahin erſtattenden Verantwortung zu verbinden, nicht eben ſo, als die noch mindere Befügnuß, ein oder zwey Räthe beyzuſetzen, nur mit einem Wort vorzubehalten; da man es doch damahl ſo gut hat wiſſen können und müſſen, als jetzt der jenſeitige Verfaſſer es zu wiſſen behauptet, daß man es mit ſchlauen und liſtigen Köpfen, für welche der Biſchof Frantz Wilhelm, und die Dom-Capitliſche Deputirte faſt auf allen Blättern des jenſeitigen Promemoria angegeben worden, zu thun habe.

Man hat Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits bey der gemachten erſten Erinnerung, laut oben ſub Num. V. angeführter Beylag, ſogar für die übrige Stifts-Stände, und daß ſolche zu der tempore minorennitatis führenden Regierung gezogen werden ſolten, Sorg getragen; und warum ſolle dann das eigene Braunſchweig-Lüneburgiſche Intereſſe, wegen gleichmäßiger Concurrenz, oder vielmehr der Regierungs-Anordnung, nicht in Erinnerung gebracht worden ſeyn? Die Urſach leget ſich aus der nemlichen Anlag gantz deutlich dar. Man hatte nemlich von Seiten Braunſchweig-Lüneburg den Unterſchied zwiſchen der Regierung, die das Dom-Capitul im Fall der Abweſenheit eines würklich regierenden Biſchofs führen ſolte, und zwiſchen jener, die in dem Fall der Minderjährigkeit eines Biſchofs geführet

führet werden ſolte, gar wohl erkennet; dann ſonſten würde es nicht nothwendig geweſen ſeyn, bey dem 14ten Artickel des Dom-Capitliſchen Projects, woſelbſt das Dom-Capitul im Fall der Minderjährigkeit die Regierungsführung verlanget hatte, zu erinneren.

Dieſen Artickel verſtehe man von der Stifts-Regierung allein *in caſum minorennitatis Epiſcopi.*

Allermaſſen, da man darein verwilliget hatte, daß bey Abweſenheit des regierenden Biſchofs zween aus dem Dom-Capitul, nebſt den Cantzlern und Räthen dieſes Stifts die Regierung Interims-weiß führen mögen, und dieſes zwar natürlicher Weiß nicht anderſt, als unter der Anordnung des würcklich regierenden, wiewohl abweſenden Biſchofs, ſo muſte nothfolglich jene Regierungsführung, welche dem Dom-Capitul allein *in caſum minorennitatis* verwilliget werden wollen, von einer anderen Beſchaffenheit, mithin von aller Anordnung und Beſtellung des Minderjährigen frey und ohnabhängig gehalten werden.

Dieſer erſtbemerkte Unterſchied, und daß in caſu minorennitatis die Dom-Capitliſche Regierungsführung von keiner anderweiter Anordnung abhängig ſeyn ſolte, beſtättiget ſich weiter aus dem vorhin ſchon bemerkten Vorbehalt, der dem Poſtulato minorenni wegen der Befügnuß, um ein oder zwo Perſonen, als Räthe, beyſetzen zu dörffen, zu ſtatten kommet. Dann da man Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits, im Fall der Abweſenheit eines großjährigen würcklich regierenden Biſchofs, dergleichen Beyfügung einiger Räthen, die ſolcher Regent vor ſich anordnen mögte, nicht für nöthig geachtet; ſo kan deſſen keine andere Urſach ſeyn, als weilen man wohl und von ſelbſten eingeſehen, daß eine ſolche aufgeſtellte Regierung von der Anordnung des würcklichen Regenten ohnehin dependire, und alles in deſſen Nahmen bey ſolcher geſchehen müße: dahingegen eben darab, daß in dem Fall der Minderjährigkeit die Beyſetzung einiger Perſonen, als Räthen, für nothwendig erachtet worden, ſich gantz deutlich entnehmen laſſet, daß die Dom-Capitliſche Regierungsführung zur Zeit der Minderjährigkeit des Poſtulati von einer gröſſeren Ausgiebigkeit, als jene zur Zeit der Abweſenheit eines großjährigen Biſchofs, gehalten worden ſeyn müße.

Dieſe Perſonen, ſo der Minderjährige der Dom-Capitliſchen Regierung beyzuſetzen befugt ſeyn ſolle, hat man zwar Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits, beſag obangeführten Num. VI. angetragen, daß ſie *æquali poteſtate* ſeyn ſolten. Nachdeme aber das Dom-Capitul hierein nicht gewilliget, ſondern vielmehr dieſe Worte: *æquali poteſtate*, ausgeſtrichen, und ſtatt derſelben die Worte:

als Räthe / geſetzet, auch die Braunſchweig-Lüneburgiſche Bevollmächtigte ſolches eingegangen haben; ſo iſt darab ebenfalls gantz offenbar zu entnehmen, daß aller Schein einer dem Poſtulato minorenni zuſtehenden Mit-Regentſchaft gänzlich abgeleinet, und diejenige, die als Räthe aufzuſtellen ihme bevorſtehen ſolte, dem Dom-Capitul nicht en paralelle an die Seite geſtellt, wohlfolglich auch, und um ſo weniger ermeldtes Dom-Capitul je einer Anordnung des Minderjährigen unterwürfig gemacht werden ſollen.

Das Dom-Capitul hat alſo freylich eine beſtellte, aber auch ſchon würklich, und zwar von höherer Hand, nemlich unter der Authorität des Reichs, und des Weſtphäliſchen Friedens beſtellte, mithin nicht mehr zu beſtellende Regierung zu führen. Gleichwie ein jeder Regent in Teutſchland eine durch die Reichs-Geſätze beſtellte Regierung führet, und eben darum keine neue Beſtellung zur Regierungsführung brauchet; alſo verhaltet es ſich gleichfalls mit der von dem Dom-Capitel zu Osnabruck zur Zeit eines minderjährigen poſtulirten Biſchofs führenden Regierung, welche, weilen ſie per pactum authoritate ipſius pacis Weſtphalicæ munitum, ſchon voraus in caſum beſtellet iſt, eveniente caſu keiner weiteren Beſtellung mehr bedürſtig iſt.

Einem minderjährigen poſtulirten Biſchof gebühret demnach, nach klarer Maaßgab der immerwährenden Stifts-Capitulation, an der bis zu ſeiner erlangten Großjährigkeit führenden Stifts-Regierung lediglich nichts, als daß er vor ſich eine oder zwey Perſonen, als Räthe, beyſetzen könne, mithin ergibt ſich die Folge von ſelbſt, daß auch deſſen Herr Vatter ein mehreres ebenmäßig mit Fug nicht prætendiren könne. Gott, Natur, und alle Rechte haben zwar einen Vatter zum Vormund ſeines Sohns verordnet, in ſoweit aber dem Sohn nichts zukommet, in ſoweit muß natürlicher Weiß auch das Recht des Vatters aufhören. Die Befügnuß, ſo ſonſt ein Erwählter durch ſeine Wahl erhaltet, iſt in Anſehen eines minderjährigen Poſtulirten, ſo lang er minderjährig iſt, durch die Osnabruckiſche Stifts-Capitulation ſuſpendiret, und während ſolcher Zeit dem Dom-Capitul überlaſſen worden: Wie kan dann der Vatter, der in ſeines minderjährigen Sohns Stelle, als Vormund, eintretten will, mit dem mindeſten Schein einer Befügnuß, die ſein Sohn nicht hat, ſondern einem andern durch ſolenne Verträge überlaſſen iſt, ſich beyzulegen ſuchen?

Setze man den Fall, es werde durch einen Vertrag oder letzten Willen einem Minderjährigen ein ſehr erträgliches Gut zugedacht, dabey aber die Verordnung gemacht, daß, ſofern dieſes Gut an den Minderjährigen vor erlangter deſſen Großjährigkeit, und alſo ehe er ſolches ſelbſt adminiſtriren könne, gelangen ſolte, ein dritter in dem Vertrag benannter daſſelbe während der Minderjährigkeit adminiſtri-

ren ſolle. So wenig in dieſem Fall der Vatter des Minderjährigen, ob er ſchon ſonſt von Gott, Natur und allen Rechten, als Vormund ſeines Sohns geſetzt iſt, ſich der Adminiſtration des ſeinem Sohn zugehörigen Guts anmaſſen kan, weilen er per pactum davon ausgeſchloſſen, und ſolche an einen andern übertragen worden: Eben ſo wenig können in gegenwärtigen Osnabruckiſchen Fall Se. Königl. Majeſtät in Großbrittannien, als Vatter des minderjährigen poſtulirten Herrn Biſchofs Königl. Hoheit ſich wegen einiger Adminiſtration oder Regierungs-Anordnung in erſagtem Hochſtift auf die Höchſt-Dero ſonſt als Vattern von Gott, Natur und denen gemeinen Rechten zuſtehende Gerechtſame beruffen, weilen durch den ſolennen und von dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß ſelbſten bewährten Vertrag der immerwährenden Stifts-Capitulation das Dom-Capitul zur Regierungsführung, in dem Fall der Minderjährigkeit ſeines Biſchofs, angeſetzt, und dem minderjährigen Herrn Biſchof eben ſo, wie ſeinen Herren Anverwandten, alle Stifts-Adminiſtration verbotten iſt.

Es erhellet demnach ſowohl aus der zum Osnabruckiſchen Fundamental-Geſätz errichteten Stifts-Capitulation ſelbſten, als auch aus denen darüber vorhin gepflogenen Handlungen, daß ſowenig einem poſtulirten minderjährigen Biſchof, ſo wenig auch deſſen Herrn Vatter, oder ſonſtigen Anverwandten einige Befügnuß wegen der Regierungs-Anordnung pro tempore minorennitatis zugeleget oder vorbehalten worden ſeye.

Jenſeits will man zwar darfürhalten, daß dieſes nicht nothwendig geweſen ſeye, dieweilen Gott, Natur und Recht ſchon an ſich die Vorſehung gethan, daß der Vatter das, was ſein minderjähriger Sohn nicht ſelbſt kan, verſehen möge; mithin Se. Königl. Majeſtät von Großbrittannien, als Vatter und natürlicher Vormund ihres Herrn Sohns Königl. Hoheit, ipſo jure der Stifts-Regierung während deſſen Minderjährigkeit ſich zu unterziehen befugt ſeyen. Die Stifts-Capitulation ſelbſt beruffet ſich zwar auch Art. 58. wegen deſſen, was in derſelben nicht enthalten, und abſonderlich diſponiret iſt, auf den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß, die gemeine beſchriebene Rechten, Herkommen und Gewohnheiten.

Allein durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß hat oberwieſenermaſſen das Hochſtift Osnabruk an ſeiner vorhin gehabten Eigenſchaft eines wahren geiſtlichen Stifts nichts verlohren, mithin müßen die gemeine Rechten, auf welche ſich die Capitulation an erſtbeſagter Stelle beziehet, ſecundum ſubſtratam materiam, und alſo nicht ſowohl von denen gemeinen Römiſchen, als vielmehr und hauptſächlich von denen gemeinen Canoniſchen Rechten, als welche eigentlich über das Kirchen-Weeſen, und geiſtliche Stifter und Güter, auch deren Adminiſtration diſponiren, verſtanden werden.

Man will ſich dahier kein beſonderes Geſchäft daraus machen, den an ſich richtigen Satz weitläuffig zu erweiſen, daß einem Dom-Capitul Sede impedita, wie Sede vacante, die Adminiſtration eines Hochſtifts zukomme, als welches, gleichwie es quoad Sedem vacantem, ſowohl nach denen Canoniſchen Rechten, als auch nach dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß ſelbſten gantz ohnſtrittig,

Cap. 11. X. de major. & obed.

I. P. O. Art. V. §. 17. & 21.

alſo auch quoad Sedem impeditam auſſer Zweifel iſt, da eine Eccleſia tam in caſu Sedis vacantis, quam impeditæ, pro viduata, mithin Sedes vacans & Sedes impedita durchaus gleich gehalten werden,

Cap. 2. X. de translat. Epiſcop.

alſo zwar, daß

Bœhmer. in Jur. Eccleſ. Proteſt. Lib. III. Tit. IX. §. XXIX.

einem Capitul pro tempore Sedis impeditæ, beſonders wann ein dergleichen Impedimentum auf mehrere Jahren andauret, eine größere Gewalt, als pro tempore Sedis vacantis zuleget, ibi:

> Certe ſi Sedes impedita eſt, & ad plures annos vacantia ejus extenditur, plura etiam ex his Capitulo indulgeri poſſunt & debent *jure prorſus extraordinario*, quæ alias ei haud competerent, ſi neceſſitas quædam evidens talem innovationem deſiderat. Hanc enim ſub regula non contineri, prorſus exiſtimo, quæ de ordinaria vacantia tantum intelligenda eſt, & ſicut Sedes impedita eſt maxime extraordinaria, ita quoque, *quod eidem extra ordinem major poteſtas pro re nata tribuatur, ratio præfecturæ diuturnioris ſuadet.*

Welcher dann auch anderwerts behauptet, daß dergleichen Gerechtſame tempore Sedis vacantis & impeditæ denen Capitlen ex jure antiquo zuſtehen.

Ibid. Tit. III. §. XXX.

Genug wird dahier ſeyn, wann man beweiſet, daß dem Vatter eines minderjährigen Biſchofs, ob er ſchon ſonſt von Gott, Natur, und denen Rechten, der Vormund ſeines Sohns iſt, weder nach denen Canoniſchen Rechten, noch auch nach dem Reichs-Herkommen und Gewohnheiten ſich in einige Stifts-Händel, durante filii minorennitate, einzumiſchen ipſo jure befugt ſeye.

Das erſte wird mit gantz unbewundenen Worten bewähret in

Cap. 3. de judic. in 6. ibi:

In

In hujusmodi quoque litibus ſive cauſis, *quanquam in poteſtate patris exiſtas, nec alias absque ipſius aſſenſu in judicio regulariter eſſe poſſis: ejus* (cum de iis ſe intromittere non habeat) *nequaquam requiri debebit aſſenſus.*

Es kan alſo vermög dieſer Sanction der Vatter eines unter 14. Jahren, und annoch in der våtterlichen Gewalt ſtehenden Biſchofs diejenige Befügnuß, ſo ihme ſonſten als Vatter zuzuſtehen hat, in Kirchen-Sachen ſich nicht zu legen.

Die Ratio Canonis,

cum de iis ſe intromittere non habeat,

oder wie in anderen Codicibus geleſen wird,

cum de iis ſe intromittere non habeat poteſtatem,

iſt ſchon an und vor ſich allein ſo deutlich und entſcheidend, daß das in dem jenſeitigen Promemoria ſo hoch erhobene einem Vatter von Gott, Natur und allen Rechten zuſtehen ſollende Vormunds-Recht ſich in der Anwendung auf ein geiſtliches Stift von ſelbſten zerſchlaget.

Es geben aber die Gloſſatores ad cit. cap. einen noch deutlicheren Ausſchlag, da ſie die gantz begreifliche, und von ſich ſelbſt in die Augen fallende Urſachen, weilen nemlich die Stifts-Güter, nicht als Patrimonial-Güter zu betrachten, mithin auch nicht nach der Maaß der Patrimonial-Güter abzumeſſen ſeyen, und daß eben dahero in denen Canoniſchen Rechten nichts von Vormundſchaften, wie in denen weltlichen, gehandlet werde;

Non enim ſufficit, imo nec requiritur patris authoritas, *non enim de patrimonialibus tractamus*, in quibus id locum habet. Cod. de bon. quæ lib. L. cum oportet & L. cum non ſolum.

Gloſſ. in cit. Cap. 3. de judic. in 6. lit. M.

Dico, quod quicunque fuerit tutor teſtamentarius, legitimus, vel dativus Clerici minoris, de bonis beneficii ſe non debeat intromittere, *ſicut & nec pater habens filium Clericum in poteſtate*, etſi ipſe pater eſſet Clericus, ut habet hic Joann. Andr. in Novell. ſuper verbo: non habeat. *Reguntur enim iſta bona eccleſiaſtica alio jure,*

quam patrimonialia, ut in iſto cap. circ. fin. *Et hac ratione tractatum tutelarum omiſerunt Canones, tanquam ſuperfluum, cum tutores ſe de bonis eccleſiaſticis non debeant impedire, ſicut nec pater*, ut dixi.

Petr. de Ancharano in cit. cap.

Daß auch hernach bey denen teutſchen Stifteren, und ſogar denenjenigen, welche von Proteſtantiſchen Biſchofen durch das Wahl-Recht beſeſſen worden, bey ſich ereigneten Fall der Minderjährigkeit eines ſolchen Biſchofs, ſowohl vor- als nach dem Weſtphäliſchen Frieden die Abmaaß genommen worden, bewähret das offenkündige Herkommen.

Als Weyl. Churfürſt Johann Georg zu Brandenburg, und deſſen erſtgebohrner Sohn und Chur-Printz Joachim Friederich, damahliger poſtulirter Adminiſtrator des Ertz-Stifts Magdeburg zu Ende des XVI^ten Jahr-Hunderts beſorget waren, um von dem daſigen Dom-Capitul die Vertröſtuug zu erhalten, daß bey ſich je ergebendem Fall einer ihren Herren Söhnen zu dieſem Ertz-Stift poſtuliret werden mögte, und dann Marggraf Chriſtian Wilhelm, ein Sohn Joachim Friederichs würklich poſtuliret worden, iſt es denenſelben nicht zu Sinn gekommen, ſich aus einer vätterlichen Gewalt, in währender Minderjährigkeit dieſes poſtulirten Adminiſtratoris, in Anſehen der Ertz-Stift Magdeburgiſchen Adminiſtration ſich etwas vorzubehalten, ſondern dem Dom-Capitul iſt vielmehr die bündigſte und in

Lünigs Reichs-Archiv Spicileg. Eccleſ. I. Theil. Fortſetzung II. Abſatz Vol. XVI. Num. CXXIII. pag. 53.

N.IX. befindliche, hier ſub Num. IX. angefügte Aſſecuration über des poſtulirten minderjährigen Adminiſtratoris Chriſtian Wilhelms Capitulation ertheilet worden, daß, ohnerachtet von deſſen Herrn Vatter Joachim Friederich, als Adminiſtratore, das Ertz-Stift würklich inngehabt und beſeſſen worden, dannoch dem Dom-Capitul indeſſen, und bis erſagter Printz das 21ſte Jahr erreichen und compliren würde, die völlige Adminiſtration des Stifts Magdeburg belaſſen werden ſolle, welche dann auch daſiges Dom-Capitul bis ad A. 1608. mithin bis in das 18te Jahr des Adminiſtratoris würklich geführet hat:

Gleichergeſtalt dann auch, da nach erfolgter Achts-Erklärung oberwähnten Magdeburgiſchen Adminiſtratoris Chriſtian Wilhelms 1628., das Dom-Capitul Hertzogen Auguſt von Sachſen, Churfürſten Johann Georgs des erſten, zweytgebohrnen Printzen in ſeiner

Min-

Minderjährigkeit zum Adminiſtratorn poſtuliret, die ebenmäßige hier ſub Num. X. anliegende Aſſecuration N. X.

Vid. Lünig loc. cit. Num. CXXVII. pag. 58.

gegeben worden, daß immittels, und bis erſagter Printz Auguſt das 21ſte Jahr compliret haben würde; die Lands-Regierung in des Dom-Capituls Handen gelaſſen werden ſolle.

Eben dergleichen Beyſpiel findet man auch bey dem Hochſtift Lübeck. Als Weyl. Printz Carl von Hollſtein-Gottorff, noch bey Lebzeiten ſeines Herrn Vatters Chriſtian Auguſts Biſchofs zu Lübeck, in ſeiner Minderjährigkeit von dem daſigen Dom-Capitul zum Coadjutor poſtuliret worden, hat man dem Dom-Capitul, beſag der Anlag ſub Num. XI., welche bey N. XI.

Lünig loc. cit. Spicileg. Eccleſ. II. Theil. Tom. XVII. Num. CCIX. pag. 471.

zu finden, ohne Anſtand zugeſtanden, daß, wann daſiges Stift durch des regierenden Biſchofs Ableben, Reſignation, oder auf andere Weiß vacant werden ſolte, ehe und bevor der minderjährige Coadjutor ad majorennitatem der 20. Jahr gelanget, die gantze Adminiſtration ſothanen Biſchofthums bey dem Dom-Capitul, bis zu Erlangung dieſes Alters, verbleiben ſolle.

Ein gleiches bemerket man auch in dem Biſtum Halberſtadt, als woſelbſt das Dom-Capitul A. 1566. Printzen Henrich Julius von Braunſchweig, ein Kind von zwey Jahren zum Biſchof poſtuliret, das Dom-Capitul aber die Stifts-Regierung 12. Jahr behalten hat, bis dieſer Biſchof 1578. von Kaiſerl. Majeſtät veniam ætatis erhalten hatte.

Moſer Staats-Recht III. Buch 30. Capit. §. 54. und 58. Tom. XI. pag. 102. & 104.

Nirgendswo wird man aber finden, daß in einem Hochſtift, ſo lang bey demſelben die Form eines Biſtums beſtanden, und in demſelben nicht erblich ſuccediret, ſondern der Weeg einer Poſtulation oder Wahl zu deſſen Erhaltung lediglich beybehalten worden, einem Vatter eines minderjährigen Biſchofs ipſo jure, und in vim patriæ poteſtatis, aut tutelæ naturalis, die Adminiſtration eines Hochſtifts, durante minorennitate Epiſcopi, zugekommen ſeye.

Das Exempel, welches ein ſogenannter Regenſpurgiſcher Rechts-Gelehrter in der von ihme angeſtellten

Vergleichung und Betrachtung der Biſchöflichen Minderjährigkeit zu Regenſpurg vom Jahr 1587. mit der-

jenigen Biſchöflichen Minderjährigkeit, welche ſich dermahlen beym Stift Osnabruck hervorthut ꝛc.

von dem in ſeiner Unmündigkeit zum Biſchof zu Regenſpurg poſtulirten Hertzog Philipp von Bayern, einem Sohn des Pfaltz-Grafen und Hertzogs Wilhelm, anführet, dienet zum Gegen-Beweiß nicht im mindeſten. Dann es iſt bekannt, und mißkennet es dieſer ohngenannte Rechts-Gelehrte ſelbſt nicht, daß der Vatter dieſes Biſchofs der Verwaltung der Biſchöflichen Tafel-Renten ſich nicht **ſelbſt und eigenmächtig**, oder **vermög vätterlichen Gewalts**, unterzogen habe, ſondern ſolche ihme **durch ein beſonderes Breve von dem Pabſt Sixto V. anvertrauet worden ſeye.**

Dieſer vermumte Rechts-Gelehrte ſcheinet ſeinen gantzen Kram aus denen Concordatis, welche in dem von ihme allegirten

> Lünigs Reichs-Archiv. Spicileg. Eccleſ. II. Theil Vol. XVII. pag. 832.

befindlich ſeynd, hergeholet zu haben; hat aber dabey ſeine Unwiſſenheit in denen Geſchichten ſeines angeblichen Vatterlands ziemlich deutlich verrathen, da er die Wahl des aus dem Hertzoglichen Hauß Bayern poſtulirten Regenſpurgiſchen Biſchofs und hernachmahligen Cardinals Philipp auf das nemliche Jahr 1587., in welchem die von ihme angeführte Concordata errichtet worden, geſetzet hat; indeme gleichwohl ſolche Poſtulation ſchon 8. Jahr vorhero, nemlich im Monath Julio 1579. vorgegangen, und ſchon vom Pabſt Gregorio XIII. durch ein unterm 13ten Junii 1580. ausgefertigtes Breve admittiret worden iſt; aus welchem Brevi zugleich man jenes auch zu erſehen hat, daß von dieſem Pabſt des minderjährigen Biſchofs Vattern, Hertzogen Wilhelm keine Adminiſtration, ſondern nur in generalibus eine Schutz- und Hülfsleiſtung anempfohlen worden, in verbis:

> Verum, cum ad eam Eccleſiam feliciter regendam non mediocriter pertinere animadvertamus, illam tuæ authoritatis præſidio fore munitam, te etiam atque etiam rogamus, ut pro æterni Regis gloria dictam Eccleſiam *tuendam & fovendam* ſuſcipias in conſervandis & augendis juribus ſuis, *atque his*, qui, donec Philippus præfatus ad ætatem legitimam pervenerit, *ejus eccleſiæ regendæ, juſſu dictæ Sedis curam gerent*, quo commiſſum munus ad Dei gloriam, & fidei Catholicæ incrementum exequi valeant, *auxilium præſtes oportunum* &c.

Und obſchon das Breve Sixti V. de A. 1585. auf die Adminiſtration der weltlichen Sachen des Hochſtifts Regenſpurg etwas näher gegangen; ſo hat doch das Dom-Capitul es bey dieſer Päbſtlichen Verordnung keineswegs ſo platter Dingen bewenden laſſen, ſondern vielmehr

mehr bey Kaiſerl. Majeſt. über dieſe Päbſtliche Verfügung ſich höchlich beſchweret.

Und man darf nur die zwiſchen dem Hertzog in Bayern, und dem Regenſpurgiſchen Dom-Capitul eingegangenen Concordata, und deren faſt am Ende befindlichen Innhalt einſehen, in verbis:

Arreſta Capitularibus ob reſiſtentiam Capituli a Sereniſſimo Duce facta, *poſtquam hæc Concordata ab eisdem acceptata, & comprobata fuerint*, gratioſe remittantur.

So kan man leicht errathen, was das daſige Dom-Capitul zur Einbekanntnuß der im Eingang gebrauchten, und vermuthlich, um dem aus dem Päbſtl. Brevi erhaltenen Uebertrag einen etwas einleuchtenden Schein zu geben, angeführten ſo ſchönen Worten,

Quod nemo fide, ſolertia & amore in pertinentibus ad filium præferri patri, prætendere poſſit,

eigentlich habe vermögen können. Ueberhaupt aber enthalten weder die Päbſtliche Bullen, weder ermeldte Concordata, daß dem Hertzog in Bayern, als Vattern des minderjährigen Biſchofs Philipp, die in dem Päbſtl. Brevi übertragene, und hernach, mittels eines mit dem Dom-Capitul eingegangenen Vertrags, überlaſſene Befügnuſſen ipſo jure gebühret haben.

Wann demnach die angeſtellte Vergleichung der Sach ein Gewicht geben ſolte, ſo müſte vorhin wegen des dermahligen Osnabruckiſchen Falls erwieſen werden, daß des daſigen dermahligen poſtulirten minderjährigen Herrn Biſchofs Königl. Hoheit Herrn Vattern ebenmäßig entweder vom Pabſt, oder Kaiſer, oder, und worauf es hauptſächlichſt anzukommen hat, von der immerwährenden in vim pacti perpetui mit dem Dom-Capitul eingegangenen, und in vim legis pragmaticæ perpetuæ geltenden Stifts-Capitulation die nemliche Verwaltung des Hochſtifts Osnabruck in caſum minorennitatis Epiſcopi filii anvertraut worden ſeye.

Wann je bey anderen Stifteren, welche ſich zu einer beſtändigen, und auf die Erſtgeburt und Lineal-Succeſſion reſtringirten Poſtulation einverſtanden haben, der natürlichen Vormundſchaft eines minderjährigen Biſchofs etwas mehreres zugeſtanden worden; ſo kan von ſolchen kein gegründeter Schluß auf das Hochſtift Osnabruck, als welches die Eigenſchaft eines wahren geiſtlichen Stifts noch allzeit behaltet, und zu welchem ein Braunſchweig-Lüneburgiſcher Printz nicht anderſt, dann durch den Weeg einer gantz freyen Wahl des daſigen Dom-Capituls gelangen mag, gemacht werden.

Jene Biſtümer ſeynd ſo gut, als vollkommen erblich, alſo daß in denenſelben der erſtgebohrne Printz allzeit ſuccediret, und die Poſtulation nur *ex ſuperabundante* beſchiehet,

Tale enim Capitulum alium eligere non poteſt, quam illum, qui legitimo jure, defuncto Epiſcopo proximior eſt, ideoque poſtulatio *magis ex abundanti, quam neceſſitate* adhibetur.

Stryck. U. M. ff. Lib. XXVI. tit. IV. §. XXIX. Add. Bœhmer. Jur. eccleſ. Proteſt. Lib. III. Tit. III. §. XXX.

und nach dem Tod des vorigen Biſchofs ſchon der gewiſſe Nachfolger vorhanden iſt, der in dem Augenblick, als der Vorfahrer verſtorben, in einem ſolchen Biſtum ſuccediret. Und dannoch, wann ein dergleichen Succeſſor etwann noch minderjährig, und alſo Sedes impedita iſt, kommet es ſogar in dieſen Stifteren, nach Zeugnuß

Bœhmer. l. c. & Tit. IX. §. XXI.

hierinn hauptſächlich auf die Stifts-Capitulationes an.

Es kan demnach der bey dem Stift Merſeburg ſich zu Ende des vorigen Jahrhunderts ereignete, und in jenſeitigem Promemoria angeführte Vorfall auf die gegenwärtige Oſnabruckiſche Sach um ſo weniger paſſen, als eines Theils bekanntlich das Stift Merſeburg eines derjenigen Stifteren iſt, welches die vorhin bemerkte Eigenſchaft durch eine im Jahr 1659. vom Churfürſten Johann Georg ausgewürkte perpetuirliche Poſtulation erhalten hat; anderen Theils aber
N. XII. & XIII. laut der ſub Num. XII. & XIII. angefügten Anlagen, ſo in

Lünigs Reichs-Archiv. Part. Spec. Continuat. II. Tom. VIII. N. CLVII. pag. 702. & N. CLIX. pag. 706.

enthalten, der Churfürſt von Sachſen, nicht vor ſich ſelbſt, ſondern auf Erſuchen des daſigen Dom-Capituls, und auf darüber von Weyl. Kayſer Leopold erhaltenes Indult, der Stifts-Adminiſtration ſich unterzogen hat: dahingegen das Hochſtift Oſnabruck von einer gantz anderen Eigenſchaft ohnſtrittig iſt, als in welchem ein Braunſchweig-Lüneburgiſcher Printz, nach dem Abſterben eines Catholiſchen Biſchofs, nicht ipſo jure, noch auch nach der näheren Verwandſchaft in Anſehen des vorigen Braunſchweig-Lüneburgiſchen Biſchofs, ſuccediret, mithin deſſen Poſtulation nicht *ex ſuperabundanti*, ſondern *de neceſſitate* iſt, auch das daſige Dom-Capitul Sr. Königl. Majeſt. in Großbritannien um eine dergleichen Adminiſtration noch nicht erſuchet hat, und von Kayſerl. Majeſt. ein Indult hierüber eben ſo wenig, als von der immerwährenden Stifts-Capitulation

tion eine Befügnuß hierzu höchſtgedacht Sr. Königl. Majeſtät ertheilet worden.

Man iſt anſonſten mit dem Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria einverſtanden, daß, wann der Biſchöfliche Stuhl mit einem fähigen Biſchof würklich erfüllet iſt, weder Sedes vacans, weder Sedes impedita vorhanden ſeye, mithin alsdann ein Dom-Capitul ſich keiner Regierung jure proprio anmaſſen könne. Es wird aber eine Eccleſia in dem Fall, da ſie einen ohnfähigen Biſchof hat, eben ſo gut pro viduata gehalten, als wann der Biſchöfliche Stuhl völlig ledig ſtehet,

Cap. 2. X. de Tranſlat. Epiſcop.

mithin muß in dieſem Fall einem Dom-Capitul die nemliche Befügnuß, wie in dem Fall der Sedis-Vacanz zuſtehen. Des jetzigen poſtulirten Herrn Biſchofs Königl. Hoheit ſeynd dermahlen ein Printz kaum von anderthalb Jahren, einfolglich von Natur und Alters wegen an ſich notorie Regierungs-unfähig, ſo daß es auch keiner Richterlichen Unfähigkeits-Erklärung weiter bedarf; welchenfalls ohnſtrittig der caſus Sedis impeditæ, nach Zeugnuß Bœhmeri, vorhanden iſt.

Conf. in Jur. Eccleſ. Proteſt. Lib. III. Tit. IX. §. XX. Num. 4. in fin.

Gleichwie ſonſt der Pabſt, wann er mit einem Minorennen diſpenſiret, die dißfalls nothwendige Verfügung und Verordnung machet; alſo iſt für Osnabruck, wann ſich dieſer Fall daſelbſt ergibt, in der immerwährenden Capitulation bereits geſorget, und oberwieſener maſſen, von denen Braunſchweig-Lüneburgiſchen Bevollmächtigten bey denen Capitulations-Tractaten ohne Anſtand darein gewilliget worden, daß *in caſu minorennitatis*, aber auch **nur und allein in dieſem** *caſu* die Regierung dem Dom-Capitul verbleiben ſolle; weſſentwegen dann auch an derjenigen Stelle, wo die Verfügung für dieſen Fall, und wegen der zu ſolcher Zeit führenden Regierung, in der Capitulation gemacht worden, kein Wort von dem Vatter des Minderjährigen gemeldet, wohl aber dieſelbe dem Dom-Capitul ſimpliciter und ohne allen Vorbehalt zugedacht wird.

Es tritt alſo hier freylich der Weſtphäliſche Friedens-Schluß und die Capitulation ein, und iſt ein Minderjähriger vi Capitulationis allerdings **Wahl**-aber nicht **Regierungs-fähig**, da ihme darinn ausdrücklich alle Regierungsführung bis zu ſeinem zwantzigjährigen Alter unterſaget, und dem Dom-Capitul, nicht aber ſeinem Herrn Vatter, oder ſonſtigen nächſten Herren Anverwandten, ſolche zugeſtanden worden.

Gott, Natur und Rechte haben demſelben ſeinen vätterlichen und vormundſchaftlichen Schutz ertheilet; daß aber dieſer vätterliche

und vormundſchaftliche Schutz ſich nicht auf des Stifts Adminiſtration erſtrecke, bewähren ſowohl die gemeine geiſtliche Rechten,

cum de iis ſe intromittere non habeat pater,

als auch der dürre Buchſtab der Stifts-Capitulation. Gott, Natur und Rechte ertheilen ebenfalls einem Vatter die Erbfolge in Gütern und Gerechtſamen ſeines vor ihme ablebenden Sohns. Würden dann deßwegen Se. Königl. Majeſt. in Großbritannien bey dem ſich alſo ereignenden Fall ein Erbfolgs-Recht in dem Hochſtift Osnabruck für ſich als Vatter behaupten können?

Das Dom-Capitul hat auch nicht Urſach, ſich lediglich auf das jus commune, welches Ihme doch eben auch nicht abhold iſt, zu gründen, da die Stifts-Capitulation einen Minderjährigen mit denen offenbareſten Worten für Regierungs-unfähig erkennet und erkläret, und zugleich in der hierüber gemachten nothwendigen Verordnung die Regierungsführung nicht deſſen Herrn Vatter, ſondern dem Dom-Capitul zuerkennet hat.

Für Minderjährige ſorgen zwar die Rechte. Doch da die von denen weltlichen Rechten gemachte Vorſorg bey Verwaltung der Stifts-Sachen nicht einſchlaget;

cum pater de iis ſe intromittere non habeat poteſtatem,

ſo iſt allerdings tempore minorennitatis eine Nothwendigkeit vorhanden, welche das Dom-Capitul zur Geſtion berechtiget; und welchertwegen auch daſſelbe durch die Stifts-Capitulation ſelbſt in dieſem Fall den Auftrag bekommen.

Was für einen Behuf der Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria aus der Lehr des von ihme allegirten

Fermoſini de Capit. Sede vac.

für den Herrn Vatter eines minderjährigen Biſchofs nehmen könne, iſt ſo leicht nicht zu begreiffen. Dann es leget dieſer Author nicht einmahl dem Metropolitano dasjenige zu, was, und wie es der Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria anführet. Derſelbe pflichtet

Tractat. 1. de Capit. Sed. vacant. Quæſt. 2. Num. 8.

mit deutlichen Worten der gemeinen Lehre bey, daß in caſu longæ abſentiæ Epiſcopi, nicht dem Archiepiſcopo, ſondern dem Dom-Capitul die Jurisdictio zuſtehe, und behauptet

Num. 17. & 18. ibid.

weiters, daß, wann in Abweſenheit des Biſchofs deſſen Vicarius Generalis ſtirbt, auch ſolchenfalls dem Capitul die Jurisdiction zukomme,

me, alſo daß er ſogar in dieſem Fall den Archidiaconum, oder den ſonſtigen aus dem Capitul beſonders beſtellten, welcher doch ſonſten, Sede vacante, in Kraft eines ſpecialen Privilegii die Jurisdiction ausüben kônte, davon ausſchlieſſet, von dem Metropolitano hingegen kein Wort meldet.

Hernach äuſſert zwar Fermoſinus für den Fall (wie deſſen Worte ſeynd)

> Quando *Epiſcopus reſidens in ſuo Epiſcopatu negligit negotia juſtitiæ* neceſſariæ, ſive voluntariæ, ac delegatæ tractare,

ſeine Meynung dahin, daß alsdann die Jurisdiction nicht an das Capitul, ſondern an den Metropolitanum, tanquam Superiorem, zu gelangen habe.

Allein es iſt eines Theils in præſenti der Fall, von deme Fermoſinus redet, nicht vorhanden; und anderen Theils, wann auch dieſe nach der gemeinen Meynung abgemeſſene Lehre Fermoſini auf den dermahligen Oſnabruckiſchen Fall paſſen thâte; ſo würde doch der Herr Vatter des minderjährigen Biſchofs ſich daraus, in Anſehung der Stifts-Adminiſtration nichts zu verſprechen haben; indeme erſagter Biſchôfliche Herr Vatter an den Platz des Metropolitani, deme, und niemanden anders, Fermoſinus dieſe Befûgnuß zuweiſet, ſich nicht ſtellen kan.

In der Stifts-Capitulation ſelbſten wird an derjenigen Stelle, wo von der bis zu Erlangung des 20ſten Jahrs führenden Regierung die Verordnung gemacht worden, nicht mit einem Wort von des Minderjährigen Herrn Vatter, oder einer Ihme auch dabey zuſtehen ſollenden Befügnuß etwas gemeldet. Es laſſet ſich alſo der Schluß leicht machen, da weder die gemeine Rechte, weder der ſolenne Vertrag der Oſnabruckiſchen immerwährenden Stifts-Capitulation dem Herrn Vatter eines minderjährigen daſigen Biſchofs einige Befügnuß in der Stifts-Regierung durante minorennitate zulegen, auf was für einem Grund der ſo hoch und ſo oft angerühmte von Gott, Natur und Rechten verliehen ſeyn ſollende våtterliche und vormundſchaftliche Schutz zu beruhen habe.

Jedoch dieſe Lehr Fermoſini ſcheinet dem jenſeitigen Verfaſſer ſelbſten als unrichtig, gleichwohl nur aus dieſer Urſach, weilen, wann der Metropolitanus Verfügung machen will, ein Proceſs und Urthel der Unfähigkeit halber vorausgehen müſſe. Hierauf kônte aber das Dom-Capitul gantz ſicher es ankommen laſſen; dann gewißlich nicht zu beſorgen iſt, daß ein Richter in der Welt einen Printzen von kaum anderthalb Jahren für Regierungs-fähig erkennen werde.

Was im übrigen von der Meynung Fermoſini Bœhmerus halte, kan bey demſelben erſehen werden

cit. Jur. Eccleſ. Proteſt. Lib. III. Tit. IX. §. XX. num. 4. ubi

Equidem in ejusmodi caſu, quo omnem curam regiminis ſacri Epiſcopus deponit, Capitulum nunquam ſuccedere in illius jurisdictionem, ſed *ex jure devolutionis* illam ad Archiepiſcopum deferri, contendunt interpretes, & ulterius contendit *Fermoſinus, ſed non ſatis probant.* Sane ſi viduata eo caſu dicitur, & eſt Eccleſia, idem jus, quod alias, Sede plane vacante, Capitulo competit, hoc caſu quoque denegari nequit . . . . . Neque huc recte refertur *jus devolutionis,* quod collationi beneficiorum, certo tempore incluſæ, adjectum eſt.

Daß die höchſte und hohe Herren Compaciſcenten bey dem Weſtphäliſchen Frieden verordnet haben, daß zur Zeit, als das Biſtum Osnabruck wechſelweiß an das hohe Hauß Braunſchweig-Lüneburg kommen würde, der Ertz-Biſchof von Cölln, als Metropolitanus, die Biſchöfliche Jurisdiction daſelbſt ausüben ſolle, iſt wohl hauptſächlich aus der Urſach geſchehen, weilen man bey erſagtem Frieden, wenigſtens ab Seiten des hohen Proteſtantiſchen Theils, den Päbſtlichen Stuhl gantz aus dem Spiel hat halten wollen. Würde nun aber dieſes in dem Friedens-Schluß nicht ausdrücklich verordnet worden ſeyn, ſo würde es wohl darauf ankommen, ob nicht das Dom-Capitul, nach der vorhin angeführten Lehr Bœhmeri, dieſe Jurisdiction zu ſolcher Zeit eben ſo, wie bey einer Sedis-vacanz, hätte behaupten können. Wenigſtens würde der Metropolitanus nicht ipſo jure, und ohne beſonderem Päbſtlichen Auftrag ſich dieſelbe zuzulegen vermöget haben. Indeme nun hingegen von dem caſu minorennitatis, und daß in ſolchem Fall des Minderjährigen Herr Vatter, oder deſſen ſonſtiger nächſter Herr Anverwandter, die Regierung in temporalibus führen ſolle, in dem Friedens-Schluß nichts entſchieden worden; ſo kan die Anverwandſchaft eines minderjährigen Biſchofs, wegen der in caſu minorennitatis führenden Landes-Regierung keinen Beweis-Grund von der dem Ertz-Biſchof zu Cölln auf dem Fall, da das Biſtum Osnabruck von einem Lüneburgiſchen Printzen regieret wird, zuerkannten Geiſtlichen Jurisdiction hernehmen, und zwar um ſo weniger, als die pro illo caſu hernach verordnende Stifts-Capitulation das Wort offenbar für das Dom-Capitul ſpricht.

Es iſt demnechſt ein ſchwacher Behelf, den man jenſeits aus einem vorgeſpiegelten Unterſchied der Wörter: *Adminiſtration* und **Regierung** zu entnehmen ſuchet. In denen vorhergehenden Osnabruckiſchen Capitulationen hat man an einem Ort: **Fürſtliche Regierung** genennet, was an einem andern: **Fürſtliche** *Adminiſtration*

ge-

geheiſſen; als wovon die beede Capitulationes der Biſchoffen Philipp Sigismunds und Frantz Wilhelms §§. 2. & 8. die klare Prob machen. Und man darf nur den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß einſehen, ſo zeigt ſich klar, daß man dieſe beede Wörter pro ſynonimis und von einerley Bedeutung gehalten, und an nichts weniger gedacht habe, als daß, wie der jenſeitige Verfaſſer vorgibt, unter dem Wort *Adminiſtration*, die Führung der geiſtlichen Biſchöflichen Gewalt mitbegriffen ſeyn ſolle. Dann an dem nemlichen Ort, wo dem Ertz-Biſchöflichen Stuhl zu Cölln die geiſtliche Gewalt-Ausübung in dem Hochſtift Osnabruck, zur Zeit eines aus dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg regierenden daſigen Biſchofs, zugedacht wird, hat man das, was dieſem, dem A. C. verwandten Biſchof, ſeiner Regierung halber zukommen ſolle, mit denen Worten: *Adminiſtratione & regimine* ausgedruckt, ibi:

Ne etiam durante *adminiſtratione & regimine* Epiſcopi A. C. addicti &c.

Art. XIII. §. 8.

da doch, vermög des nemlichen Art. und §. gantz offenbar und ohnverneinlich iſt, daß dem A. C. verwandten Biſchof an der geiſtlich- und Biſchöflichen Gewalt in Anſehen des Catholiſchen daſigen Kirchen-Weeſens gar kein Antheil beygeleget werden wollen.

Hat man nun vorhin zu Osnabruck, und haben auch die höchſte Herren Paciſcenten bey dem Friedens-Schluß ſelbſten *Adminiſtration* und *Regimen* für eines gehalten: was thuet es zur Sach, wann nach dieſem Beyſpiel, auch bey Errichtung der Stifts-Capitulation, die Worte nicht ſo genau abgewogen und abgemeſſen, ſondern was an einem Ort *Adminiſtration*, in dem anderen Regierung, genennet worden?

Daß in der Stifts-Capitulation von der geiſtlichen Biſchöflichen Gewalt nichts gedacht werde, hat es ſeine gantz natürliche und ſtandhafte Urſach, indeme durch dieſelbe nichts mit dem Ertz-Biſchöflichen Stuhl zu Cölln, ſondern lediglich mit dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg, gegen welches aber wegen ſolcher geiſtlichen Gewalt bereits durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß die hinlängliche Vorſehung gemacht wäre, zu behandlen geweſen. Es folget demnach viel richtiger, daß, weilen in Art. 33. dem Dom-Capitul die Regierungsführung, bis ein minderjähriger Biſchof das 20ſte Jahr ſeines Alters erreichet, ſimpliciter und ohne allen Vorbehalt überlaſſen worden, dieſelbe von einer ſolchen zu verſtehen ſeye, die ein dergleichen poſtu-

lirter Braunſchweigiſcher Printz, wann er nicht minderjährig wäre, ſelbſten führen könte; folglich da das Dom-Capitul, und ſonſt niemand, der Interims-Regierung halber an den Platz des Minderjährigen, zwar **Wahl**- aber nicht **Regierungs-fähigen** Biſchofs geſtellt worden, die Dom-Capitliſche Regierung keiner anderweiten Anordnung oder Beſtellung unterworffen ſeyn könne, ohne daß dadurch der ſo hoch angeprieſenen, aber auch ſowohl durch die Canoniſche gemeine Rechte, als auch durch ſolenne Reichs-Verträge in ihre Schranken verwieſenen våtterlichen Gewalt ein ohnbilliger Abbruch beſchehe, auch ohne daß dem Dom-Capitul, welches, ſchon vorhin hinlänglich erwieſener maſſen, den letzten und in der verglichenen Capitulation denen Worten und Ordnung nach beybehaltenen Auffſatz nicht, ſondern die Braunſchweig-Lüneburgiſche Bevollmächtigte ſelbſten abgefaßt haben, die an ſich gantz ohngegründete Beſchuldigung aufgebürdet werden könne.

Sowenig alſo behauptet werden kan, daß einem minderjährigen Biſchof, der zwar *Poſtulations*- aber nicht **Regierungs-fähig** iſt, die gemeine Rechte ſeinen Herrn Vatter, als Vormund, in Stifts-Sachen, und deren Adminiſtration aufſtellen; ſo wenig eine dergleichen Vormundſchaft, oder eine Befügnuß, in dem Hochſtift Oſnabruck eine Regierung zur Zeit eines poſtulirten minderjährigen Biſchofs anzuordnen, deſſen Herrn Vattern oder nächſten Herren Anverwandten durch die immerwährende Stifts-Capitulation zugeſtanden worden; ſo gewis es hingegen iſt, daß, wann weder gemeine Rechte, weder die Stifts-Capitulation dem Herrn Vatter eines minderjährigen Biſchofs von der Theilnehmung an der Regierungsführung, oder von deren Anordnung und Beſtellung nichts zulegen, derſelbe auch hierinnen ſich nichts beyzumeſſen befugt ſeye: So wenig ſeynd die von dem Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria von weitem hergehohlte Vermuthungen, und erzwungene Schein-Gründe vermögend, Ihro Königl. Majeſt. in Großbrittannien, als Vattern des minderjährigen Herrn Biſchofs Königl. Hoheit, das Wort zu ſprechen. Dann

Ad I. geſtehet der Verfaſſer ja ſelbſt, quod Principes regentes *in defectu minorum* ad Epiſcopatum Osnabrugenſem vocentur: ſeynd alſo minores oder Cadets vorhanden; ſo iſt der regierende Herr ohnfähig das Stift Oſnabruck zu regieren. Und haben zwar

Ad II. Se. Königl. Majeſtät, als Vatter, Dero Herrn Sohns Königl. Hoheit allerdings und in ſo weit zu vertretten, in ſo weit die Rechte und offenbare Verträge nicht Gräntzen ſetzen. Hingegen will man

Ad III. dahin geſtellet ſeyn laſſen, wie behauptet werden könne, daß die Geſätze, welche wegen der Biſchöflichen Würde die poteſtatem patriam, tanquam ordinariam aufheben, dannoch die poteſtatem tutelarem, mithin eine extraordinariam dagegen geſtatten, und alſo, was ſie dem Vatter mit einer Hand nehmen, mit der anderen wieder geben ſollen; auch wie ſich die venia ætatis zu der Befreyung von der vätterlichen Gewalt reime? Genug iſt es, daß die immerwährende Stifts-Capitulation nicht dem Herrn Vatter eines minderjährigen Herrn Biſchofs, ſondern dem Dom-Capitul die vormundſchaftliche Regierungsführung zuweiſe, und die canoniſche Rechte, welche, wann keine Capitulation vorhanden wäre, dahier einzuſchlagen hätten, die deutliche Maaß von einem Vatter eines minderjährigen Biſchofs in Anſehen der Stifts-Sachen geben,

quod de iis ſe intromittere non habeat poteſtatem.

Und gleichwie

Ad IV. ein Cron- oder Chur-Printz ſein Recht auf ſein Königreich oder Churfürſtenthum ex jure ſanguinis hat, alſo würde es wohl unbillig ſeyn, wann die vormundſchaftliche Adminiſtration der ihme jure ſanguinis angefallenen Landen deſſen Vattern, als demjenigen, der dieſem Printzen mit Blutsverwandſchaft am nechſten zugethan iſt, beſonders wann keine Verträge in contrarium hierüber vorhanden, entzogen werden wolte. Da aber in præſenti der zweytgebohrne Königliche Printz von Großbritannien ſein Recht nicht *ex jure ſanguinis* zu dem Hochſtift Osnabruck, ſondern *ex jure poſtulationis* her hat, ſo kan ſeinem ſonſt natürlichen Vormund zu einer vormundſchaftlichen Regierung, in Anſehen des Hochſtifts Osnabruck, eben ſo wenig Befügnuß zuſtehen, als, wann ſonſt in einem Wahl-Reich ein minderjähriger Printz zum Regenten auserſehen würde, in Zeit deſſen Minderjährigkeit deſſen Herr Vatter ſich einer vormundſchaftlichen Regierung, zumahlen, wann offentliche, die innerliche Verfaſſung eines ſolchen Reichs beſtimmende Verträge obhanden, im mindeſten anmaſſen könte. Als wovon das teutſche Reich ſelbſt ein Beyſpiel abgeben kan. Bekanntlich hat das Churfürſtl. Collegium, bey Gelegenheit der auf den erſtgebohrnen, aber auch noch minderjährigen Printzen Weyl. Kayſers Leopold glorreicheſten Andenkens, Ertz-Herzogen Joſeph ausgefallenen Römiſ. Königs-Wahl in der Wahl-Capitulation Art. XLVII. die Vorſehung gethan, daß wann der damahlen regierende Kayſer Leopold Tods verfahren ſolte, ehe der erwählte Röm. König das achtzehende Jahr erreichet hätte, die Reichs-Adminiſtration von denen Reichs-Vicarien alsdann geführet, jedoch die Expedition im Nahmen des minderjährigen Kayſers verfüget werden ſolle. Setze man nun, daß der Fall ſich würklich ereignet, und Kayſer Leopold, ehe der Röm. König das achtzehende Jahr erreichet, dieſes Zeitliche geſegnet hätte; würden wohl die natürliche

Vormündere des Kayſers Joſeph ſich einer Reichs-Regierung haben anmaſſen, oder behaupten können, daß die Reichs-Vicarien nicht anderſt, als unter ihrer Anordnung, das Reich, bis zu des Kayſers erlangter Großjährigkeit, adminiſtriren ſollen. So wenig dieſes jemand wird behaupten können, weilen durch die Wahl-Capitulation denen Reichs-Vicariis auf ſolchen Fall das Reichs-Regiment iſt zugeſtanden worden; Eben ſo wenig mögen des Königs in Großbrittannien Majeſt. aus dem Grund einer natürlichen Vormundſchaft ſich etwas in Anſehen der Osnabruckiſchen Regierungsführung in der Zeit der andaurenden Minderjährigkeit ihres zweytgebohrnen Herrn Sohns, mit Fug beylegen, weilen eben auch durch die immerwährende Osnabruckiſche Stifts-Capitulation für dieſen Fall ſchon die klare und ausdrückliche Vorſehung zu Gunſten des Dom-Capituls gethan worden. Und wann auch

Ad V. die jenſeits allegirte Lehre Grotii auf die Abſichten des jenſeitigen Verfaſſers ſich reimen thäte, deſſen Gegentheil er gleichwohl ſelbſt zu erkennen ſcheinet; ſo würde doch ſein darab hergenommener Beweis-Grund hinkend bleiben, indeme ſchon oben dargethan worden, daß das dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg auf das Hochſtift Osnabruck alternative zugeſtandene jus eligendi vel poſtulandi paſſivum, an der Eigenſchaft eines im übrigen in ſeiner vollſtändigen geiſtlichen Form belaſſenen Hochſtifts nichts abänderen, und ſomit auch jene Befügnußen, die ſonſt in weltlichen, und mit Erbfolgs-Recht zuſtändigen Fürſtenthumen wohl ſtatt haben mögen, nicht erwürken, annebſt auch ein regierender Herr das, was ihme exiſtentibus minoribus Principibus, directe und kurtzum abgeſprochen worden, per obliquum und ex capite prætenſæ tutelæ, ſich nicht zulegen könne. Es meynet zwar

Ad VI. Stryck. U. M. ff. Lib. XXVI. tit. IV. §. XXIX.

es könne eine Vergleichung des Hochſtifts Osnabruck mit denenjenigen Stifteren, in welchen durch eine beſtändige auf die Erſtgeburt und Lineal-Succeſſion reſtringirte Poſtulation ein wahres Erb-Recht feſtgeſtellet worden, und bey welchen, wie Stryckius ſelbſt bekennet, die Poſtulation nur ex abundanti beſchiehet, gemacht werden. Wie ungegründet aber eine ſolche Vergleichung ſeye, laſſet ſich aus dem vorhergehenden genugſam entnehmen; und es ſcheinet allerdings, daß Stryckius, als er ſolches geſchrieben, die Osnabruckiſche Stifts-Capitulation nicht bey Handen gehabt habe, indeme er ſogar in Anſehen derjenigen Stifteren, in welchen, wie er ſchreibet,

Poſtulatio magis ex abundanti, quam neceſſitate adhibetur,

wegen der von ihme behaupteten Tutelæ legitimæ die Clauſul beyfüget:

Si nihil aliud ſtatutis Capitulorum legitime conditis cautum ſit.

Und

Und wie der aus dem Stryckio entlehnte

Leonhard a Pühel de tutel. Elector.

von ſolchen Stiftern redet, in welchen vorerwehnter maſſen per poſtulationem perpetuam ein Erb-Recht zugeſtanden worden; alſo zeiget ſich auch aus denen ſelbſtigen des jenſeits angeführten Cantzlers von Ludewig Worten, daß deſſen Meynung auf eben dergleichen Stiftere gerichtet geweſen, mithin auf das Hochſtift Osnabruck, als in welchem die Electio nicht *ad certam ſucceſſionem*, nach dem Exempel des Stifts Merſeburg, wie ſchon oben bewähret worden, reſtringiret iſt, ebenmäßig nicht zu appliciren, folglich diejenige Befügnuß, worauf ſich Se. Königl. Majeſt. in Großbritannien dermahlen gründen ſollen, allerdings der glücklichen Erfindung des jenſeitigen Verfaſſers zuzuſchreiben ſeye. Und wann man

Ad VII. in einige Betrachtung ziehet, daß eben darum, weilen denen Dom-Capitlen durch das Reichs-fundamental-Geſätz des Weſtphäliſchen Friedens-Schlußes die Adminiſtratio Sede vacante beſtättiget worden, ſolche denenſelben in dieſem, und demſelben gleichen Fall jure proprio ex lege quæſito zukommen, oder doch dieſelbe ſolche nicht von denen Anverwandten eines ob quemcunque defectum zur Regierung ohnfähigen Biſchofs erwarten oder erbetten müßen: daß in Frankreich zwar dem König, aber nicht dem nächſten Anverwandten eines Sedem impeditam verurſachenden Biſchofs, die Adminiſtration zuſtehe, und daß folglich, wann dem juri regaliæ bey denen teutſchen Hochſtifteren von denen alten Kayſeren, als Ottone IV., Friderico II. und Rudolpho Habſpurgico nicht renunciiret, und beſonders das Dom-Capitul zu Osnabruck belangend, demſelben nicht durch Kayſer Carolum V. die Ausübung der Regalien tempore Sedis vacantis, mithin auch impeditæ, vermög der Beylag ſub Num. XIV. verliehen, auch von denen nachfolgenden Kayſern Rudolpho II. und Ferdinando III. beſtättiget, und über diß durch die Capitulation dem Dom-Capitel nicht überlaſſen worden wäre, ſolche doch nicht dem Herrn Vatter eines minderjährigen Biſchofs, ſondern Kayſerl. Majeſtät, als obriſten Lehen-Herrn, und Dero allergnädigſten Verfügung anheim gegeben werden müſte. Wann man N. XIV.

Ad VIII. erweget, daß der Pabſt dem Dom-Capitul das, was ihme per Capitulationem ausdrücklich zugeſtanden worden, gar gern gönnen und geſtatten werde, auch das allegirte

Cap. 2. X. Ne Sede vacante.

von der Collatione Præbendarum, welche in einer ordinair auf kurtze Zeit nur andaurenden Sedis-vacanz dem künftigen Biſchof vorzubehalten ſeye, lediglich rede; hingegen bey andaurender längerer Sedis-

vacanz oder Behinderung, einem Capitul, auch wegen Begebung der ledigen Beneficien, eine ausgiebigere Befügnuß zugeleget werde;

Cap. un. §. 1. Ne Sed. vacant. in 6.

Und wannn man endlich

Ad IX. weiß, daß Se. Königl. Majeſtät in Großbritannien mit Uebernehmung der Stift Osnabruckiſchen Adminiſtration, nach dem Stift-Merſeburgiſchen Beyſpiel, nicht zugewartet haben, bis Allerhöchſt-Dieſelbe von dem Dom-Capitul darum erſuchet, und von Kayſerl. Majeſtät mit einem Indult darüber verſehen worden, und daß weder die immerwährende Stifts-Capitulation, weder die gemeine Rechte etwas einem ſolchen Indult gleichkommendes Höchſt-Deroſelben verliehen haben; Daß auch

Ad X. die Rechte eines Vatters, von denen Rechten eines anderen Vormunds, in Anſehen des von einem Minderjährigen beſeſſenen Stifts, nach Anleitung

Sup. cit. cap. 3. de judic. in 6.

nicht unterſchieden ſeyen: ſo iſt wohl unbegreiflich, mit was Fug und Schein Rechtens Königl. Großbritanniſcher Seits eine ſolche Befügnus behauptet werden könne, die weder aus dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß, weder aus der Stifts-Capitulation, weder aus denen gemeinen Rechten, weder aus dem Herkommen herzuleiten ſeyn will. Allein nun wieder

Ad XI. angemerket, daß die Osnabruckiſche Regierung ausdrücklich und nahmentlich eine allerdings von höherer Hand ſchon zur Zeit der errichteten Stifts-Capitulation beſtellte Regierung geweſen, mithin nun weiters nicht mehr zu beſtellen ſeye; Daß

Ad XII. nachdeme, was oben unwiderleglich dargethan worden, keine nach dem Sinn des jenſeitigen Verfaſſers lediglich untergeordnete, von dem Dom-Capitul, in der Form als lediglicher Räthen, führende Regierung durch die Worte der Capitulation ſowohl, als auch aus denen Capitulations-Handlungen verſtanden werden könne. Daß

Ad XIII. die Helfte der Revenuen, welche dem Dom-Capitul verwilliget worden, wohl etwas mehr, als ein gewöhnliches Raths-Salarium betrage; Daß

Ad XIV. vor dem Weſtphäliſchen Frieden kein caſus minorennitatis jemahlen exiſtiret, folglich auch in denen vorhinigen Capitu-

pitulationen die Frag, zu was ein Minderjähriger befugt, nicht berühret worden, ſofort, weilen in das von dem Dom-Capitul bey denen in A. 1650. in Anſehen der perpetuirlichen Capitulation vorgeweſenen Tractaten wegen der tempore minorennitatis führenden Regierung geſtellte Begehren von denen Braunſchweig-Lüneburgiſchen Bevollmächtigten **allein** *in caſum minorennitatis* verwilliget worden, dieſe *in hunc caſum* **allein** führende Dom-Capitliſche Regierung von einer gantz anderen Art, als jene, ſeyn müſſe, welche ſchon durch die vorhinige Capitulationes *in caſum abſentiæ Epiſcopi majorennis* feſtgeſtellet geweſen. Daß

Ad XV. der Verfaſſer des Promemoria, zu Hintergehung des Publici, und um ſeinem Vortrag einen Schmink zu geben, nach ſeiner gewöhnlichen Art, den Innhalt des 33ſten Artickels der immerwährenden Capitulation gantz zerſtümmelt vorlege, und alles gefliſſentlich untereinander werffe, ſomit bey rechter Einſicht beſagten Artickels, als vermög deſſen, nach voraus dem Dom-Capitul zugelegter Regierungsführung **kein anderer Stadthalter oder** Adminiſtrator, weder von Fürſten, Herren, Grafen, oder **durch dero Herren Anverwandte, noch ſonſt einigen Ausländiſchen** angeordnet werden ſolle, ſich deutlich herauswerffe, daß, gleichwie dem Minderjährigen ſelbſten, alſo auch deſſen Anverwandten, und ſonſt allen Ausländiſchen, unterſagt worden ſeye, je eine Anordnung zu machen, welche nur einen Schein einer Regierungs-Theilnehmung haben mögte; Daß

Ad XVI. eben darum, weilen Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits pro tempore minorennitatis dem minderjährigen Biſchof nichts, als die Freyheit, eine oder zwo Perſonen, als Räthe beyzuſetzen, vorbehalten, und alſo etwas bedungen worden, welche ihme ſonſten nach denen gemeinen Rechten nicht zuzuſtehen, von denen Braunſchweig-Lüneburgiſchen Bevollmächtigten ſelbſten dafürgehalten ware, die dem Dom-Capitul voraus in regula feſtgeſetzte Regierungsführung im übrigen vollſtändig beſtehen müſſe; Daß

Ad XVII. wann die immerwährende Capitulation kein compendium juris communis vorſtellet, ſondern nur jedesmahl die Ausnahm berühret, jenſeits erwieſen werden müße, daß von jenem gemeinen, in Anſehen eines minderjährigen Biſchofs, und der Verwaltung deſſen Stifts-Sachen feſtgeſtellten Rechts-Satz,

Quod pater in iis ſe intromittere non habeat poteſtatem,

für den Herrn Vatter eines minderjährigen Oſnabrückiſchen Biſchofs entweder durch die dasige Stifts-Capitulation (als welche ſelbſt ſich

quoad caſus non expreſſos, auf die gemeine Rechte, Herkommen und Gewohnheiten beruffet) oder auch durch das Herkommen eine Ausnahm hierinn gemacht worden ſeye; Daß

Ad XVIII. der Weſtphäliſche Friedens-Schluß, weilen derſelbe nur von der wechſelweiſen Wahl oder Poſtulation, nicht aber von der Form und Art der Regierungsführung diſponiret, ſondern dieſer ihre Beſtimmung lediglich der zu errichtenden immerwährenden Capitulation überlaſſen hat, natürlicher Weiß keinen Unterſchied unter der Regierung eines groß- und minderjährigen Biſchofs habe machen können; Daß folglich

Ad XIX. die Stifts-Capitulation einen Unterſchied, ohne dadurch an dem allgemeinen Friedens-Schluß das mindeſte aufzuheben, billig habe machen können, und die ſo künſtlich gemacht ſeyn ſollende Capitulation, mit allen darinn ſogenannt werden wollenden diſſimulirten Argumentis, nicht der Liſt der Oſnabruckiſchen Deputirten, ſondern der Einſicht der Braunſchweig-Lüneburgiſchen Bevollmächtigten, als nach deren Aufſatz der Art. 33. der verglichenen Capitulation abgefaßt worden, zuzuſchreiben, folglich auch, nach dem von dem Verfaſſer des jenſeitigen Promemoria vorhin an Handen gegebenen Grund-Satz, gegen Braunſchweig-Lüneburg, als von woher dieſer Aufſatz ſtyliſiret worden, ſtrictiſſime zu interpretiren ſeye; Und daß endlich

Ad XX. dahier von der Regierung eines geiſtlichen Stifts, in welche ſich der Vatter eines minderjährigen Biſchofs einzumiſchen, nach dem oft allegirten

Cap. 3. de judic. in 6.

keine Befügnuß hat, die Frag ſeye, auch Se. Königl. Majeſtät bey dermahliger Nichtermanglung jüngerer Printzen nicht Biſchof ſeyn können: ſo wird der Ausſchlag, wann man Recht und Billigkeit, auch die Feſthaltung des Weſtphäliſchen Frieden, und der von daher authoriſirten immerwährenden Stifts-Capitulation zur Maaß-Regel nimmt, ohnmöglich für Se. Königl. Majeſtät in Großbritannien fallen können; nicht hinderend, daß

Ad XXI. in denenjenigen Stücken, welche durch die immerwährende Stifts-Capitulation einem minderjährigen Biſchof ausdrücklich zugeſtanden worden, Se. Königl. Majeſtät Dero Herrn Sohns Königl. Hoheit ohne Widerred des Dom-Capituls vertretten mögen; dann da im übrigen, und beſonders wegen Anordnung der Regierung, ein minderjähriger Biſchof ſelbſt keine Befügnuß hat, ſondern ſolche bis in ſein 20ſtes Jahr ſuſpendiret, und wer die Regierung immittelſt führen ſolle, in der Capitulation ſelbſten ſchon deutlich vor-

vorgeſehen iſt; ſo wird ſich ab deme, was dem minderjährigen Biſchof ausdrücklich ausbedungen und vorbehalten worden, auf andere demſelben mit keinem Wort vorbehaltene, ſondern vielmehr durante minorennitate ausdrücklich unterſagte Befügnußen ſchwerlich ein gegründeter Schluß machen laſſen können, ſondern vielmehr jene ſchon oben angeführte Rechts-Regel einzutretten haben,

Quod exceptio firmet regulam in non exceptis.

Der jenſeitige Verfaſſer hat recht, daß wo eines Minderjährigen in Handlungen und Verbindungen gedacht wird, die Regel ſeye, daß, da allzeit ſein Vatter oder Vormund, ohne welchen er gar keine Perſon vorſtellet, mit verſtanden ſeye. Nachdeme aber vermög der immerwährenden Stifts-Capitulation der minderjährige Biſchof bey der bis zu ſeinem großjährigen Alter zu führenden Stifts-Regierung nichts handlen, noch ſonſtige Verbindungen eingehen, und ein Vatter eines minderjährigen Biſchofs die vormundſchaftliche Befügnußen in Stifts-Sachen nicht ſo, wie in patrimonial-Sachen, vorhin erwieſener maſſen, ausüben kan; ſo wird ſich der Verfaſſer wohl bebeſcheiden, daß dergleichen von ihme angebrachte, nach denen lediglichen weltlichen Rechten abgemeſſene Säße in gegenwärtigem Fall nicht ſtatt haben können, da beſonders in mehrerſagter Stifts-Capitulation ſchon ausdrücklich verſehen, wer währender Minderjährigkeit, der Stifts-Regierung halber, die Perſon des Minderjährigen vertretten ſolle.

Und man gibt demſelben auch recht, daß man der Vernunft, wie denen Worten, Gewalt anthun müßte, wann man behaupten wolte, daß die bey denen vorhergehenden Biſchoffen Philipp Sigismund, und Itel Friederich bedungene Ausſchlieſſung eines Stadthalteriſchen Regiments auf den damahlen noch ganz ohnvorgeſehenen Fall eines etwa nach der Hand poſtulirenden minderjährigen Biſchofs, und der ſeinerthalben zu führenden Vormundſchaft abzielen ſolle, als worinnen die immerwährende Stifts-Capitulation, die zwar den minderjährigen Biſchof, ſoviel deſſen Erziehung und Beſorgung ſeiner patrimonial-Gerechtſamen betrift, ſeines Vatters und Vormunds nicht beraubet, hingegen doch auch dieſem, nach Anleitung der oben angeführten Canoniſchen Rechten, und des darauf gegründeten Herkommens, in Anſehen der Stifts-Regierung eben ſo wenig, als dem minderjährigen Biſchof ſelbſten, bis er das 20ſte Jahr erreichet hat, einige Befügnuß verſtattet, ſondern in ſolcher Zeit dem Dom-Capitul die ganze Regierungsführung mit ganz ohnbewundenen Worten zuleget.

Der Endzweck der in des Biſchofs Philipp Sigismund und des Cardinals Itel Friederichs Capitulationen enthaltenen Bedingung reimet ſich zwar an ſich auf den Fall der Minderjährigkeit eines Biſchofs eben ſo wenig, als die dem Dom-Capitliſchen Syndico Schor-

lemmer vor der Zeit, und ehe man noch an eine perpetuirliche, und auf alle ſich ergeben könnende Fälle einzurichtende Stifts-Capitulation gedacht hat, ertheilte Inſtruction. Es laſſet ſich aber gleichwohl ab dem von dem jenſeitigen Verfaſſer angerühmten Endzweck vorberührter Capitulation der gantz bündige Schluß machen, daß, da man in denen vorhergehenden Zeiten nicht einmahl einem großjährigen Biſchof geſtattet, eine fremde Stadthalterſchaft von Fürſten, Herren, und Grafen, und anderen Ausländiſchen zu verordnen, um ſo weniger bey der immerwährenden Capitulation die Meynung habe seyn können, in dem Fall der Minderjährigkeit, dem Vatter oder nächſten Anverwandten des Minderjährigen (die in Anſehen des Hochſtifts Osnabruck ohnſtrittig als Fremde und Auswärtige zu halten seynd, und bleiben) eine an ſich noch weit gröſſere, dann Stadthalteriſche Regierung in die Hand zu geben. Und dahero folget gantz natürlich, daß, gleichwie durch die in Art. 32. der immerwährenden Capitulation enthaltene Verordnung die Ausländer von denen geiſtlichen Beneficiis, von denen Droſteyen, und Aemtern ausgeſchloſſen, und von eben dieſer Verordnung zu jener, ſo von dem Fall der Minderjährigkeit eines Biſchofs handlet, der Uebergang gemacht worden; alſo auch der Vatter und nächſte Anverwandte des minderjährigen Biſchofs unter denen, welche die Regierung zur Zeit der Minderjährigkeit des Biſchofs, nach Anleitung der Stifts-Capitulation, zu führen haben, wie nicht ausdrücklich, alſo auch nicht ſtillſchweigend begriffen seyn können; indeme dieſelbe, weilen der alleinige Weeg einer Wahl oder Poſtulation einen Braunſchweigiſchen Printzen in Anſehen des Hochſtifts Osnabruck einheimiſch machen kan, allzeit für Fremde und Auswärtige anzuſehen seynd, und zu verbleiben haben. Solchemnach wird die Abſicht erwähnter Capitulation nicht erfüllet, wann einer, ſo gegen das Hochſtift Osnabruck ohnſtrittig ein Fremder und Auswärtiger iſt, den Minderjährigen in der Regierungsführung vertretten, und auf den, im Fall der Minderjährigkeit des Biſchofs gewislich nicht für erfüllt zu haltenden Biſchöflichen Stuhl ſich erheben, ſofort von dem inheimiſchen, durch die Canoniſche Rechte, durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß, durch die immerwährende Stifts-Capitulation deutlich eingeſetzten Vormund und Vertretter des minderjährigen Biſchofs Rechnung und Verantwortung abforderen will.

Es leget ſich auch bey ſo bewandten Umſtänden allerdings dar, daß der jenſeitige Verfaſſer, welcher eines minderjährigen Biſchofs Herrn Vatter (von deme doch die Stifts-Capitulation kein Wort meldet) die Regierungs Beſtell- und Anordnung (von welcher doch ebenfalls daſelbſt mit keinem Wort gedacht wird) zuzuwenden ſich beſtrebet, derjenige ſeye, welcher das Stillſchweigen der Capitulation noch kräftiger, als ihre Ausdrücke machen will, und ſeine Sätze allzuſehr übertreibe, da er **dem gantzen Hauß Braunſchweig Lüneburg** ein vollkommenes Fürſtenthum Osnabruck durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß zugelegt wiſſen will.

Das

Das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument hat zur Vergeltung der prætendirten Lüneburgiſchen Entſchädigung, die Wechſel-Folge in dem Hochſtift Osnabruck dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg nicht anderſt, als durch den Weeg einer Wahl oder Poſtulation zugedacht, und gleichwie dieſe nicht auf das **gantze Braunſchweig-Lüneburgiſche Hauß**, ſondern nur auf jenen Printzen, der durch ſolche aus demſelben von dem Dom-Capitul auserſehen wird, ohnſtrittig gehet, alſo nicht dem gantzen hochgedachten Hauß, ſondern nur dem aus dieſem Hauß poſtulirten Printzen dieſes geiſtliche Fürſtenthum, ohne an deſſen voriger Verfaſſung, und Form eines geiſtlichen Hochſtifts in übrigen etwas zu änderen, und ohne einem anderen Printzen dieſes nemlichen Hauſes in je einigem Fall eine weitere Befügnuß dabey vorzubehalten, mit der ausdrücklichen Beſchränkung zugeleget, daß die Art und Weiß der künftigen Regierungsführung durch die in einer errichtenden immerwährenden Stifts-Capitulation zu vergleichende Bedingungen beſtimmet und feſtgeſtellet werden ſolle. Geſtalten aber in der hernach, in Gefolg des Weſtphäliſchen Friedens, mit beederſeitiger, ſowohl Braunſchweig- als Osnabruckiſcher Einverſtändnuß errichteten Capitulation verglichen worden, daß auf dem Fall eines poſtulirenden minderjährigen Biſchofs, dieſem in Zeit ſeiner bis in das 20ſte Jahr daurenden Minderjährigkeit keine Regierungsführung, ſondern dem Dom-Capitul zukommen ſolle; ſo iſt es gantz offenbar, daß, nachdeme bey dem exiſtirten caſu alternativæ ein Printz aus dem Hauß Lüneburg poſtuliret worden, und in deſſen Minderjährigkeit das Dom-Capitul die Würkungen der Lands-Regierung ausüben will, hochgedachtem Hauß nicht das mindeſte entzogen werde, was Hoch-demſelben durch den auf die errichtende immerwährende Stifts-Capitulation ſich überall beziehenden Weſtphäliſchen Friedens-Schluß beygelegt worden.

Einem aus hocherſagtem Hauß zum Biſchof poſtulirten Printzen gehöret, vermög des Weſtphäliſchen Friedens, zwar allerdings das gantze Fürſtenthum Osnabruck, es gehöret auch demſelben die Adminiſtration und Regierung des Lands, aber nicht anderſt, als

> conditionibus in recepta Capitulatione uniformi initis perpetuo obſervandis.
>
> I. P. O. Art. XIII. §. 6.

Durch dieſe immerwährende Capitulation wird aber einem unter 20. jährigen Alter poſtulirten Printzen das Fürſtenthum Osnabruck nicht zur würklichen Regierungsführung übergeben, ſondern ſolche bis zu Erreichung ſeines 20ſten Jahrs dem Dom-Capitul mit klaren und ausdrücklichen Worten vorbehalten. Hat nun das hohe Hauß Lüneburg in dem jetzigen minderjährigen Herrn Biſchof den vollen, anſonſten einem großjährigen Biſchof zuſtändigen Genuß des Fürſtenthums Osnabruck dermahlen nicht; ſo iſt ſolches, als eine Folge der in der immerwährenden Stifts-Capitulation mit allſeitiger Einwilligung beliebten

Bedingnuß anzuſehen, und an ſich ſelbſt nicht dem Dom=Capitul, als welches gewiß nicht nach freyer Willkur zu dieſer Poſtulation geſchritten, ſondern denenjenigen vorgeſchriebenen Zumuthungen, denen ſich das Dom=Capitul in denen damahligen Umſtänden zu fügen, ſich in die Nothwendigkeit geſetzet ſahe, lediglich beyzumeſſen.

So wenig alſo behauptet werden kan, daß durch die Stifts=Capitulation eigentlich eine Ausnahm von dem Weſtphäliſchen Friedens=Schluß gemacht worden, da vielmehr jene nur das, was in dieſem nicht gantz abgethan, ſondern dahin ausdrücklich verwieſen worden, zur näheren Richtigkeit gebracht, und die Art und Weiß der Regierungsführung beſtimmet hat: ſo überzeugend befindet ſich ſchon oben dargeleget, daß die dem Biſchof Frantz Wilhelm und denen Kayſerl. auch Reichs=Bevollmächtigten, unter deren Vermittlung, auf eigenen Lüneburgiſchen Antrag, die Stifts=Capitulations=Handlungen gepflogen worden, beygemeſſenen Beſchuldigungen auf einem vollkommenen Ungrund beruhen.

Wann man nun noch gar ſo weit gehen, und auch dasjenige, wovon die Stifts=Capitulation, einem minderjährigen Biſchof nichts, ſondern vielmehr dem Dom=Capitul den gantzen Complexum der Regierungsführung ausdrücklich zuleget, dem Dom=Capitul entziehen, mithin ſolchergeſtalt den Sinn und die wahre ſich aus denen Capitulations=Handlungen klar veroffenbarende Abſicht derſelben völlig umkehren wollte; ſo würde es wohl auf dieſe Fragen noch anzukommen haben: Ob, und wo in dem Weſtphäliſchen Frieden, oder ſonſten, dem hohen Hauß Braunſchweig=Lüneburg ein ſolches Recht auf Osnabruck zugetheilet worden, daß, wann die Wahl=Ordnung an daſſelbe kommet, dieſes Hochſtift die Eigenſchaft eines geiſtlichen Stifts völlig ablegen, und deſſen Befügnußen nach dem lediglichen Maaß der weltlichen Fürſtenthumen abgemeſſen werden ſollen? Ob durch den nemlichen Friedens=Schluß in ermeldtem Fall dem hohen Chef hocherſagten Hauſes alle Diſpoſition über das Hochſtift Osnabruck, und ſogar, welcher Printz aus demſelben Hauß von dem Dom=Capitul poſtuliret werden ſolle, anheim gegeben? Und ob dem Dom=Capitul an deme nicht ſchon zuviel zugemuthet worden ſeye, daß daſſelbe nach dem Willen Sr. Königl. Majeſtät in Großbritannien die Wahl lang über die in denen gemeinen Rechten ſowohl, als in der Stifts=Capitulation ſelbſten angeſetzte Zeit verſchieben, und ſogar in der hernachmahligen Wahl ſich nach höchſt=Deroſelben Willen lediglich fügen müſſen? Auch ob das Dom=Capitul dadurch, daß es in der vorgegangenen Wahl einen minderjährigen Printzen, ſo ungern es auch daran gekommen, nach der Vorſchrift Sr. Königl. Majeſtät poſtuliret, einen noch weiteren und gäntzlichen Verluſt aller demſelben durch die immerwährende Stifts=Capitulation ſo theuer zugeſicherten Gerechtſamen zu ſeinem Lohn davon tragen ſolle?

Um

Um nun dem jenſeitigen Verfaſſer in ſeiner Ordnung weiter zu folgen, ſo waren die Ober-Aufſicht, die Beſtell- und Anordnung der zur Zeit der Minderjährigkeit führenden Regierung, nebſt denen davon abhangenden Würkungen, gewis weit wichtigere Gegenſtände, als die Befügnuß, eine oder zwey Perſonen, als Räthe, beyzuſetzen; und da man Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits dieſe Sach ſo genau bedungen, ſo verlohnete es ſich wohl der Mühe, jener auch zu erwähnen, wann man von der dem Dom-Capitul ſimpliciter verſtatteter Regierung einen Vorbehalt oder Ausnahm hätte machen wollen oder können; zumahlen Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seits bey denen Capitulations-Handlungen nicht mißkennet worden, daß das Dom-Capitliſche Begehren wegen der pro tempore minorennitatis führenden Regierung auf keine bloße nach- und untergeordnete Regierung abgezielet habe, weilen die Lüneburgiſche Bevollmächtigte in das Begehren des Dom-Capituls nur und **allein** *in caſu minorennitatis* gewilliget haben, und die a minorenni beyzuſetzende Räthe **nicht** *æqualis cum Capitulo poteſtatis* ſeyn ſolten.

Was in einigen Zeitungen von einer angegebenen Schutz-Aufkündigung gemeldet worden ſeyn ſolle, ſolches iſt an ſich ein grundloſes Ausſtreuen: Wiewohlen auch das Dom-Capitul ſich nie dem beſonderen Schutz Sr. Königl. Majeſt. in Großbritannien untergeben, ſondern nur, beſag der im vorigen Dom-Capitliſchen Impreſſo ſub Lit. DD. angefügten Beylag, ſich in terminis generalibus zu Gnaden des geſamten hohen Hauſes Braunſchweig und Lüneburg empfohlen hat; anſonſten aber ohnehin eine bekannte Sach iſt, daß Schutz und Schirm die Lands-Hoheit nicht gebe.

Soviel die Stimmführung auf dem Reichs-Tag ins beſondere betrift, ſo iſt wegen derſelben in dem Weſtphäliſchen Frieden eben ſo wenig, als wegen der Art der Regierungsführung, wovon jene ein ohnſtrittiges Annexum iſt, etwas beſtimmet, ſondern des einen ſowohl, als des anderen nähere Beſtimmung der von ſämtlichen intereſſirten Theilen errichtenden, und ſonach von beederley Religion Biſchöffen gleichförmig und immerwährend zu beobachtenden Stifts-Capitulation überlaſſen worden. Aus dieſer erhellet aber, nach der Anlag ſub Num. XV., daß ein jeweiliger regierender Biſchof zu Oſnabruck den Bedacht dahin zu nehmen habe, daß bey Verſchickung einer Geſandſchaft auf Reichs-Crayß- und andere Täge, **wenigſtens der** *Principalis* **aus dem Dom-Capitul Catholiſcher Religion ſeye, und im übrigen, wann mehr wären, die Gleichheit von beeden Religionen beobachtet werde.** In deſſen Gefolg dann auch der erſte aus dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg nach dem Weſtphäliſchen Frieden geweſene Biſchof zu Oſ- N. XV.

 nabruck

N. XVI. nabruck Hertzog Ernſt Auguſt zu Anfang des jetzo noch fürdaurenden Reichs-Tags, nach Beſag der Beylag ſub Num. XVI., ex Gremio Capituli den damahligen Dom-Dechant, Wilhelm Freyherrn von und zu Winckelhaußen (welcher, weilen er zugleich Dom-Küſter zu Paderborn war, ohnſtrittig der Catholiſchen Religion zugethan geweſen) dann Gerhard Scheperlern, der Rechten Doctorn, zur Osnabruckiſchen Stimmführung abgeſchickt hat. Ob nun zur Zeit eines minderjährigen Biſchofs ein mehreres, als zur Zeit eines großjährigen und würcklich regierenden, mit Fug prætendiret werden könne, und ob die unter der Authorität des geſammten Reichs, und nach Anleitung des Weſtphäliſchen Friedens-Inſtruments errichtete Stifts-Capitulation einem gleichſam in abſtracto gefaßten Satz, und denen etwa darnach abgemeſſenen neueren Verfügungen, ſo leichter Dingen weichen müße, will man aller ohnpartheyiſchen Beurtheilung anheimſtellen.

Es hat übrigens das Dom-Capitul gegen die von Sr. Königl. Majeſtät aus ſeinem Mittel auserſehene Perſonen nichts einzuwenden; da aber daſſelbe ein für allemahl, nach dem bishero Angeführten, mit Grund behaupten kan, daß Sr. Königl. Majeſtät, als Herrn Vatter des minderjährigen Biſchofs Königl. Hoheit keine Beſtell- und Anordnung der Regierung weder aus dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß, weder aus der Stifts-Capitulation, weder nach dem Reichs-Herkommen, am allerwenigſten aber aus denen gemeinen geiſtlichen Rechten zuſtehe; ſo haltet ſich das Dom-Capitul billig dadurch allzeit beſchweret, daß die demſelben durch die, als ein Lands-Grund-Geſätz ewig gelten ſollende Stifts-Capitulation pro caſu minorennitatis Epiſcopi aufgetragene, und würcklich in demſelben beſtellte Regierung, einer anderweiten Beſtellung Sr. Königl. Majeſtät unterwürffig gemacht werden ſolle.

Das jenſeits ſub lit. B. angefügte Patent iſt eben das, was dem Dom-Capitul zu denen gerechteſten Beſchwerden Anlaß geben müßen, weilen dadurch diejenige Gerechtſame, ſo durch die Stifts-Capitulation dem Dom-Capitul, ohne allen Vorbehalt, verſtattet worden, demſelben platterdings entzogen, oder doch auf eine, erſagter Capitulation klar widerſprechende Art eingeſchränkt werden wollen.

Diejenige Verfügung, die ſonſt in dergleichen Fall der Pabſt etwa machen könte, iſt ſchon vorhin durch mehr-berührte Stifts-Capitulation getroffen worden, vermög welcher dahero das Dom-Capitul, wann es auch nicht in ſeinem eigenen, ſondern ſeines poſtulirten minderjährigen Herrn Biſchofs Königl. Hoheit Nahmen, die Regierung führet, dannoch ſolche jure proprio ex lege publica quæſito, und alſo ohne anderweiten Auftrag zu führen hat.

Das Dom-Capitul verehret alle die gute Abſichten Sr. Königl. Majeſt. von Großbritannien, welche mit dem Sinn des Weſtphäliſchen Friedens-Schluſſes, uud der darauf gegründeten immerwährenden Stifts-Capitulation einſtimmig seynd, mit allerunterthänigſter Danknehmigkeit, traget aber auch zu Höchſt-Dero angeſtammten Königl. Großmuth das unterthänigſte Vertrauen, Höchſt-Dieſelbe werden, nach dem löblichen Beyſpiel Dero Herren Vorfahren aus dem Durchlauchtigſten Hauß Braunſchweig-Lüneburg, die in der Stifts-Capitulation enthaltene, und mit beederſeitiger Einverſtändnuß eingegangene Verordnungen, nach ihren dürren Worten, und nach ihrem aus denen darüber gepflogenen Handlungen ſich klar veroffenbahrenden wahren Sinn, aufrecht zu erhalten, und ſomit dem Dom-Capitul den ohngekränckten Genuß der demſelben dadurch gantz offenbar zugeſtandenen Gerechtſamen fortan zu gönnen allergnädigſt geruhen.

Bey-

Beylagen.

Num. I.

Articulus 23tius Capitulationis perpetuæ Osnabrugenſis.

Als auch das Domb-Capitul verbunden innerhalb drey Monaten a Die Mortis Epiſcopi jedesmahls unfehlbahrlich mit würcklicher Election oder Poſtulation eines neuen Biſchofen zu verfahren, und ſelbige dem Herrn Electo vel Poſtulato ungeſaumt zu notificiren, ſo ſoll hinführo kein Electus oder Poſtulatus aus dem Fürſtlichen Hauß Braunſchweig-Lüneburg weder vor ſich ſelbſt, noch durch ſeine Herren Anverwandten, und Freunde ſich keiner Regierung, oder was davon dependirt, vor Ablauf Sechs Monaten a Die Mortis Epiſcopi proxime defuncti anzurechnen, regulariter unterfangen, noch gebrauchen; es wäre dann, daß bey Kayſerl. Majeſtät derſelbe innerhalb Sechs Monat die Regalia erhalten, welchenfalls die Adminiſtratio Capituli alsbald ceſſiren, und dem Herrn Poſtulato vel Electo, der Sechs Monat unerwart, die Regierung unweigerlich abgetretten werden ſolle. Wie dann auch, wann der Electus oder Poſtulatus noch vor Ablauf der Sechs Monaten durch einen Schein aus der Kayſerl. Cantzley, oder in Verweilung deſſelben, ſonſten legitime documentiren, und beybringen wird, daß er am Kayſerlichen Hof die Regalia geſuchet, die Adminiſtration des Stifts zwar die Sechs Monat über bey dem Domb-Capitul verbleibt; es ſollen aber auf dieſen letzten Fall die Stifts-Intraden, ſo bald von Zeit documentirter Requiſitionis Regalium anzurechnen, bis zum Ende der Sechs Monat zwiſchen dem Biſchof, und Thumb-Capitul richtig getheilet, vorhero aber und bis zu vorgemeldter Documentirung dem Domb-Capitul völlig gelaſſen werden, wie dann dasjenig, was von beſagtem Domb-Capitul tempore competentis Adminiſtrationis Capituli den Rechten, Gewohnheiten, und dieſer Capitulation gemäß verordnet wird, von dem Electo oder Poſtulato ratificiret werden ſoll. ꝛc.

Daß vorſtehender drey und zwanzigſter Articul Capitulationis perpetuæ mit dem in Archivio eines Hochwürdigen Thumb-Capituls zu Osnabruck vorhandenen auf drey und zwantzig pergamenen Blättern geſchrieben- eingebunden und mit vier anhangenden Siegelen verſehenen Original von Wort zu Wort gleichlautend ſeye, ein ſolches beſcheinige mittels dieſer Beglaubigung

A. J. Kamps Dr. Rvmi. Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notarius Cæſareus publicus mpp.

N. II.

Extractus Protocolli Reverendiſſimi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis.

Mercurii den 19. Aprilis 1648.

Proponente benememorato Dno Cantore Schmiſing, daß Se. Wohl-Ehrw. in die Lünenburgiſche extradirte Capitulation, weil ſolche ex Deciſione quorundam Theologorum Monaſterienſium, quos deſuper conſuluerit, contra conſcientiam

 vergi-

vergirte, für ihre Perſohn nicht conſentiren können noch wollen; begehrend dieſe ihre Intention und Meynung zu protocolliren.

Decretum weilen Ihro Churfürſtlichen Durchlaucht zu Cöllen als Metropolitanus ſowohl, als Ihro Hochfürſtliche Gnaden gemeldte aufgeſetzte Capitulation, vermöge deren Schreiben, gnädigſt und gnädig approbiret und ratificiret, auch Rdmum Capitulum gegen und wider die alternativ coram Notario & Teſtibus vorhin ſolemniſſime proteſtiret, daß es alſo dabey ſein Verbleiben haben müſte.

In fidem Extractus Protocolli.:

A. J. Kamps Dr. Secret. mpp.

Num. III.

Declaration der Hochſtift-Osnabruckiſchen Capitulation in puncto der in ſelbiger ausgelaſſenen Worten: mit *Conſens* der benannten Partheyen / de Anno 1650.

Demnach bey Abhandlung perpetuæ Capitulationis Osnabrugenſis, ſo mit Zuthuung der Kaiſerl. Herren Plenipotentiarien, und etlicher gewiſſen Deputirten, unter Dero Hand und Pettſchaft am 28. Julii dieſes 1650ſten Jahrs zu Nürnberg verglichen, verfertiget, und denen intereſſirten in Inſtrum. Pacis Art. 13. §. 2. ernennten Partheyen zugeſtellt, gleich Eingangs aus bewegenden Urſachen nur dieſe Wörter, daß es mit Vorwiſſen der benannten Partheyen alſo verabredet, verglichen und unterſchrieben worden. Dabey aber dem Fürſtlichen Hauß Braunſchweig-Lüneburg dieſer Zweifel zugangen, ob daſſelbe durch dieſe Worte genugſahmb verſichert, daß die Capitulatio, dieſem ohnerachtet, zu immerwährenden Zeiten veſt und unverbrüchlich ſolle und müſſe gehalten werden.

Ob nun wohl an Seiten und wegen des Herrn Biſchofen zu Oßnabruck Fürſtliche Gnaden und ſelbigem Dohmb-Capittel niemahln ein anders conteſtirt worden; ſo iſt doch zu beeder Theilen mehrerer Sicherheit hiemit verabredet und diſponiret worden, daß des Herrn Biſchofs Fürſtliche Gnaden, und das Dohm-Capittel zu Oßnabrugk weniger nicht in vim Inſtrumenti Pacis, und allen darinn verſehenen Clauſuln dieſe Capitulationem perpetuam in allen ihren Articuln und Clauſuln ſo feſt und unverbrüchlich zu halten ſollen ſchuldig und verbunden ſeyn, als wäre alles mit vollkommenen Conſens und Verwilligung derſelben gehandelt, geſchloſſen, und dieſe Worte: mit *Conſens* würcklich inſeriret worden. Deſſen zu Uhrkund haben wir eben diejenige, ſo den Capitulations-Receſs unterſchrieben und verfertiget, dieſes Atteſtatum, ſo gleichmäßigen Glauben mit dem Capitulations-Receſs haben ſoll, wiſſentlich verfertiget, und dem Fürſtlichen

Hau-

✲ ♛ ✲

Hauſe Braunſchweig-Lüneburg zuſtellen laſſen. Actum Nürnberg den 28. Julii 1650.

Iſaacus Volmar Dr. Johann Crane.
(L.S.) (L.S.)
Sebaſtian Wilhelm Meel. Wolff Conrad Thumbshirn.
(L.S.) (L.S.)

Num. IV.

Extractus Protocolli Rdmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis.

Martis den 18. Sept. Anno 1649.

Proponente & referente Capituli Syndico Licentiato Schorlemmer, nachdeme er Ihrer Hochfürſtl. Gnaden unterthänig hinterbracht, was für ſeinem Abzuge von hier Rmum Capitulum ihme aufgegeben, hätte er dieſe Reſolution bekommen, daß Ihro Hochfürſtl. Gnaden mit dem Herrn Lüneburgiſchen Abgeſandten in keine Tractaten allhie ſich einzulaſſen geneigt, dahero der Lüneburgiſcher Abgeſandter umſonſt auf Reſolution wartete, wie ſchon für dieſem gemeldet, und ſie ſich reſolviret hätten, mit beygefügten Urſachen warum?

1. Weilen die Herren Kaiſerl. Abgeſandten gerathen hätten, dieſe Differenzien nacher Nürnberg zu remittiren, maßen Ihre Excellenz Graf von Oxenſtirn ſolches ebenmäßig an Ihre Fürſtl. Durchl. zu Lüneburg, dem Bericht nach, hätten gelangen laſſen.

2. Hätten auch die Reichs-Stände ſämtlich an die Lüneburgiſche geſchrieben, ſich zu Nürnberg zu ſiſtiren, und künten Ihre Hochfürſtl. Gnaden, ohne Verlierung ihres Reſpects, davon nicht abſtehen.

3. Wäre auch Capitulo notorium, daß wegen des Conſiſtorii (wofür die Lüneburgiſche kein Æquivalenz geben wollen) die Tractaten zu Münſter zerſchlagen worden, und daß aller Tractatuum deciſio, welche zu Münſter ihren Ausſchlag nicht erreicht, nacher Nürnberg, unanimi Statuum Imperii conſenſu wären verwieſen worden, und Ihro Hochfürſtl. Gnaden Sache, non principalis, ſed acceſſoria allhie ab ipſis intereſſentibus nicht könnte entſchieden werden; lebten dahero Ihro Hochfürſtl. Gnaden der Zuverſicht, ein Hochehrw. Thumb-Capitul ſich von Ihro nicht ſepariren werde ꝛc.

Mercurii den 19. Sept. Anno 1649.

Retulit Capituli Syndicus Schorlemmer, daß neben Ihren Wohl-Ehrwürd. Herrn Ledebuer Thumb-Cüſtern, und Herrn Eberhardten von Gahlen er, was ihnen vom Hochw. Thumb-Capitul aufgegeben, dem Lüneburgiſchen Herrn Abgeſandten hinterbracht, weilen mit Beliebung der ſambtlichen Reichs-Stände die Differenzien wegen der Capitulation nacher Nürnberg transferiret, und von denſelben noch zur Zeit hiehero nicht remittiret, daß ein Hoch-Ehrw. Thumb-Capitul mit gedachtem Lüneburgiſchen Herrn Abgeſandten in keine abſonderliche Tractaten einlaſſen, und ſich von Ihrer Hochfürſtl. Gnaden ſepariren könte, welches mehrgemeldter Lüneburgiſcher Abgeſandter beantwortet: er müſte es

dahin geſtellt ſeyn laſſen, und ob dieſe der Herren Deputirten eigentliche und Final-Reſolution wäre.

Concluſum. Weilen die ſambtliche Reichs-Stände tam Catholici, quam Acatholici in die Tractaten zu Nürnberg dieſer Differenzien halber gewilliget, auch ſelbige bis dato hieher nicht remittiret, und ein Hoch-Ehrw. Thum-Capitul ſeinen daſelbſt habenden Plenipotentiarium ohne Urſach nicht revociren könte, ſo wolle daſſelbe auſſerhalb Ihrer Hochfürſtl. Gnaden mit dem Lüneburgiſchen Abgeſandten in keine particulair Tractaten ſich einlaſſen.

Daß dieſe Urkund und Nachricht bey denen Original-Ihro Hochfürſtlichen Eminenz dem Herrn Cardinali und Biſchoffen Franz Wilhelm Chriſtmilden Andenckens vormahls gehörigen, und in eines hieſigen Hochwürdigen Thumb-Capituls Archiv annoch aufbewahrten, bey Errichtung der immerwährenden Capitulation verhandelten Acten befindlich ſeye, und dieſe Copey mit ſelbiger übereinſtimme, beſcheinige ich hiermit

A. J. Kamps Dr. R^vmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Oſnabrugenſis Secret. & Notar. Cæſareus publicus mpp.

Num. V.

Extractus monitorum Brunſuico-Luneburgenſium ad projectum Capitulationis perpetuæ a Rmo Capitulo Cathedralis Eccleſiæ Oſnabrugenſis extraditæ.

Clauſula concernens.

Ad articulum 14^tum.

Dieſen Artickel verſtehet man von der Stifts-Regierung allein *in caſum minorennitatis Epiſcopi*, läſſet auch *hoc caſu* deſſen Eingang in ſo weit paſſiren, daß gleichwohl dem Epiſcopo minorenni frey ſtehe, zwey ſeiner Leuthe, und Bedienten der Regierung, ſumtibus Epiſcopatûs, beyzuordnen;

Anbelangend aber den 2. §. Und weilen keiner ꝛc. uſque ad finem, muß die majorennität auf das 18te Jahr geſetzet, auch bis dahin dem Epiſcopo minorenni ad minorennum (ſoll heiſſen ad minimum) 10,000. Rthlr. jährlich aus den Intraden abgefolget, von den übrigen richtige Rechnung gethan, und das reſiduum bis zu ſeiner Genießung poſt majorennitatem entweder abſonderlich beygelegt, oder auf Zinſe ausgethan, oder auch damit die etwann beſchwerte Biſchöfliche Tafel-Güter eingelöſet, oder neue erkauft werden: Poſt verb. 25. Jahrs das Thumb-Capitul: add. mit Zuziehung übriger Stifts-Stände.

Daß dieſe Urkund und Nachricht bey denen Original-Ihro Hochfürſtlichen Eminenz dem Herrn Cardinali und Biſchofen Franz Wilhelm Chriſtmilden Andenkens vormahls gehörigen, und in eines hieſigen Hochwürdigen Thumb-Capituls Archiv annoch aufbewahrten, bey Errichtung der

der immerwährenden Capitulation verhandelten Acten befindlich ſeye, und dieſe Copey mit ſelbiger übereinſtimme, beſcheinige ich hiemit.

A. J. Kamps Dr. Rvmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notar. Cæſareus publicus mpp.

Num. VI.

Extractus projecti Capitulationis Brunſcuico-Luneburgenſium.

Clauſula concernens.

15. Wann und ſo oft aus dem Fürſtlichen Hauſe Braunſchweig-Lüneburg einer unter achtzehen Jahren ſeines Alters zum Biſchof eligiret oder poſtuliret wird, ſo mag zwar bis zu Erlangung des achtzehenten Jahrs das Thumb-Capitul die Regierung führen, und kein anderer Stadthalter oder Adminiſtrator weder von Fürſten, Herren, Grafen, oder durch unſere Herren Verwandte, noch ſonſten einigen Ausländiſchen angeordnet werden, dem Epiſcopo minorenni aber frey und bevor ſtehen, ſolcher Regierung vor ſich ein oder zwey Perſohnen *æquali poteſtate* beyzuſetzen, wie dann Zeit währender Minderjährigkeit (welche für und für nach erreichtem achtzehenten Jahr aufhören, und der Epiſcopus eo ipſo pro majorenni cum omni jure ac poteſtate gehalten werden ſolle) dem Epiſcopo minorenni von dem Thumb-Capitul, und der alſo beſtalten Regierung jährlich zehentauſend Rthaler aus den gerediſten Intraden dieſes Stifts Osnabruck ohnfehlbahrlich gelieferet und abgefolget, von dem übrigen richtige Rechnung gethan, und das Reſiduum bis zu Erreichung des achtzehenten Jahrs, und darauf alsbald antrettender Regierung mit Vorbewuſt des Biſchofen entweder abſonderlich beygelegt, oder auf Zinſe ausgethan, oder auch die etwann zu Zeiten beſchwerte Biſchöfliche Tafel-Güter eingelöſet, oder neue erkauft werden ſollen.

Daß dieſe Urkund und Nachricht bey denen Originalen Ihro Hoch-Fürſtlichen Eminenz dem Herren Cardinali und Biſchofen Franz Wilhelm Chriſtmilden Andenckens vormahls zugehörigen, und in eines Hochwürdigen Thumb-Capituls Archiv annoch aufbewährten, bey Errichtung der immerwährenden Capitulation verhandelten Acten befindlich ſeye, und dieſe Copey mit ſelbigem übereinſtimme, beſcheinige ich hiemit.

A. J. Kamps Dr. Rvmi. Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notarius Cæſareus publicus mpp.

Num. VII.

Extractus monitorum Rdmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis ad projectum Capitulationis perpetuæ Brunſchivvico Luneburgenſium.

Clauſula concernens.

Ad articulum 15$^{tum.}$

Daß ein oder zwey Räthe a minorenni willen beygeordnet werden, kan man es wohl bey einem laſſen.

Daß dieſer *æqualis poteſtatis cum Capitulo* seyn ſoll, iſt ungewöhnlich, ſondern ſoll *poteſtatem* eines Raths haben.

Der Minorennis wird ſich mit 6000. Rthlr. contentiren laſſen, weilen die Tafel-intraden gering, und wann alles einkombt, nur 180000. einbringen, woraus auch alle Bediente des Stifts bezahlt werden müſſen, und weilen das Thumb-Capitul wegen ſeiner Mühewaltung der Regierung halber auch etwas meritiret, ſo ſoll das Reſiduum richtig berechnet, die Halbſcheid der Thumb-Kirchen zufallen, die andere Halbſcheid zu Einlöſung der Tafel-Güter, oder deren Vermehrung angewendet werden.

Daß dieſe Urkund und Nachricht bey denen Original-Ihro Hochfürſtlichen Eminenz dem Herrn Cardinali und Biſchoffen Franz Wilhelm Chriſtmilden Andenckens vormahls zugehörigen, und in eines hieſigen Hochwürdigen Thumb-Capituls Archiv annoch aufbewahrten, bey Errichtung der immerwährenden Capitulation verhandelten Acten befindlich ſeye, und dieſe Copey mit ſelbiger übereinſtimme, beſcheinige ich hiermit

A. J. Kamps Dr. R^{vmi} Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notar. Cæſareus publicus mpp.

Num. VIII.

Exegeſis notarum ab Ordine Equeſtri Epiſcopatus Osnabrugenſis ſuper Capitulatione nova editarum.

Clauſula concernens.

Ad articulum 14$^{tum.}$

Poſt verba: So ein Ehrwürdiges Thumb-Capitul ꝛc.

Und die Ritterſchaft gleichfals ꝛc.

Ad articulum 14$^{tum.}$

Poſt verba: So ein Ehrwürdig Thumb-Capittel ſuperadd. Und die Ritterſchaft gleichfals.

℞. Daß die Ritterſchaft ein ſolches Recht habe, wird nit geſtanden, iſt auch bey denen Augſp. Confeſs. Verw. Stifteren ſelbſt

ſelbſt ungewöhnlich, dieſemnach es bey demjenigen, was hierinfals die Obſervanz und altes Herkommen gibt, ſein billiges Bewenden hat.

Daß dieſe Urkund und Nachricht Exegeſis Notarum Eminentiſſimi Cardinalis & Epiſcopi Franciſci Wilhelmi bey denen Original-Ihro Höchſtbeſagter Eminenz dem Herrn Cardinali und Biſchofen Franz Wilhelm Chriſtmilden Andenkens vormahls zugehörigen, und in eines hieſigen Hochwürdigen Thumb-Capituls Archiv annoch aufbewahrten, bey Errichtung der immerwährenden Capitulation verhandelten Acten befindlich ſeye, und dieſe Copey mit ſelbigen übreinſtimme, beſcheinige ich hiemit.

A. J. Kamps Dr. Rvmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notarius Cæſareus publicus mpp.

N. IX.

Extractus

Aus der von Weyl. Churfürſten Johann Georg zu Brandenburg, und Joachim Friederich Adminiſtratorn des Ertz-Stifts Magdeburg ausgeſtellten Aſſecuration über des poſtulirten Adminiſtratoris Wilhelm Chriſtians Capitulation.

P. P.

2. Zum anderen, daß nicht allein Wir und Unſere Söhne auf dem Fall, wie gedachtes Thumb-Capittel unſern beyden Söhnen einen, der noch minderjährig wäre, poſtuliren würden, dem Thum-Capittel unterdeſſen, bis S. L. ihr 21ſtes Jahr erreichen und compliren, die völlige und freywillige Adminiſtration des Stifts Magdeburg laſſen, und ihme dieſelbige nicht entziehen, noch Uns deroſelben anmaßen ſollen noch wollen, ſondern der Poſtulatus minorennis Adminiſtrator ſoll ſich jährlich und ſo lange bis Se. Lbd. zu gemelten ſeinen Jahren kommen werden, an zehen tauſend Thaler, welche Sr. Lbd. gemeltes Thumb-Capittel zu Fortſetzung und Continuirung S. Lbd. Studien jährlichen reichen und geben wollen, begnügen laſſen, und ein mehreres nicht begehren, Wir und S. Lbd. ſollen und wollen auch nicht derentwegen in das Thumb-Capittel oder Ertz-Stift tringen, ſondern Wir ſollen und wollen auch hierüber beyderſeits noch bey Unſeren Lebzeiten und wegen Unſerer Söhne verpflichtet und verbunden ſeyn, bey Röm. Kaiſerl. Majeſt. Unſern allergnädigſten Herrn auf den Fall ſolcher Minderjährigkeit gnädigſte Diſpenſation zu erlangen und auszubringen ꝛc.

Num. X.

Churfürſtens Johann Georgens des I. zu Sachſen Aſſecuration, daß deſſen zum Ertz-Biſchof zu Magdeburg poſtulirter Herr Sohn, Hertzog Auguſtus zu Sachſen, bey ſeiner erfolgten Majorennität der ihme vom Dom-Capitul bemeldten Ertz-Stifts vorgelegten Capitulation in allen Stücken nachkommen werde; de Anno 1628.

Von Gottes Gnaden Wir Johann George ꝛc. vor Uns, Unſern vielgeliebten Herrn Sohne, und Lehens-Erben, uhrkunden hiemit. Demnach ein Thum-Capitul der Primat- und Ertz-Biſchöflichen Kirchen zu Magdeburg aus treuhertziger Affection und Zuneigung, ſo ſie zu dem Churfürſtl. Hauſe Sachſen haben, und aus ohngezweifelter göttlicher Providenz und Schickung den Hochgebohrnen Fürſten, unſern vielgeliebten Sohne, Herrn Auguſten, Hertzogen zu Sachſen, hiebevorn zum Coadjutor des Primats- und Ertz-Stifts Magdeburg, auch nunmehr zum Ertz-Biſchof, alles Innhals eines ſchriftlichen vorhandenen Decreti und Beſchluſſes, poſtuliret und erwehlet.

Wobey Wir Uns dann erinnert, wasmaßen Wir Uns auf ſolchen Event verſprochen, und zugeſagt, wann Unſers freundlichen vielgeliebten Herrn Sohns und poſtulirten Coadjutoris Lbd. noch bey währender Minorennität zum Ertz-Biſchof poſtuliret würde, daß ſie ſich der Lands-Regierung im Ertz-Stift Magdeburg ehe nicht, bis Sie das 21ſte Jahr compliret, annehmen, auch ehe nicht das Regiment antretten wollen, bis ſie vorhero die beym Ertz-Stift Magdeburg gewöhnliche Capitulation vollzogen, und dem Herkommen nach, mit einem leiblichen Eyde Fürſtlich bekräftiget. Immittelſt die Lands-Regierung in des Capitel Handen gelaſſen werden ſolte, allermaſſen ſolches neben anderen Puncten unterm dato den 21. Decembris des 1625ſten Jahrs von Uns, anſtatt Unſers vielgeliebten Herrn Sohns, gnädigſt beliebet und bewilliget worden. Und es nunmehr die Wege erreicht, daß ermeldtes Dom-Capitel aus redlichen und rechtmäßigen Urſachen, ſo in des Ertz-Stift Magdeburg Fundamental-Verfaſſung ihren Grund haben, wohlbedächtlich decretiret und beſchloſſen, unſers freundlich vielgeliebten Sohnes und Coadjutoris des Primats und Ertz-Stifts Magdeb. Lbd. zum Ertz-Biſchof zu poſtuliren, maßen ſie auch bey hiebevorigen Actu poſtulationis in Coadjutorem auf gewiſſe Maße verſprochen und zugeſaget.

Dahero Wir anjetzo unterthänigſt erſuchet worden, die Uns überreichte Capitulation anſtatt und von wegen unſers vielgeliebten Herrn Sohns zu acceptiren, und ermeldtes dem Capitul gnädigſt zu aſſecuriren und zu verſichern, daß ſolche Capitulation, wann Ihr Lbd. das 21ſte Jahr complire, von Dero Antritt zur Ertz-Biſchöflichen Regierung ohne Widerrede, und Bedenken ſolte vollzogen, verſiegelt und unterſchrieben, und dem Herkommen nach, mit einem leiblichen Eyd beſtättiget, auch immittelſt des Primats und Ertz-Stifts Magdeburg Regierung in des Thumb-Capittels Händen gelaſſen werden. Immaſſen ſolche und andere mehr Puncta in Unſeren Reverſalien begriffen und enthalten ꝛc.

Num.

Num. XI.

Extractus

Aus der Wahl-Capitulation, ſo Hertzog Chriſtian Auguſt Biſchof zu Lübeck, als ſein minderjähriger Printz Carl zu Hollſtein-Gottorff von dem Dom-Capitul des Hochſtifts Lübeck zum Coadjutor erwählet worden, beliebet und eingegangen hat A. 1707.

P. P.

2. Fürs andere, da Uns (welches in Gottes des Allerhöchſten gnädigem Willen ſtehet) etwas Menſchliches begegnen und widerfahren, oder durch unſere Reſignation, auch ſonſten auf andere Art und Weiſe dieſes Stift vacant werden ſolte, ehe und bevor Unſers Sohns Liebden ad Majorennitatem der 20. Jahr gelanget, alsdenn und auf ſolchen Fall ſoll die gantze Adminiſtration des Biſchofthums bey E. Wohlwürdigen Dom-Capittel, bis ſo lange Seine Liebden obgedachte Jahre erreichet, verbleiben, alſo und dergeſtalt ꝛc.

Num. XII.

Poſtulations-Decret des Dom-Capituls zu Merſeburg, worinn ſie Hertzog Moritz Wilhelm zu Sachſen zum Adminiſtrator deſſelben Stifts poſtuliren, aber ſeiner Unmündigkeit halber Chur-Sachſen unterthänigſt bitten, immittelſt die Regierung über ſich zu nehmen, de anno 1694.

Wir Dom-Probſt, Dom-Dechant, Senior, und Capituls-Gemeinde des Stifts und der Biſchöflichen Kirchen zu Merſeburg ꝛc. hiermit und in Kraft dieſes Briefes vor Uns und Unſere Nachkommen im Capitel thun kund und bekennen: Demnach der Weyland Hochwürdigſte, Durchlauchtigſte Fürſt nnd Herr, Herr Chriſtian Hertzog zu Sachſen, Jülich, Cleve und Berg ꝛc. ꝛc. geweſener poſtulirter Adminiſtrator dieſes Stifts, Unſer gnädigſter Herr Chriſtmildeſten Andenckens, nach Gottes heilſamen unerforſchlichen Rath und Willen am abgewichenen 20. Octobr. itztlauffenden Jahres Dero zeitliches Leben ſeelig beſchloſſen, auch die hohe Nothdurft erfordert, daß itztbeſagtes Stift, ſobald anderweit, ſonderlich bey gegenwärtigen gefährlichen beſorglichen Zeiten, mit einem löblichen Regenten beſorget werde; Als haben Wir dißfalls zwar anfänglich auf Sr. Fürſtl. Durchl. Erſtgebohrnen Herrn Sohn, und allbereit eventualiter poſtulatum, Herrn Hertzog Chriſtian Moritzens Fürſtl. Durchl. Unſer Abſehen gerichtet. Nachdem aber dem groſſen Gott gefallen Dieſelbe ebenmäßig kurtz nach tödtlichem Hintritt des Herrn Vatters Fürſtl. Durchl. durch einen fruhzeitigen Tod von dieſer Welt abzufordern, ſind Wir nach gepflogenen wiſſentlichen Rath, im Nahmen der heiligen und hochgelobten Dreyfaltigkeit, Gottes des Vatters, Gottes des Sohnes, und Gottes des heiligen Geiſtes, Dero zweyten und nunmehro älteſten Herrn Sohn, den Durchlauchtigſten Für-

ſten und Herrn, Herrn Moritz Wilhelm Hertzog zu Sachſen, Jülich, Cleve und Berg ꝛc. ꝛc. zu poſtuliren ſchlüßig worden; Poſtuliren auch Se. Fürſtl. Durchl. hiermit und in Kraft dieſes Decrets in der allerbeſten Form, auch auf Maaß und Weiſe, als ſolches denen gemeinen Rechten, und denen Reichs-Satzungen, nach geſchehen kan, ſoll oder mag, zu dieſes Stifts Adminiſtratorn und Regenten dergeſtalt und alſo, daß er künftig die volle Macht und Gewalt haben ſolle, dieſes Stift nach der Regul göttliches Worts, heilſamer Rechte, und der Fundamental-Geſätze, auch nach dem Exempel Dero lobwürdigſten hohen Vorfahren zu gouverniren und zu regiren, darzu Gott der allerhöchſte Regent ſeine Gnad und Seegen mildiglich verleyhen wolle! Alldieweilen aber Se. Fürſtl. Durchl. noch zur Zeit unmündig, und Dero Jugend halben dem Stift und deſſen Regiments ſelbſten perſönlich nicht vorſtehen kan, wollen den Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Friederich Auguſten, Hertzog zu Sachſen, Gülich, Cleve und Berg ꝛc. ꝛc. Unſern gnädigſten Churfürſten und Herrn Wir hiermit indeſſen und bis hochgedachten Unſers gnädigſten Herrn Poſtulati Fürſtl. Durchl. zu Dero Stifts-Mündigkeit kommen, und das achtzehende Jahr Ihres Alters erfüllet, die Verwaltung und Regierung des Stifts über ſich zu nehmen, dergeſtalt unterthänigſt gebetten haben, daß Se. Churfürſtl. Durchl. alles deſſen, ſo einem regierenden Stifts-Herrn zukommet, in obhabender ſolcher Verwaltung und Adminiſtration zu Nutz und Beſten des Herrn Poſtulati und Stifts ſich anmaſſen, thun und handeln möge. Erſuchen auch Se. Churfürſtl. Durchl. nochmahls unterthänigſt, daß dieſelbe ſolche interims-Adminiſtration und Verwaltung von uns auf- und anzunehmen gnädigſt geruhen wolten. Geſtalt auch ꝛc. ꝛc.

N. XIII.

Indult-Schein Kayſers Leopoldi vor den poſtulirten Adminiſtratorn des Stifts Merſeburg, Hertzog Moritz Wilhelm zu Sachſen, daß die Lehens-Empfängniß beſagten Stifts bis zu deſſen Mündigkeit Anſtand haben, und Chur-Sachſen immittelſt ſich der Regierung unterziehen ſolle de Anno 1697.

Wir Leopold von Gottes Gnaden, erwählter Römiſcher Kayſer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Dalmatien, Croatien, Slavonien König, ꝛc. Ertz-Hertzog zu Oeſterreich, Hertzog zu Burgund, Steyer, Cärndten, Crain und Würtenberg, Graf zu Tyrol ꝛc. Bekennen offentlich mit dieſem Brief, und thun kund allermänniglich, daß, als Uns der Durchlauchtigſte, Großmächtigſte Fürſt, Herr Auguſt der andere, König in Pohlen, Groß-Hertzog in Litthauen, und Hertzog in Reüſſen, Preüſſen, Maſſovien, Samogitien, wie auch Hertzog zu Sachſen, Jülig, Cleve und Berg, Landgraf in Thüringen, Marggraf zu Meiſſen, Ober- und Nieder-Lauſitz, und Burggraf zu Magdeburg, gefürſteter Graf zu Henneberg, und Graf zu Barby, des Heil. Römiſchen Reichs Ertz-Marſchall, und Churfürſt, Unſer beſonders lieber Freund, Oheim, Bruder und Nachbahr gebührend vorbringen laſſen, wie daß Se. Lbd. nach erfolgtem Abſterben Weyland Chriſtian des jüngeren Hertzogs zu Sachſen, geweſenen poſtulirten Adminiſtratorn des Stifts Merſeburg, von dem alldortigen Dom-Capitul, weilen der jetzige poſtulirte

Hertzog Moritz Wilhelm noch unmündig, ſolchen Stifts Adminiſtration bis zu itzt gedachten Poſtulati Mündigkeit, dem Herkommen nach, zu übernehmen, erſuchet worden, Sie auch ſolcher Adminiſtration ſich würcklich unterzogen, und Uns anbey geziehmend angeruffen und gebethen, daß Wir geſtalten Sachen nach, zu würcklicher Lehens-Empfängnuß beſagten Stifts bis zu des gemeldten Poſtulati Mündigkeit, Anſtand und Unſer Kayſerl. Indultum Jhro zu ertheilen, gnädiglich geruheten, Wir Sr. Lbd. alle und jede ſothanen Stifts Merſeburg Lande, wie auch darzu gehörige Regalien, Lehen, Weltlichkeiten, Hoheiten, Herrlichkeiten, Recht und Gerechtigkeiten, wie die Nahmen haben, ſo von Uns und dem H. Reich zu Lehen rühren, bis zu obbemeldtem jetzigen Poſtulati Hertzogen Moritz Wilhelmen Mündigkeit und Majorennität gnädiglich geurlaubet, und bewilliget haben, thun das auch hiermit von Römiſch-Kayſerlichen Macht Vollkommenheit wiſſentlich in Kraft dieſes Briefs; alſo und dergeſtalten, daß Se. Lbd. obberührtes Stift mit allen zubehörigen Landen, Lehens und Urlaubsweiſe bis dahin innhaben, und nießen, ſich auch der Adminiſtration deſſelben würcklich unterziehen und gebrauchen können und mögen; Jedoch ſolle obbemeldter poſtulirte junge Hertzog Moritz Wilhelm, nach ſeiner angetrettener Majorennität und Mündigkeit, obangeregtes Stift, ſamt deſſen Land und Leuthen, auch darzu gehörigen Regalien, Lehen, Weltlichkeiten, Hoheiten, Herrlichkeiten, Recht und Gerechtigkeiten, von Uns und dem Heil. Reiche an unſerem Kayſerl. Hof, welcher Orthen derſelbe alsdann ſeyn wird, wie ſichs nach denen Reichs Lehen-Rechten gebühret, und hierinnen Herkommens iſt, zu Lehen zu erſuchen und zu empfangen ſchuldig, nicht weniger auch Seine des Königs und Churfürſtens Lbd. hierzwiſchen Uns und dem Heil. Reich bis dahin derentwegen nichts deſtoweniger getreu, gehorſam und gewärtig ſeyn, dienen und thun, als ſich daran gebühret, getreulich ungefährlich, 2c. 2c. Mit Urkund 2c. 2c.

Num. XIV.

Copia

des von Weyl. Kayſer Carl dem fünften dem Dom-Capitul zu Osnabruck ertheilten Privilegii de Anno 1544.

Wir Carl der fünfte von Gottes Gnaden Römiſcher Kayſer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, König in Germanien, zu Caſtillien, Arragon, Leon, Sicilien, 2c. 2c. Bekennen offentlich mit dieſem Brief und thuen kund allermänniglich, nachdem Uns glaublichen angelanget iſt, wie daß ſich in dem Stift Osnabruck zu mannigenmahl zugetragen, und begeben, wann ein Biſchof gemelten Stifts mit Tode abgegangen, daß in demſelben Stift mittlerweil, und bis ein anderer Biſchof erwählet, beſtättiget, und zu der Regierung kommen, bey und von den ungehorſamen muthwilligen Perſonen vielerley Empörung Verſamblung und Rottung entſtanden, 2c. 2c.

Haben wir demnach als Römiſcher Kayſer zu Verhütung und Abwendung obgemeldter und andrer dergleichen Handelung und Thaten, mit wohlbedachten Muhte, guten Rahte, und rechter Wiſſen, den Ehrſamen Unſeren lieben andächtigen N. Probſten, Dechand, Seniorn und Capitul des Thumb-Stifts Osnabruck dieſe beſondere Gnade, und Freyheit gethan und gegeben,

auch befohlen, gegönnet, und erlaubt, thuen, geben, befehlen, gönnen und erlauben ihnen das alles hiemit von Römiſcher Kayſerlicher Macht Vollenkommenheit, wiſſentlich in Krafft dieß Briefes alſo, wo und wann ſich in künftige Zeit ein Todtfall eines Biſchofs zu Osnabruck begeben würde, daß alsdann zu ewigen Zeiten die gemelte Probſt, Dechant, Senior und Capitul des Stifts Osnabruck und ihr Nachkommen alle deſſelben Stifts *Regalia*, hohe Obrigkeit, Gericht und Recht, bis ſo lange ein Biſchof wiederum ordentlich erwählet, confirmiret, und ſeine *Regalia* von Uns oder Unſeren Nachkommen am Reich Römiſchen Kayſeren, oder Königen erlangen und bekommen würden, haben, exerciren, vollziehen und gebrauchen, und alle Uebelthäter und Mißhandeler, ſo ihre Amtleuthe, Diener, Schultheiß und Richter, mitler Zeit in des Stiftes Landen, Obrigkeiten und Gebieten betreten, fahen und begreiffen, um ihre Mißhandelungen, Uebel und Thaten mit Recht, wie ſich eines jeden Verdienen und Verſchulden nach gebühret, ſtraffen und richten laſſen ſollen und mögen, von allermänniglich unverhindert, doch Uns und dem Heil. Reiche an Unſer Obrigkeit unſchädlich.

Und gebieten darauf allen und jeglichen Churfürſten, Fürſten, Geiſtund Weltlichen Prelaten, Grafen ꝛc. ꝛc. Geben in unſer und des Reiches Stadt Speyer am anderen Tage des Monahts May nach Chriſti Unſers lieben Herrn Gebuhrt fünfzehnhundert und in vier und vierzigſten, Unſers Kayſerthumbs im vier und zwanzigſten, und Unſerer Reiche im neun und zwanzigſten Jahr.

Carolus.

Vt. Nanes.

Ad Mandatum Cæſareæ & Catholicæ Majeſtatis proprium.

J. Obernbürger.

Pro copia cum Originali concordante

A. J. Kamps Dr. Rvmi Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notarius Cæſareus publicus mpp.

Num. XV.

Articulus 41mus Capitulationis perpetuæ Osnabrugenſis.

Sollte ſich dann auch zutragen, daß von dem Biſchof wegen des Stiftes einige Deputation, Schickung, oder Geſandſchaften, es ſey uff Reichs- Creyßoder andere Täge, und dergleichen vornehme Geſandſchaften abzufertigen, und anzuſtellen, alsdann ſolle er daran ſeyn, daß aufs wenigſte der Principalis von dem Thumb-Capitul Catholiſcher Religion, und im übrigen, wenn mehr wären, die Gleichheit von beyden Religionen beobachtet würde, dabey dem Biſchof jedoch die Stifts-Stände, inſonderheit auf befindende Koſtbarkeit ſolcher Legatio-

tionen, allemahl gehorſamlich unter die Arme zu greiffen nicht unterlaſſen werden und wollen.

Daß vorſtehender ein und viertzigſter Articul Capitulationis perpetuæ mit dem in Archivio eines Hochwürdigen Thumb-Capituls zu Osnabruck vorhandenen auf drey und zwantzig pergamenen Blättern geſchrieben-eingebunden und mit vier anhangenden Siegelen verſehenen Original von Wort zu Wort gleichlautend ſeye, ein ſolches beſcheinige mittels dieſer Beglaubigung.

A. J. Kamps Dr. Rvmi. Capituli Cathedralis Eccleſiæ Osnabrugenſis Secret. & Notarius Cæſareus publicus mpp.

Num. XVI.

Copia

der von Weyl. Biſchofen Ernſt Auguſt zu Osnabruck dem daſigen Dom-Dechant Freyherrn von Winckelhauſen, und Dr. Scheperlern, zur Osnabruckiſchen Comitial-Stimmführung ertheilten Vollmacht de A. 1662.

Von Gottes Gnaden, Wir Erneſt Auguſtus Biſchof zu Osnabruck, Hertzog zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. bekennen hiermit und thun kund allermänniglichen; Demnach von der Röm. Kayſerl. Majeſt. unſern allergnädigſten Kayſer und Herrn ꝛc. Wir als Biſchof zu Osnabruck, zu dem angeſetzten Reichs-Tage in Ihrer Kayſerl. Majeſt. und des H. R. R. Stadt Regenſpurg allergnädigſt beruffen und eingeladen worden, um neben anderen des Heil. Reichs Churfürſten und Ständen berathſchlagen, handlen und ſchlieſſen zu helffen, was ſowohl auf voriger gemeiner Reichs-Verſamblung nicht völlig erörtert werden können, als forderiſt auch, wie dem Erbfeind Chriſtlichen Nahmens dem Türcken in ſeiner vorhabenden mächtigen Kriegs-Rüſtung gegen die Chriſtenheit in Zeiten mit geſambten Zuthun kräftig und nachdrücklich geſteueret, derſelbe von Ihrer Kayſerl. Majeſt. Erb-Königreich und Landen, mit genugſahmer Gegengewehr, abgehalten, und dadurch das Heil. Röm. Reich, und deſſen getreue Chur-Fürſten und Stände in beſtändiger Ruhe und Sicherheit conſerviret bleiben mögen, mehrem Innhalts obberührten Kaiſerl. allergnädigſten Ausſchreibens. Und Wir dann in ſelbſt eigener Perſohn, ſothanen Reichs-Tag zu beziehen, und vorbedeuteten Handlungen beyzuwohnen, ehehaft behinderet werden, daß Wir derentwegen, den Ehrwürdig und Edlen, auch Ehrnveſt und Hochgelehrten, Unſern lieben andächtigen, Rath und getreuen Wilhelm Freyherrn von und zu Winckelhauſen, unſers Stifts Osnabruck Thumb-Dechanten und Thumb-Küſtern zu Paderborn, und Gerhard Scheperlern, der Rechten Doctoren vollkommene Macht und Gewalt aufgetragen haben, thuen auch ſolches hiermit und in Kraft dieſes, wie daſſelbe am beſten und beſtändigſten ſeyn ſoll, kan oder mag, alſo und dergeſtalt, daß ſie vorberührte, ſambt und ſonders wegen gedachts Unſers Stifts Osnabruck bey angedeutetem Reichs-Tage erſcheinen, unſere Stell bekleiden, den Conſultationen beywohnen, auf dasjenige, was vorkommen und zur Umfrag gebracht werden wird, der Ordnung nach, Kraft habender Inſtruction votiren, und nebenſt anderen Unſeren Mit-Fürſten und Ständen und der Abweſenden Pott-

ſchafften und Geſandten verabſcheiden und ſchlieſſen, auch ſonſt dabey verrichten helffen ſollen und mögen, was des H. R. R. Sicherheit, Nutz und Aufnehmen, dann in particulari Unſers Stifts Osnabruck Notturft erforderet, und Wir ſelbſt gegenwerttig handlen, thuen, und verrichten könnten oder möchten. Wie Wir dann alles dasjenige, was durch ſie Unſere Pottſchaften und Geſandte ſambt oder ſonders alſo verhandelt, geſchloſſen und verabſcheidet wird, alſo für genehmb auch ſteth und feſt, und Sie dießfalls allerdings entheben und ſchadloß halten wollen, bey Unſeren Fürſtl. wahren Wortten; Des zu Uhrkundt haben Wir dieſes eigenhändig unterſchrieben, und mit Unſeren Fürſtl. Inſigel bekräftigen laſſen, ſo geſchehen Iburgk den 23. 8bris / 2. 9bris Anno 1662.

(L.S.) Ernſt Auguſt.

Daß vorſtehende Abſchrift dem bey dem Churfürſtl. Mayntziſchen Reichs-Archiv dahier befindlichen wahren Originali, nach vorhergegangener genauer Collationirung, von Wort zu Wort gleichlautend befunden worden. Ein ſolches wird unter dem dermahlig gebräuchlichen Reichs-Directorial-Inſiegel hiermit beurkundet. Regenſpurg den 3. Januar. 1765.

(L.S.)

Churfürſtl. Mayntziſche Cantzley.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Sündermahler, Johann Jakob Joseph

Geschicht- und Rechts-begründete Prüfung desjenigen Promemoria so jü
ngsthin von der Hochansehnlichen Chur-Braunschweigischen Comitial-
Gesandschaft die zwischen Sr. Königl. Majest. von Großbritannien und Churfü
rstl. Durchl. von Braunschweig-Lüneburg und dem Hochwürdigen Dom-Capitul
zu Osnabrück entstandene Streitigkeiten betreffend in comitiis und sonsten

S. l. 1765

Bamberg, Staatsbibliothek -- .70 B 12#11
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11412463-6
VD18 14529629-003